

betrifft:

Rechts-
und linksradikale
Bestrebungen

Spionageabwehr

Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen
von Ausländern

1973

VERFASSUNGSSCHUTZ

betrifft:

Verfassungsschutz **'73**

21

Öffentlichkeitsarbeit des Bundesinnenministeriums



Wie in den Vorjahren gibt auch in diesem Jahr der Verfassungsschutzbericht ein klares Bild von der Lage auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Die nüchternen, durch Zahlenangaben und Belegstellen gestützten Feststellungen des Berichtes verhindern eine Überzeichnung der Gefahren, die vom politischen Radikalismus, besser gesagt: Extremismus, oder von anderen politisch motivierten Störungen der öffentlichen Sicherheit ausgehen. Sie verhindern aber auch jede Verharmlosung tatsächlich feststellbarer Gefährdungen.

Die wichtigsten Aussagen des Berichtes lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Rechtsextremismus bedeutet derzeit keine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung. Im Bereich des Linksextremismus sind Mitglie­derzugänge zu verzeichnen. Der Linksextremismus stellt jedoch trotz vereinzelter hochgefährlicher terroristischer Aktivitäten innerhalb der sogenannten „Neuen Linken“ keine gegenwärtige Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Es ist den linksextremen Organisationen insgesamt trotz mancher Erfolge im Hochschulbereich nicht gelungen, ihre politische Basis in der Arbeiterschaft und in den Betrieben auszubauen.

Die Nachrichtendienste der Ostblockstaaten setzten ihre Ausspähungs­bemühungen gegen politische, militärische und wirtschaftliche Ziele in der Bundesrepublik unvermindert fort. Daran hatten wie im Vorjahr die Nachrichtendienste der DDR den höchsten Anteil.

Politisch extremistische Ausländergruppen hatten im Jahre 1973 starke Mitgliederrückgänge zu verzeichnen. Auch die Zahl der von politisch extremistischen Ausländern begangenen Terrorakte und anderer Straftaten hat sich erheblich vermindert. Nach wie vor drohen hier jedoch Gefahren, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Auch 1973 ist mithin dem politischen Extremismus kein Einbruch in breitere Schichten der Bevölkerung gelungen. Ebenso ist erfreulicherweise festzustellen, daß politisch motivierte Gewaltakte und Ausschreitungen in einigen Bereichen erheblich zurückgegangen sind.

Der Verfassungsschutz ist in einer freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie wie der unseren, die selbst der verfassungsfeindlichen politischen Betätigung einen äußersten Freiheitsspielraum läßt, die notwendige Kehrseite einer solchen liberalen Demokratie. Denn hier gibt es um der Selbstverteidigung dieser freiheitlichen Demokratie willen gegen alle Feinde der Freiheit nur die politische Alternative: alle verfassungsfeindlichen Bestrebungen, die gegen Bestand und Ordnung dieser freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie gerichtet sind, schon im Ansatz zu verbieten. Oder aber, und dies ist die Grundentscheidung unserer Verfassung: solche verfassungsfeindlichen Betätigungen solange unverboden zuzulassen, wie sie nicht den staatlichen Bestand und die freiheitliche Ordnung gefährden.

Um die Überschreitung dieser Linie feststellen zu können, von der an verfassungsfeindliche Betätigungen zu einer Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung werden, der nicht mehr mit politischen Mitteln, sondern nurmehr mit juristischen Mitteln begegnet werden kann, muß man dieses Vorfeld notwendig beobachten. Unser Verfassungsschutz ist so der Preis, den wir zahlen für die innere Sicherheit in einem Staat der äußersten Freiheit, auch und gerade der politischen Betätigung, bis hin zur politischen Betätigung selbst der Ausländer.

Den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes gebührt auch in diesem Jahre Dank für ihren Beitrag zur inneren Verteidigung unserer freiheitlichen Verfassung.

Bonn, im August 1974



Prof. Dr. Werner Maihofer
Bundesminister des Innern

Inhalt

Rechtsradikale Bestrebungen 1973

I. Allgemeine Erfahrungen	11
II. Übersicht in Zahlen	11
1. Organisationen	11
2. Publikationen	13
3. Rechtsradikale im öffentlichen Dienst	15
III. Schwerpunkte der Agitation	16
1. Ost- und Deutschlandpolitik	16
1.1 Publizistische Polemik	16
1.2 Aktionen und Kundgebungen	18
2. Nahostkonflikt	20
IV. „Alte Rechte“	20
1. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	20
1.1 Parteiorganisation	21
1.2 Der rechtsradikale Charakter der NPD	24
1.2.1 „Lebensrichtigkeit“ als Umschreibung kollektivistischer Vorstellungen	24
1.2.2 Neue programmatische Schriften von Prof. Anrich	24
1.2.3 Durch „Systemveränderung“ zum „starken Staat“	25
1.2.4 Der NS-Staat als Leitbild	26
2. „Vereinigte Freiheitliche“	26
3. Sonstige Erscheinungsformen der „Alten Rechten“	30
V. „Neue Rechte“	31
VI. Nazistische Erscheinungen	33
VII. Internationaler Faschismus	34
VIII. Ausschreitungen	36
IX. Maßnahmen gegen Personen und Vereinigungen	36
X. Beurteilung	38
Abbildungen	
Entwicklung der Organisationen und der Mitgliederzahlen im organisierten Rechtsradikalismus/Entwicklung der rechtsradikalen Publizistik	12
NPD-Mitgliederstärke und Auflagen der „Deutschen Nachrichten“ (1964–1973)	14
Schlagzeilen rechtsradikaler Blätter zur Ost- und Deutschlandpolitik	17
Rechtsradikale Karikaturen und Parolen zur Ostpolitik	19
„Jugend für Deutschland“	23

„Vereinte Freiheitliche“	27
Hetze der „Deutschen National-Zeitung“	29
Agitation der „Neuen Rechten“	32
NS-Pamphlete des internationalen Faschismus	35
Ausschreitungen deutscher Staatsbürger aus rechtsradikalen Motiven in den Jahren 1969–1973	37

Linksradikale Bestrebungen im Jahre 1973

I. Allgemeine Erfahrungen	39
1. Orthodoxe Kommunisten	39
2. „Neue Linke“	40
3. Terroristen	40
II. Übersicht in Zahlen	41
1. Organisationen	41
2. Publikationen	41
3. Linksradikale im öffentlichen Dienst	42
4. Studentenparlamente und Allgemeine Studentenausschüsse ..	43
4.1 Studentenparlamente	43
4.2 Allgemeine Studentenausschüsse	44
III. Schwerpunkte der Agitation	45
1. Ost- und Deutschlandpolitik	46
2. Sozialpolitik	46
3. Konjunktur- und Wirtschaftspolitik	47
4. Sicherheits- und Verteidigungspolitik	48
5. Bildungspolitik	49
6. Maßnahmen gegen Radikale im öffentlichen Dienst	49
7. Justiz und Strafvollzug	50
8. Internationale Solidarität	50
IV. Tätigkeit der orthodoxen Kommunisten	51
1. Organisatorische und politische Entwicklung	51
1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“	51
1.2 Hilfsorganisationen der DKP und von ihr beeinflusste Gruppen ..	54
2. Bündnispolitik	55
2.1 „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten	55
2.2 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaftern	56
2.3 Betriebsarbeit	57
2.4 „Volksfront“-Politik	60
3. Jugend- und Studentearbeit	62
3.1 Jugend	63
3.2 Studentearbeit	64
4. Propaganda und Schulung	66
5. Wahlergebnisse	68
V. DDR-Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland	69

VI. Die „Neue Linke“	72
1. Ideologie, organisatorische Entwicklung und allgemeines Verhalten	72
1.1 Ideologie	72
1.2 Organisatorische Entwicklung	72
1.3 Allgemeines Verhalten	78
2. Tätigkeit an Hochschulen	81
3. Tätigkeit außerhalb der Hochschulen	82
4. Aktionen	85
VII. Terror und Gewalt	86
1. Bekenntnisse und Aufforderungen zur Gewalt	86
2. Terroristische Aktivitäten	90
3. Sonstige Gewalttätigkeiten	93
4. Zahlenmäßige Entwicklung der Terror- und Gewaltakte	96
VIII. Beurteilung	97

Abbildungen

Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdienste der DKP	52
Streikagitation der DKP	59
Zeitungen und Zeitschriften der KPD und ihrer Hilfsorganisationen	75
Zeitungen und Zeitschriften anderer maoistischer Gruppen	79
Anarchistische Blätter	80
Streikagitation der „Neuen Linken“	83
Sturm auf das Rathaus in Bonn	87
Demonstrationen der KPD und ihrer Anhänger	89
Terroristische Schriften	92
Tatwerkzeuge terroristischer Gruppen	94
Hausbesetzung in Hamburg	95

Spionageabwehr 1973

I. Allgemeine Erfahrungen	98
II. Übersicht in Zahlen	98
1. Umfang der erkannten Tätigkeit der Nachrichtendienste kommunistischen Staaten	98
1.1 Werbungen und Werbungsversuche	98
1.2 Aufträge	99
III. Werbemethodik	100
1. Kontaktanlässe	100
2. Werbemittel	100
IV. Führung der Agenten	100
V. Die Ziele der Spionagetätigkeit	101

VI. Legale Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland	101
1. Personelle Besetzung und Anteil der erkannten und vermutlichen Mitarbeiter gegnerischer Dienste	101
2. Nachrichtendienstliche Tätigkeit eines sowjetischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik	102
3. Versuchte Anwerbung in der Polnischen Botschaft	103
VII. Anwerbungsmethoden der DDR-Nachrichtendienste	103
1. Allgemeines	103
2. Einzelne Methoden	105
2.1 Briefliche Anbahnungsversuche der DDR-Nachrichtendienste nach Zeitungsanzeigen	105
2.2 Verwendung von Scheinfirmen	106
2.3 Anwerbung von Studenten als „Perspektivkandidaten“	106
2.4 Anwerbung eines „Perspektivkandidaten“ unter der Legende „Tätigkeit für den Secret Service“	106
VIII. Überwachung von Touristen durch den rumänischen Nachrichtendienst	108
IX. Nachrichtendienstliche Verpflichtung von Aussiedlern aus osteuropäischen Staaten	109
X. Kernforschung in der Bundesrepublik als Ziel	109
XI. Ansprache von Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich	110
XII. Verurteilungen	111

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern 1973

I. Allgemeine Erfahrungen	112
1. Internationaler Terrorismus	112
2. Politisch extreme Ausländerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland	112
a) Entwicklungstendenzen	112
b) Zielgruppen	114
II. Übersicht in Zahlen	115
1. Organisationen	115
2. Publizistik	117
III. Ausschreitungen	119
1. Terrorakte	120
2. Sonstige Gewaltakte	121
3. Anonyme Androhung von Gewalt- und Terrorakten	121
IV. Ausländergruppen mit terroristischen Tendenzen	122
1. Palästinensischer Widerstand	122
2. Sonstige terroristische Gruppierungen	124

V. Sonstige Träger linksextremer Tendenzen	126
1. Ausländische kommunistische Parteien und ihre Hilfsorganisationen	126
2. Die ausländische „Neue Linke“	127
VI. Schwerpunkte der linksextremen Agitation	129
1. Revolutionäre Propaganda	129
2. Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland, Klassenkampfpolemik	130
VII. Aktionsschwerpunkte linksextremer Ausländergruppen	131
1. Betriebsarbeit	131
2. Unterwanderung demokratischer Institutionen	133
VIII. Ausländische Nationalistengruppen	134
1. Ostemigration	134
2. Rechtsextreme Türken, Griechen, Italiener	136
IX. Maßnahmen	137
X. Beurteilung	138
Abbildungen	
Massaker palästinensischer Terroristen auf dem Flughafen Rom ..	139
Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland	140
Sprengstoffbriefe	141
Sprengstoffanschlag gegen eine Werkzeugmaschinenfabrik	142
Anti-israelischer Bombenterror in Westberlin	143
Sprengstoff im doppelten Boden eines Koffers	144
Die von palästinensischen Terroristen für Aktionen gegen die Sicherheit des internationalen Luftverkehr in West-Europa vorgesehene Boden-Luft-Rakete	145
Die Kommunistische Partei Griechenlands	146
Organisationsschema der Kommunistischen Partei Spaniens	147
Im Bundesgebiet verbreitete linksradikale türkische Periodika	148
Polemik der Cisnu gegen die iranische Regierung	149
Der türkische Maoist Baha Targün als Streikführer bei den Fordwerken in Köln	150
Abkürzungsverzeichnis	151

107
108

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY

PHYSICS DEPARTMENT
5712 S. UNIVERSITY AVE.
CHICAGO, ILL. 60637

100-100000-100000

Rechtsradikale Bestrebungen im Jahre 1973

I. Allgemeine Erfahrungen

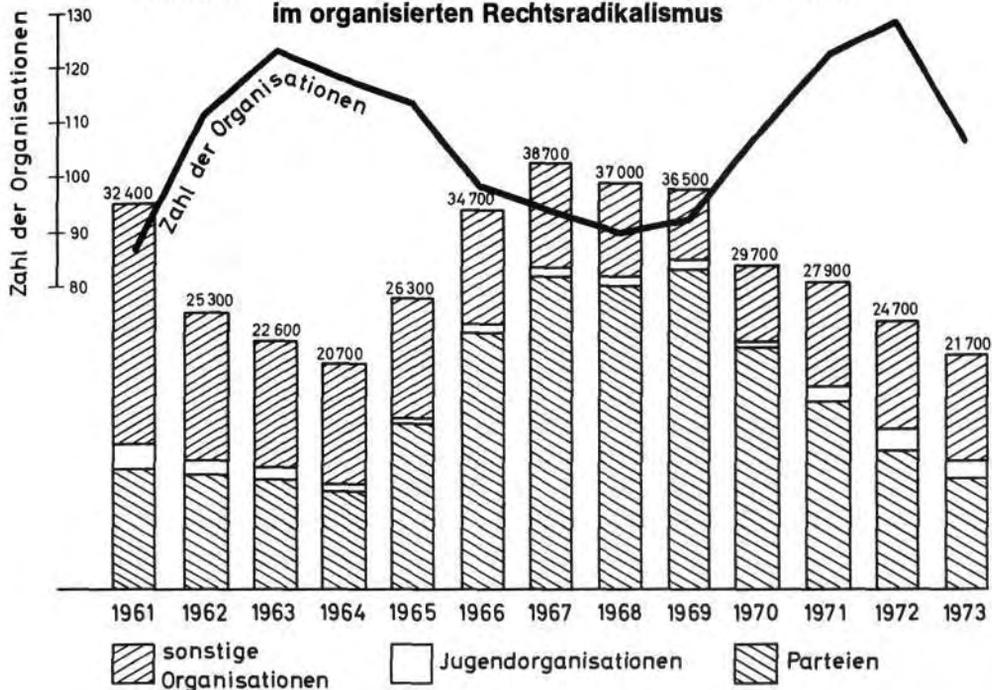
- 1.** Der seit 1967 beim organisierten Rechtsradikalismus zu beobachtende Mitgliederrückgang hält weiter an. Im Berichtsjahr haben wiederum 3000 Mitglieder (12 %) ihre Organisationen verlassen. Davon ist insbesondere die NPD betroffen, die 2500 Mitglieder verloren hat. Sie zählt jetzt rund 12 000 Mitglieder. Ihre Konsolidierungspläne hat sie nicht verwirklichen können.
- 2.** Die Entwicklung bei den rechtsradikalen Jugendorganisationen weicht von diesem Gesamtbild ab. Insbesondere die „Jungen Nationaldemokraten“ konnten neue Mitglieder werben. Sie setzten gegenüber der NPD-Führung größere Unabhängigkeit in Organisation und Finanzen durch. Gleichzeitig verstärkten sich die Kontakte zu den Anhängern der „Neuen Rechten“.
- 3.** Rechtsradikale Aktionen beschränkten sich im wesentlichen auf Verteilen von Propagandamaterial und einige wenige Demonstrationen. Sie wurden von der Öffentlichkeit kaum beachtet.
- 4.** Die Gesamtauflage der rechtsradikalen Publikationen ging 1973 erstmals seit mehreren Jahren wieder zurück. Die Zahl der Publikationsorgane stieg dagegen um neun Blätter.
- 5.** Gewalttaten aus rechtsradikalen Motiven (einschließlich der Fälle, in denen Gewaltakte angedroht wurden) nahmen gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte ab. 1972 wurden 93 Taten verübt, im Berichtsjahr 46.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen

Am 31. Dezember 1973 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland 107 rechtsradikale Organisationen, denen rund 21 700 Personen angehörten. Das sind 22 Vereinigungen und 3000 Mitglieder – darunter allein 2500 NPD-Angehörige – weniger als 1972. Der seit 1968 erkennbare Mitgliederrückgang im Rechtsradikalismus setzte sich damit auch im Berichtsjahr fort. Nur die Jugendorgani-

Entwicklung der Organisationen und der Mitgliederzahlen im organisierten Rechtsradikalismus



Entwicklung der rechtsradikalen Publizistik



sationen konnten ihre Mitgliederzahl leicht erhöhen. Einzelheiten ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Organisationsart	Ende 1971		Ende 1972		Ende 1973	
	Org. Zahl	Mitgl. rd.	Org. Zahl	Mitgl. rd.	Org. Zahl	Mitgl. rd.
Parteien	4	18 000	3	14 700	3	12 200
Jugendorganisationen	9	2 200	9	1 800	8	2 000
Gruppen der „Neuen Rechten“	12	400	15	1 000	10	900
Sonstige Organisationen	42	10 300	49	11 000	41	10 600
Verlage, Buchdienste	56	200	53	200	45	200
	123	31 900	129	28 700	107	25 900
Abzug für Mehrfachmitgliedschaften		<u>4 000</u>		<u>4 000</u>		<u>4 200</u>
		<u>27 900</u>		<u>24 700</u>		<u>21 700</u>

2. Publikationen

In der Bundesrepublik Deutschland erschienen im Berichtsjahr 73 rechtsradikale Publikationen mit einer durchschnittlichen Wochenauflage von rund 196 700 Exemplaren. Das bedeutet eine Zunahme gegenüber 1972 von 9 Blättern bei gleichzeitiger Abnahme der Durchschnittsauflage um rd. 10 800 Exemplare.

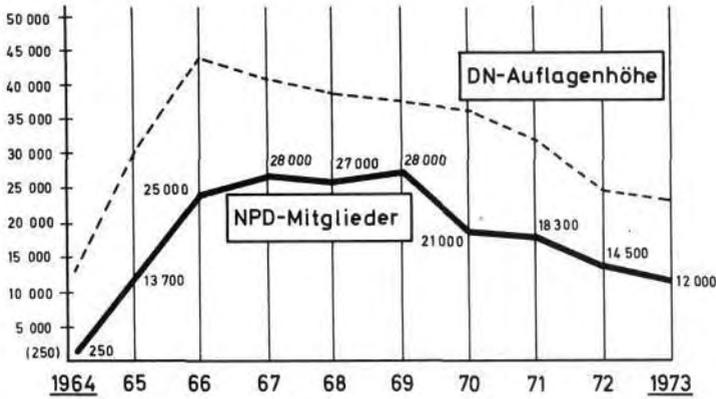
Die Auflagenhöhen der drei größten rechtsradikalen Wochenzeitungen „Deutsche Nachrichten“ – DN – (23 000), „Deutsche Wochen-Zeitung“ – DWZ – (19 500) und „Deutsche National-Zeitung“ – DNZ – (106 000) sanken insgesamt um rd. 10 000 Exemplare (6%). Diese drei Blätter hatten mit zusammen rund 149 000 Exemplaren wie im Vorjahr einen Anteil von 76% (davon DNZ allein 54%) der durchschnittlichen Wochenauflage aller rechtsradikalen Publikationen.

Die Jugendvereinigungen konnten parallel zur Mitgliederentwicklung Zahl und Auflage ihrer Blätter zum Teil erheblich steigern.

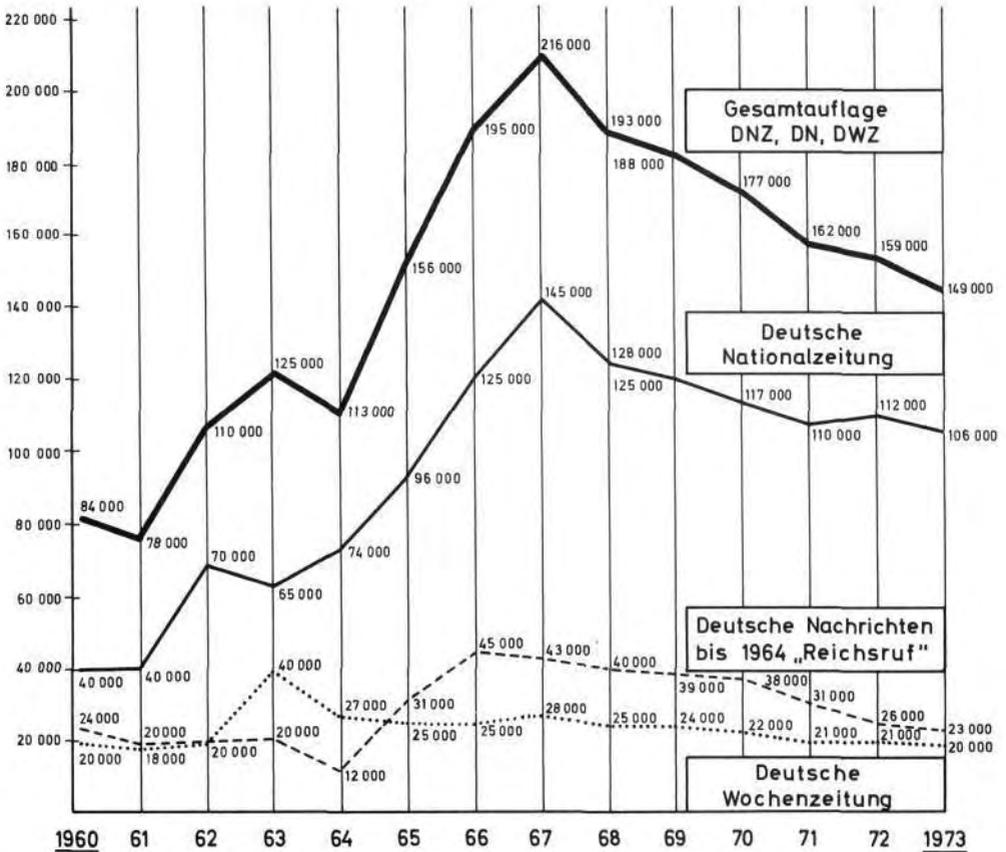
Im einzelnen sind die Veränderungen in der nachstehenden Tabelle dargestellt:

Publikationen von	Ende 1971		Ende 1972		Ende 1973	
	Zahl	Wochenauflage ϕ	Zahl	Wochenauflage ϕ	Zahl	Wochenauflage ϕ
Parteien	14	55 800	10	56 400	15	51 300
Jugendorganisationen	6	100	10	500	19	2 900
„Neue Rechte“	7	2 900	12	2 900	13	2 400
sonst. Vereinigungen	14	5 500	24	7 100	18	5 000
freien Verlagen	14	140 400	13	140 600	13	135 100
	<u>55</u>	<u>204 700</u>	<u>69</u>	<u>207 500</u>	<u>78</u>	<u>196 700</u>

NPD-Mitgliederstärke und Auflagen der „Deutschen Nachrichten“ (1964-1973)



Auflagenentwicklung der rechtsradikalen Wochenzeitungen (1960-1973)



3. Rechtsradikale im öffentlichen Dienst

3.1 Ende 1973 waren nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder insgesamt 1343 Angehörige rechtsradikaler Organisationen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Bei mehr als der Hälfte dieser Personen steht die Mitgliedschaft in einer rechtsradikalen Organisation mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit fest. Bei den übrigen Personen hat einmal eine solche Mitgliedschaft bestanden, ohne daß über deren Beendigung etwas bekannt geworden ist. In diesen Fällen ist auf einen Fortbestand der Mitgliedschaft geschlossen worden, obwohl diese Annahme in verschiedenen Fällen nicht mehr berechtigt sein wird. Die 1343 Angehörigen rechtsradikaler Organisationen sind in folgenden Bereichen des öffentlichen Dienstes tätig:

Vergleichszahlen 1972 in Klammern	Personen insgesamt		davon sind Mitglieder der		
			NPD	„Neuen Rechten“	sonstigen rechtsradi- kalen Orga- nisationen
Bundesdienst	848	(839)	802	3	43
Landesdienst	372	(428)	320	11	41
Kommunaldienst	123	(144)	109	6	8
Insgesamt:	1343	(1411)	1231	20	92

3.2 Die im Bundesdienst beschäftigten 848 Mitglieder rechtsradikaler Organisationen sind bis auf wenige Ausnahmen bei nachgeordneten Behörden tätig.

3.3 Von den Landesbediensteten in rechtsradikalen Organisationen waren beschäftigt:

– im Schuldienst:	133
– in der Justiz:	54
– in der Finanzverwaltung:	52
– bei der Polizei:	29
– in den übrigen Verwaltungszweigen:	104
Insgesamt:	372

3.4 Von den 1343 Rechtsradikalen, die von den Verfassungsschutzbehörden erfaßt wurden, sind 1065 Beamte und wehrpflichtige Soldaten, 221 Angestellte und 57 Arbeiter. Die Beamten und wehrpflichtigen Soldaten gehören folgenden Laufbahngruppen an:

höherer Dienst:	124
gehobener Dienst:	219
mittlerer Dienst:	538
einfacher Dienst:	184

III. Schwerpunkte der Agitation

Wie in den Vorjahren stand die Ost- und Deutschlandpolitik im Mittelpunkt rechtsradikaler Agitation.

Der Nahostkonflikt war willkommener Anlaß für anti-israelische Parolen.

1. Ost- und Deutschlandpolitik

1.1 Publizistische Polemik

„Deutsche Nachrichten“ (DN)

Das Parteiorgan der NPD bezeichnet die Bundesregierung als „Regime des Verrats“ (6/73 S. 4), als „nichtswürdige Erfüllungshelfen“ (9/73 S. 1), die das „Geschäft . . . einer KP“ besorgten (15/73 S. 3). Bundeskanzler *Brandt* ist nach Ansicht der DN eine „Galionsfigur einer zukünftigen Volksfront“ (15/73 S. 4), Bundesminister *Bahr* „Sonderminister für die Liquidierung der *Nato*“ (15/73 S. 5), der „Hauptschuldige . . . für das deutschen Unglück“, der „in jedem Lande der Welt vor den Staatsgerichtshof gestellt werden“ würde (13/73 S. 4). „*Brandts* Warschauer Kniefall“ sei „zum Symbol einer permanenten Politik“ geworden, in der die Sozialdemokratie „als Büttel eines pervertierten fremden Nationalismus“ erscheine (41/73 S. 4). Diese Politik führe „über die Trümmer Westeuropas . . . zu einem sowjetischen Europa“ (15/73 S. 5). Die Mauer in Berlin ruhe „fest auf dem Boden einer Komplizenschaft, die Kremlherren wie Friedenskanzler umfaßt“ (32/73 S. 1). *Breschnews* Besuch bei den „Bruderkußsozialisten“ (22/73 S. 2) stellt sich nach Auffassung der DN als der Auftritt des „Moskau-Zars“ (21/73 S. 1) dar, der darauf hinarbeite, daß Deutschland ein „politisch kastriertes, wirtschaftlich nützliches Idiotenvorfeld vor dem moskowitzischen Imperium“ werde (22/73 S. 2).

„Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ)

Das der NPD nahestehende Blatt nennt Bundeskanzler *Brandt* einen „verrannten Ideologen“ (20/73 S. 2) und einen „Kanzler des

Berlin im Würgegriff

Bonn läßt die Hauptstadt im Stich

Nun droht die rote Wiedervereinigung

Bonn schafft deutsche Einheit ab

Bonn hat Deutschland aufgegeben

Die Mauer der Komplizenschaft

Brandts neuer Verrat an Berlin

Die Welt beklatscht deutsche Teilung

BRANDTS neuer Kniefall

Brandt garantiert Sowjet-„Frieden“

Breschnew - raus aus Deutschland! **Deutschland im roten Netz**

Zur Hölle mit dem Kommunismus!

Verspielt Brandt Europas Freiheit?

Брежнев - von из Германии!

Черт побери коммунизм!

Breschnews Wunsch ist Brandt Befehl

17. JUNI - REVOLUTIONÄRER KAMPFTAG DES DEUTSCHEN VOLKES

So liefert BRANDT DEUTSCHLAND an Breschnew

Die Polen schnappen wieder einmal über

Wie Breschnew Deutschland erdrosseln will

Kampftag für Deutschland

EGON BAHR läßt Maske fallen:

Deutschland verraten - Grundgesetz gebrochen - Bundestag belogen!

Brandts Schützenhilfe für Prag

Warschau droht Bonn

BAHRS teuflischer Plan zur Versklavung Deutschlands

Wehner vollstreckt Kreml-Auftrag

Deutschland soll verschwinden

Bestimmt Sowjetunion deutsche Innenpolitik?

DKP neubirgt - staatslegend

Egon Bahr - Breschnews bester Mann in Bonn

Schon 1945 im Dienst der Roten Armee

BAHR des Verrats überführt Europas Auslieferung an Moskau

Neue Ostpolitik - neue Lügen Deutsche Schutzhüter sollen polnisches Grausamkeit unterstützen

Die SPD permanent auf den Knien

Speichelleckend gegenüber dem polnischen Chauvinismus

Bonns totale Kapitulation vor Prag

Mauermord geht auf Brandts Konto

So hetzen sie die Völker aufeinander!

Das Brandt-Regime wieder auf den Knien / Krankhafter polnischer Chauvinismus

Ostdeutsche verraten und verkauft

So will Bahr Deutschland verschaukeln

Kremls" (22/73 S. 1). Er habe „verantwortungslos und borniert alle Pfänder einer Ideologie zuliebe weggeschenkt“ (22/73 S. 2). In einer „Verzichts- und Selbstbesudelungsneurose“ (14/73 S. 8) habe er „mit seinen roten Paladinen . . . Resteuropas Freiheit und Sicherheit“ verspielt und verdiene dafür den Lenin-Orden und den „Titel eines Helden der Sowjetunion“ (34/73 S. 1). Die Zeitung bezeichnet die Ost- und Deutschlandpolitik als „Schauspiel der Widerlichkeit“, als „landesverräterische Kriminalität“ (20/73 S. 2), als „Narrentum unserer Entspannungs-Euphoriker“ (43/73 S. 1) und als „Verzichtsorgie der Herrschenden“ (6/73 S. 2).

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ)

In Bonn sitzen nach der Darstellung des von Dr. Gerhard Frey herausgegebenen Blattes „die Schaffner der Weltrevolution“; SPD und FDP seien „Prostituierte der sogenannten Realitäten“ (29/73 S. 4). Bundesminister *Bahr* und Fraktionsvorsitzender *Wehner* seien „diabolische Zwillinge“, die man als „Agenten Moskaus entlarvt“ habe (41/73 S. 1). „Die letzte Station auf *Bahrs* Höllenfahrt müßte ein sowjetisches Europa sein“ (41/73 S. 5).

Sonstige rechtsradikale Blätter

Der „Deutsche Anzeiger“ (Organ der „Deutschen Volksunion“) nennt den Grundvertrag mit der DDR einen „gigantischen Verrat der roten Bundesregierung“ (19/73 S. 5) und einen „Kapitulationsvertrag mit einem Verbrechersystem von Moskaus Gnaden“ (6/73 S. 1). „Der Adlerführer“ (Organ des „Jugendbundes Adler“) stellt fest: „Wer aber mit Mördern arbeitet, ist verkommen wie diese und mitschuldig an deren Verbrechen“ (5/73 S. 7). Das von Bernhard C. *Wintzek* herausgegebene Monatsmagazin „MUT“ warnt vor *Breschnew* als einem „vom Blut unzählig Gemordeter gebrandmarkten Kreml-Tyrannen“ und „gewissenlosen, machtbesessenen Imperialisten“ (Flugblattbeilage zu 69/73). Die „Aktion Neue Rechte“ (ANR) ruft in ihren „ANR-Nachrichten Baden-Württemberg“ unter Bezugnahme auf den Grundvertrag zum Kampf „gegen die politischen Lumpen und Landesverräter“ und gegen „die schwarzen und roten Bonzen“ auf (3/73 S. 3 und 9).

1.2 Aktionen und Kundgebungen

Wegen der organisatorischen Schwäche der rechtsradikalen Gruppierungen blieben alle Versuche, die Öffentlichkeit durch Straßenaktionen auf sich aufmerksam zu machen, ohne größere Resonanz.

Rechtsradikale Karikaturen und Parolen zur Ostpolitik



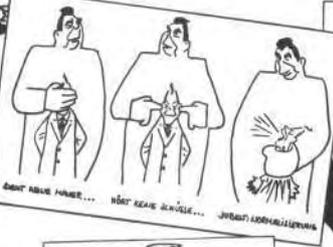
Gestern einseitige Waffenspolitik – heute knurrte Moskaspöckel! Das ist Bonn-Parow-Politik!
W Deutsche, denkt endlich nach und wendet politisch nach!
 Letztlich realität demokratischen Widerstand!



So „ent-spannen“ sich Genossen!



Jugend für deutschland
NPD
 17. Juni 1953
 17. Juni 1973
 junge nationaldemokraten



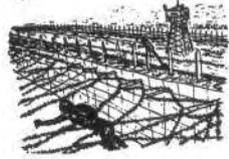
Milliardenzahlungen durch Ostverträge
 Wehrt Euch gegen den Griff in Eure Tasche
DARUM NPD



NEHMT DIE LENKE IN DIE ZANGE

Mauer mörder schoben weiter. Brandt und Scheel sind trotzdem heiter!

Immer noch Stacheldraht quer durch Deutschland



Aus Anlaß des *Breschnew*-Besuches kam es nur in Bonn (17. Mai 1973) und in Dortmund (20. Mai 1973) zu zwei kaum beachteten Demonstrationen des „Arbeitskreises Volkstreuer Verbände“ (AVV) und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Die Kundgebungen der NPD in Minden, Nürnberg und Worms zum 17. Juni fanden bei der Bevölkerung ebensowenig Interesse wie Veranstaltungen der „Vereinigten Freiheitlichen“ in Mainz und der ANR in Augsburg. Gleiches wiederholte sich bei Veranstaltungen aus Anlaß des Jahrestages der Errichtung der Mauer in Berlin (13. August) und des Jahrestages des Ungarnaufstandes im Oktober.

2. Nahostkonflikt

Für die rechtsradikalen Blätter ist der arabisch-israelische Krieg „Akt jenes Dramas“, das mit der „widerrechtlichen Ausrufung des Staates Israel“ begonnen habe. Den „Meinungsmachern in der BRD“ wird vorgeworfen, sie unterschlugen „die wahren Hintergründe, ... weil in den westlichen Massenmedien ausschließlich Agenten und Sympathisanten Israels sitzen“ (DWZ 41 und 42/73 S. 1). Die Zeiten seien vorbei, da „Dayan der Welt seinen Willen aufzwingen konnte“. Der „Traum von Großisrael“ sei ausgeträumt (45/73 S. 2). Die DNZ fordert, Europa könne nicht „Israels Komplize sein“ (45/73 S. 1). Der Ölboykott sei die „Quittung für Araberfeindlichkeit“ (DNZ 46/73 S. 1), für die „pro-israelische Grundeinstellung“ (DWZ 46/73 S. 1) und für die Forderung der Bonner Zionisten, „Deutschland solle den antiarabischen Schreihälsen in Holland bei-springen“ (DWZ 45/73 S. 2). Die „Nationalrevolutionäre Basisgruppe“ Wiesbaden rief in einem Flugblatt zur „Solidarität mit dem arabischen Volk im Kampf gegen den israelischen Terror“ auf.

IV. „Alte Rechte“

Als Repräsentanten der „Alten Rechte“ gelten die NPD und Dr. Gerhard Frey mit den „Vereinigten Freiheitlichen“.

1. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Nach den starken Mitgliederverlusten der vorangegangenen Jahre sollte 1973 das „Jahr des Aufbaus“ (DN 5/73 S. 12), ein „Jahr der Regeneration“ (DN 11/73 S. 1) sein. Dieses Ziel hat die NPD nicht erreicht.

1.1 Parteiorganisation

Entgegen der Behauptung des im Oktober 1973 in Düsseldorf wiedergewählten Parteivorsitzenden Rechtsanwalt Martin *Mußgnug*, die NPD befinde sich „in einem erfreulichen Aufwind“ (DN 23/73 S. 1), hat die Partei 1973 einen Verlust von etwa 2500 Angehörigen aufzuweisen. Sie zählt jetzt nur noch rund 12 000 Mitglieder. Stärkster Landesverband ist Bayern mit knapp 3000 Personen, der schwächste Berlin mit etwas über 100 Mitgliedern. Die stärksten Einbußen im Jahre 1973 hatte der Landesverband Baden-Württemberg, der knapp ein Viertel seiner Mitglieder verlor.

1.1.1 Die Parteispitze ist auch nach dem Ersatz von Fritz *May* (Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz) durch Walter *Bachmann* (Landesvorsitzender Bayern) als stellvertretender Bundesvorsitzender nicht wirksamer geworden. Dasselbe gilt auch für die Landesverbände, die auf ihren ohne Resonanz verlaufenen Parteitag in vier Ländern neue Vorsitzende wählten:

- LV Hessen:** Mathias *Quintus*, Verwaltungsangestellter, Walldorf
- LV Nordrhein-Westfalen:** Gerhard *Quelle*, Kaufmann, Bielefeld
- LV Niedersachsen:** Karl-Heinz *Rudolph*, Diplomlandwirt, Klein-Ilde
- LV Saarland:** Klaus *Gärtner*, Student, Völklingen.

Die Schwäche der NPD wirkt sich besonders in den Kreisen aus. So waren auf dem Landesparteitag in Bayern im Juli 1973 von 71 Kreisverbänden nur 50 durch Delegierte vertreten (Rundschreiben des Landesverbandes Bayern 4/73 vom 26. Juli 1973). In einigen Landesverbänden konnte auf Kreisebene durch die im Zuge von Gebietsreformen erfolgte Zusammenlegung von Kreisverbänden eine gewisse Stabilisierung erreicht werden. So wurde der Landesverband Baden-Württemberg, der bisher 67 Kreisverbände aufwies, mit 39 Kreisverbänden neu organisiert.

Adolf von *Thadden*, der seit seinem Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Parteivorsitzenden publizistisch arbeitet, will wieder größeren Einfluß auf die Parteiorganisation ausüben. Seit September erscheint er wieder häufiger auf Parteiveranstaltungen. Er strebt die Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl im Juni 1974 in Niedersachsen an, um auf diese Weise seine Rückkehr in die Parteiarbeit vorzubereiten (Interview mit Oldenburger „Nordwestzeitung“ vom 10. Dezember 1973).

1.1.2 Am 24. November 1973 beschloß die DN-Gesellschafterversammlung, das NPD-Organ „Deutsche Nachrichten“ mit der von dem NPD-Präsidiumsmitglied Waldemar *Schütz* in Rosenheim verlegten „Deutschen Wochenzeitung“ zusammenzulegen. Das neue Blatt heißt „Deutsche Wochen-Zeitung“ mit dem Untertitel „Deutsche Nachrichten“. Es soll „zentrales Publikationsorgan der nationalen Rechten in Deutschland“ sein (DN 49/73 S. 1). Diese Maßnahme war erforderlich geworden, weil die DN 1973 die wöchentliche Auflagenhöhe um 3000 und die DWZ die Auflage um nahezu 1000 Exemplare verringern mußten. Chefredakteure der neuen Zeitung werden der ehemalige NSDAP-Gauhauptamtsleiter Erich *Kernmayr* (bisher Chefredakteur der DWZ) und Adolf von *Thadden* (bisher Herausgeber der DN) sein. Die Startauflage soll 40 000 Exemplare betragen. Neues NPD-Organ soll der monatlich erscheinende „Deutsche Kurier“ werden.

1.1.3 Die Finanzlage der NPD wurde 1973 bestimmt von dem Wahlkampfkosten-Rückerstattungsanspruch des Bundes in Höhe von knapp 2 Millionen DM. Die Hälfte dieses Betrags hat die NPD im Jahre 1973 der Bundestagsverwaltung zurückerstattet.

1.1.4 Gegenüber der NPD-Führung konnten sich die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) mehr und mehr zur Geltung bringen. Sie setzten 1973 gegenüber der NPD Unabhängigkeit in Organisation und Finanzen durch. Mit etwa 1400 Mitgliedern haben die JN nahezu wieder den Stand von 1971 erreicht. Der JN-Vorsitzende *Deckert* betrachtet seine Organisation als den „mit Abstand . . . stärksten Faktor im nationalen Lager“ („MUT“ 75/73 S. 41). Eine zunehmend kritische und zum Teil ablehnende Haltung der JN gegenüber der NPD wird sichtbar. Vermehrt kommen ideologische Parolen auf, die eine Gemeinsamkeit mit der „Neuen Rechten“ erkennen lassen (vgl. „Berliner Nachrichten-Dienst“ Okt./Nov. 1973 S. 5 ff).

1.1.5 Im Gegensatz zu den JN ist die Mitgliederzahl des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) weiterhin rückläufig. Es sind allenfalls noch vier Hochschulgruppen des NHB aktiv. Neuer Bundesvorsitzender wurde auf der Hauptversammlung am 26. Mai 1973 in Bielefeld der Student Jürgen *Schnell*, Darmstadt.

1.1.6 Die NPD widmete sich im wahlfreien Jahr 1973 vorwiegend der parteipolitischen Schulung ihrer Funktionäre und der Arbeit an einem neuen Parteiprogramm. Dieses wurde auf dem Bundespartei-

„jugend
für
deutsch
land“



Junge
Nationaldemokraten



tag am 13./14. Oktober 1973 in Düsseldorf in seinen wesentlichen Teilen verabschiedet. Bemerkenswert ist, daß die Partei ihr ursprüngliches Bekenntnis zum Konservativismus (vgl. Rundschreiben des Leiters der Programmkommission vom 13. Juni 1972 S. 3) noch kurz vor dem Parteitag strich und den Begriff „Lebensrichtigkeit“ einführte (DN 44/73 S. 3).

Die NPD wird sich 1974 an den Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen in Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern beteiligen (DN 38/73 S. 1).

1.2 Der rechtsradikale Charakter der NPD

Programmatische Äußerungen führender Funktionäre der NPD sowie das Schrifttum der Partei lassen nach wie vor auf den rechtsradikalen Charakter der Partei schließen.

1.2.1 „Lebensrichtigkeit“ als Umschreibung kollektivistischer Vorstellungen

Die NPD hat in ihr neues Programm den Begriff der „Lebensrichtigkeit“ (DN 42/73 S. 11) aufgenommen. Sie versteht darunter im wesentlichen die „bewährten Ordnungen der Vergangenheit“ (DN 44/73 S. 3). Der stellvertretende Parteivorsitzende Dr. Felix *Buck*, der auf dem Parteitag das neue Programm einbrachte, interpretierte die „Lebensrichtigkeit“ als die „Einbettung in ... überschaubare, lebensnahe Ordnungsgefüge“, die identisch seien mit der „Gemeinschaft Volk“ und dem „Volkstum“, der „überpersönlichen stilprägenden Kraft“. In diese „geprägte Partnerschaft“ sei der Mensch von Geburt her „eingeordnet“ (DN 42/73 S. 12). Das „Einheitsbewußtsein der Nation“ fließe „aus tieferen Quellen als das Recht“ (DN 13/73). Die Partei stellt fest: „Die Antigermanisten in aller Welt und das Linkskartell in der Bundesrepublik arbeiten planmäßig zusammen an der Entmachtung und nun auch Entdeutschung der Deutschen, anstatt eine systematische Bevölkerungspolitik als wichtigste Aufgabe zu erkennen“ (DN 3/73 S. 4).

1.2.2 Neue programmatische Schriften von Prof. Anrich

Der ehemalige Reichsschulungsleiter des NS-Deutschen Studentebundes, Prof. *Anrich*, wurde auf dem Düsseldorfer Parteitag wieder zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Seine Lehre von der „Biologischen Größe Volk“ veröffentlicht er in einer neuen Broschüre mit dem Titel „Wohin gehört der Mensch?“ (Buchkreis für Besinnung und Aufbau GmbH, Seeheim); er greift darin Gedanken

auf, die er bereits auf dem Karlsruher Parteitag 1966 zum völkischen Kollektivismus geäußert hatte und die seither den ideologischen Hintergrund der NPD bestimmt. Der folgende Auszug belegt, wie *Anrich* unter Berufung auf „Volkstum und Volk“ zum Beispiel die Mißachtung unabdingbarer Grundsätze eines Rechtsstaates rechtfertigt:

„5. Beispiel.

Wo Volkstum und Volk, wo der Wert des Schutzes notwendiger Zusammenhänge die Bezugspunkte sind, da ist für Rechtsetzung und Rechtdurchführung die moralische Kraft und die Richtschnur vorhanden, Verbrecher als Verbrecher zu erkennen und zu benennen und gegen sie die Abschirmung vorzunehmen, die für die vielen anderen einzelnen wie für das Ganze und die anvertraute Sache notwendig ist. Dies nicht nur als Recht, sondern als Pflicht. Dort besteht daraus Mut und Kraft, Drogenhändler und Gewaltverbrecher ohne jeden mildernden Umstand und spätestens binnen zwei Wochen nach dem Gefaßtwerden der höchsten Strafe zuzuführen. Dort besteht Mut und Kraft, die zehn ersten drogensüchtigen Schüler aus der Schule zu entfernen. Nicht, weil kein Mitleid bestände. Aber weil der Mut zu der Einsicht besteht, daß es besser ist, zehn zu bestrafen und neunzig zu retten, als aus Angst „vor einem Eingriff in die individuellen freiheitlichen Persönlichkeitsrechte“ dieser zehn neunzig andere durch sie der Gefährdung auszusetzen“ („Wohin gehört der Mensch“, S. 73).

Die NPD empfiehlt diese Broschüre als „echte Schulungsschrift“ (DN 52/53/72 S. 10). Die Partei gab Dr. *Anrich* darüber hinaus Gelegenheit, mehrere Schulungsschriften („Volk, Staat, Demokratie in der Auffassung der NPD“; „Das realistische Menschenbild als Grundlage der Überwindung von Liberalismus und Marxismus“) zu verfassen.

1.2.3 Durch „Systemveränderung“ zum „starken Staat“

Die NPD fordert einen Staat, der nicht nur eine „Schiedsrichterrolle im Rahmen einer pluralistischen Ordnung“ spielen dürfe („Deutscher Kurier“ VIII/73 S. 3). Das neue Programm fordert: „Eine unverfälschte Demokratie trägt einen starken Staat . . . , der alle Teilbestrebungen als Wahrer des Ganzen zusammenfaßt“, um ihn nicht „zur Beute pluralistischer Gruppeninteressen werden“ zu lassen (DN 44/73 S. 3). Der Schriftleiter der DN und ehemalige Pressesprecher der NPD, Hans-Joachim *Richard*, sowie der Pressereferent des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Peter *Petersen*, propagieren im Namen ihrer Partei die „Systemveränderung“ (DN 17/73 S. 2 und 3), denn „der größte Staat der Deutschen“ befinde sich in einer „totalen Führungslosigkeit“ (DN 34/73 S. 2); „diese

Bundesrepublik“ sei „keine Demokratie mehr, sondern eine Oligarchie der Bonzen“ („Hamburger Nationaldemokraten“ Mai 73 S. 3), eine „Parteienoligarchie“ (DN 11/73 S. 3), eine „Demokratur“ („Die Zeitbombe“ — Aktionskreis Junger Nationaldemokraten in Dortmund-Hörde — 9/73 S. 3). Die Volksvertretungen unterlägen dem „inneren Verfall und der Bestechlichkeit“ (DN 44/73 S. 3). „In den Händen käuflicher Abgeordneter liegt das Schicksal unseres Volkes“ („Deutscher Kurier“ VII/73 S. 1).

1.2.4 Der NS-Staat als Leitbild

Wie ein solcher „systemveränderter“ Staat aussehen soll, deutet die Partei in ihren Vorstellungen vom „Reich“ an, das „das einzig wahre Grundgesetz aller Deutschen ist“ (DN 14/73 S. 2) und das vor 1945 „allein . . . die Rettung der weißen Welt vor der bolschewistischen Aggression verbürgte“ (DN 17/73 S. 4). Die NPD lobt den wirtschaftlichen Erfolg des Reichsnährstandes, der Arbeitsfront und der Reichstreuhand sowie die „Lenkungsinitiative des Staates“ (DN 22/73 S. 11) und bezeichnet den Reichsarbeitsdienst als die „einstige Schule der Nation“, nach dem man heute noch „angesichts der Verblüdung und Verblumpung eines Teiles der deutschen Jugend“ rufen höre (DN 7/73 S. 12). Der ehemalige NSDAP-Gauamtsleiter und jetzige Angehörige des NPD-Bundesvorstandes, Prof. Dr. H. B. von *Grünberg*, fordert: „Wer als deutscher Politiker Hitler beerdigen, also überwinden will, muß sich mit ihm gleichrangig fühlen . . . Er muß mit dieser Gleichrangigkeit — ebenfalls wie er — Volk und Staat aus der Machtlosigkeit führen“ (DN 7/73 S. 3). Die „ständige propagandistische Anprangerung von Naziverbrechen“ werde dazu benutzt, das deutsche Volk „auch in den nächstfolgenden Generationen psychisch unter Druck zu setzen, um es ausbeuten zu können“. Die Verluste der Juden hätten nach Feststellungen der UNO im 2. Weltkrieg nur etwa 200 000 betragen („Hamburger Nationaldemokraten“ Sept. 73 S. 3).

2. „Vereinigte Freiheitliche“

Neben der NPD wird die „Alte Rechte“ vor allem durch Dr. Gerhard *Frey*, dem Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“, und die mit ihm zusammenarbeitenden Gruppen repräsentiert. Diese Gruppierungen nennen sich seit 1972 „Vereinigte Freiheitliche“. Es gehören dazu:

die „Deutsche Volksunion“ (DVU), die „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), der „Deutsche Block“ (DB), der „Jugendbund Adler“ (JBA) und die „Wiking-Jugend“ (WJ).

„Vereinigte Freiheitliche“

Einheit für Deutschland Sicherheit für Europa Freiheit für die Welt



WIKING-JUGEND

Noch ist Deutschland nicht verloren!



Dr. Gerhard Frey



„Treu“

Deutscher Anzeiger

B 2357 D

Unabhängige Halbmonatszeitung für ein freies und ungeteiltes Deutschland



AKON-KURIER

FÜR EIN FREIES UND UNGETEILTES VATERLAND

B 4229 D

Seid einig, einig, einig!



Unsere Arbeit

Zeitschrift für den Ehren- und Freundeskreis (EPF) des Jugendbundes „Adler“ e. V. (JBA)

Freiheitliche, vereinigt Euch!

Rettet Europa vor der Sowjetsklaverei!

DER ADLERFÜHRER

Zeitschrift der Führerschaft des Jugendbundes „Adler“ e. V. (JBA)



Vereint sind wir stark

DEUTSCHE VOLKSUNION	DER STAHLHELM	WIKING JUGEND	JUGENDBUND ADLER	DEUTSCHER BLOCK	AKTION OBER-NEISSE
Die große demokratische Bewegung der deutschen Jugend, die sich für die Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes einsetzt.	Der Zusammenschluss aller deutschen Jugendlichen, die sich für die Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes einsetzen.	22 Jahre vollkommener Jugendpflege - eine Jugendorganisation, die sich für die Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes einsetzt.	Für Einheit und Freiheit - gegen Verdrängung und politische Isolation!	Für die Wiedervereinigung des deutschen Vaterlandes in Freiheit und Frieden!	Abteilungsorganisation für die Wiedervereinigung und Einheit des deutschen Vaterlandes.
Bundesvorsitzender: Dr. Gerhard Frey	Bundesvorsitzender: Wilhelm Meise	Bundesvorsitzender: Wolfgang Neuhoff	Bundesvorsitzender: Edward Bial	Bundesvorsitzender: Edward Bial	Bundesvorsitzender: Erwin Aab

Seit Mai 1973 gehört auch der „Stahlhelm“ dazu, der sich auf seiner Bundestagung am 8./9. September 1973 in Düren von „Bund der Frontsoldaten“ in „Kampfbund für Europa“ umbenannt hat. Diese „national-freiheitlichen Verbände“ wollen als „antikommunistische Kräfte“ zusammenwirken, um dem „Generalangriff der Linken im Zeichen der als Entspannung propagierten Westpolitik der Sowjetunion“ zu begegnen (DNZ 29/73 S. 9).

1972 wurde der „Freiheitliche Rat“ (FR) gebildet, der die Tätigkeit der „Vereinigten Freiheitlichen“ koordinieren sollte. In jüngster Zeit ist er aber nicht mehr aufgetreten.

Die Tätigkeit der „Vereinigten Freiheitlichen“ beschränkte sich 1973 neben der publizistischen Arbeit von Dr. Frey auf die Durchführung von drei Kundgebungen, die unter maßgeblicher Mitwirkung von Dr. Frey in Mainz (17. Juni 1973), in Berlin (12. August 1973) und in Sindelfingen (18. November 1973) stattfanden, von der Öffentlichkeit jedoch kaum beachtet wurden. Einzelne „Arbeitskreise“ der DVU hielten kleinere örtliche Versammlungen ab. Im übrigen stagniert die Arbeit dieser von Dr. Frey geführten Gruppe. Mitglieder der im Jahre 1966 verbotenen Ortsgruppe Bergzabern des „Stahlhelm“ traten aus Anlaß des Volkstrauertages am 18. November 1973 in Bergzabern uniformiert mit schwarz-weiß-roter Reichsflagge, Orden und Stahlhelmkopfbedeckung auf. Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz wurde erstattet.

Das Sprachrohr Dr. Frey's, die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ), ist nach wie vor das auflagenstärkste rechtsradikale Blatt. Es erreichte mit Nebenausgaben eine Verkaufsaufgabe von weit über 70 000 Exemplaren in der Woche. Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Quartal	Druckauflage	Festbezieher	freier Verkauf	Gesamt-Verkauf
1972:				
I.	107 980	20 647	60 360	81 007
II.	124 163	22 748	59 738	82 486
III.	117 039	23 123	55 112	78 235
IV.	113 785	21 535	56 826	78 361
1973:				
I.	110 612	23 106	55 232	78 338
II.	102 655	19 574	55 976	75 550
III.	109 011	25 686	52 050	77 736

Die Zeitung bedient sich fragwürdiger journalistischer Praktiken. Sie kündigt auf der Titelseite in großer Aufmachung Interviews mit

BRANDT - KANZLER durch Stimmenkauf?

Agent in Moskau Wehners Leben im Dienst des Verrats

Gekaufte LUMPEN in BONN entschieden Deutschlands Schicksal



War auch Brandts Friedenspreis GEKAUFT?

Die Maske vor Genosse V.

WEHNERs Auftrag in Moskau Die „Heimkehr“ in die Zentrale

Heim nach Norwegen?

Zahlte der Sowjetgeheimdienst für Willy BRANDT?

BRANDT's Urlaube aus Steuergeldern so irat Bahr 1945 in den Dienst der ROTEN ARMEE

BRANDT's Erfolgsgeheimnis: Der Betrug an den Deutschen!



Warum Bahr die Deutschen haßt Moskaus Agent in Bonn

Brandt - Kanzler der Korruption? Wann regieren die Gastarbeiter Deutschland?



SPD wird durch Porno reich Israel beherrscht Amerika

Wahlrecht für Gastarbeiter? Wird Deutschland entdeutscht? Sollen wir für ISRAEL bluten?

Die wahre Geschichte der Juden

Die große ÖL-ERPRESSUNG Quittung für Araberfeindlichkeit

Beherrscht Israel die Welt? onns Waffenlieferungen an Israel

bekannten Persönlichkeiten an, auf den Innenseiten werden sodann Interviews abgedruckt, die diese Personen anderen Zeitungen gegeben haben (vgl. DNZ Nr. 19, 30, 33, 42, 48/73, S. 1). Kennzeichnend sind weiter hetzerische Schlagzeilen, die sich in der Regel nicht mit dem nachfolgenden Text decken.

3. Sonstige Erscheinungsformen der „Alten Rechten“

Die meisten der über 100 zu dieser Richtung zählenden rechtsradikalen Organisationen kommen über politisches Sektierertum nicht hinaus. Auf einer „Führertagung“ am 3./4. Februar 1973 in Frankfurt/M. gab der „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände“ (AVV) seine Funktion als Dachverband auf. Sein „Sprecher“, der Verleger Alfred E. *Manke*, Bensberg-Immekeppel, bezeichnet den AVV jetzt als „Aktionszentrum“ und „Koordinierungsstelle für alle positiven, nationalen und innerparteilichen Kräfte“ (Rundschreiben 1/73 vom 6. Februar 1973).

In der „Einheitsfront der nationalen Publizistik“ (ENP), einem losen Zusammenschluß rechtsradikaler Verlage und Publizisten, ist der NPD-Spitzenfunktionär Waldemar *Schütz* mit der von ihm herausgegebenen „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) tonangebend. Die an der ENP beteiligten Monatsschriften „MUT“ (Bernhard C. *Wintzek*) und „Nation Europa“ (Peter *Dehoust*) warben für den „Nationaleuropäischen Kongreß“ (29./30. Juni 1973 in Antwerpen). Beide Publizisten gehören dem „Generalsekretariat der Intereuropäischen Nationalen“ (GIN) an, das diese jährlichen Kongresse ausrichtet.

Neben rechtsradikalen Organisationen traten auch 1973 wieder Personen auf, die den Eindruck zu erwecken versuchten, als stünde hinter ihnen eine Organisation. Als solche „Einzelgänger“ wurden im Berichtszeitraum u. a. bekannt:

- Journalist Thies *Christopherson*, Kälberhagen, „Bürger- und Bauerninitiative“, Herausgeber der sporadisch erscheinenden Schriften „Die Bauernschaft – für Recht und Gerechtigkeit“ und „Kritik“, Inhaber des „Kritik-Verlages“, Verfasser der Broschüre „Die Ausschwitzlüge“,
- Rechtsanwalt Manfred *Roeder*, Bensheim, „Deutsche Bürgerinitiative“, Verfasser zahlreicher Flugblätter und des Vorwortes zur Schrift „Die Ausschwitzlüge“,
- Gerichtsreferendar Reinhard *Neudorf*, Darmstadt, „Reformierungspartei für Wohlfahrt und Kultur“, Verfasser der sporadischen Blätter „Heile Welt“,

- **Fuhrunternehmer Joachim Floth, Bamberg**, „Deutsch-Völkische Gemeinschaft“, Verfasser von vielen Flugblättern sowie der unregelmäßig erscheinenden Schriften „Der Angriff“ und „Die Wahrheit für Deutschland“.

In der Bundesrepublik Deutschland bestehen 22 gewerbsmäßig betriebene Druckereien, die rechtsradikale Publikationen drucken. Bei sechs dieser Unternehmen sind die Inhaber selbst Mitglieder oder Sympathisanten rechtsradikaler Organisationen.

V. „Neue Rechte“

1. In den letzten Jahren haben überwiegend junge Rechtsextremisten Gruppen und Aktionskreise gebildet, die sich deutlich von der NPD und ideologisch verwandten Organisationen abzugrenzen versuchen.

Der „Alten Rechten“ wird vorgeworfen, sie habe „mit ihren antiquierten Parteiprogrammen... die Probleme von heute nicht erkannt (Neue Zeit – NZ 3/73 S. 1). Ihre Vertreter gelten als „Rechtsreaktionäre“ („Ideologie & Strategie“ – IS – 7/73 S. 2) und „Gestrige“ (NZ 3/73 S. 1), die sich vorwiegend mit der Vergangenheit beschäftigten“ (IS 7/73 S. 2). Sie seien „nicht einmal zu zündenden Phrasen mehr in der Lage“ (NZ 4-5/73 S. 3) und lebten in einer „selbstbetrügerischen nationalen Scheinwelt“ (IS 5/73 S. 1).

2. Die Aktivitäten dieser „Neuen Rechten“ gingen im Berichtsjahr fast ausschließlich aus von der „Aktion Neue Rechte“ (ANR), der „Außerparlamentarischen Mitarbeit“ (APM), der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) und von den „Nationalrevolutionären Basisgruppen in Deutschland“ (NRB).

Die Tätigkeit der ANR wurde durch ständige Auseinandersetzungen in den Führungsspitzen stark behindert. Die „Nationalrevolutionären Basisgruppen“, die Mitte 1973 aus der Zusammenarbeit von ANR, APM und DESG entstanden, zeichneten für Flugblatt- und Unterschriftenaktionen gegen die „Bonner Korruption“ und den „Imperialismus der beiden Weltmächte“ verantwortlich. Die Berliner Kaderorganisation APM gab die „Kampf“-schriften „Rebell“, „Ideologie & Strategie“ sowie den „Berliner Nachrichtendienst“ heraus. Im Verlag der DESG wurden die Schriften „Junges Forum“ und „Junge Kritik“ verlegt. Die genannten Schriften sind die ideologischen Wegweiser der „Neuen Rechten“.

BERLINER NACHRICHTEN - DIENST

Die kommunistische SPD-FÜHRER
Vorwärts im national-revolutionären Befreiungskampf für die Neuschaffung Deutschlands!

TENDENZ
NATIONAL-REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG FÜR EUROPA UND DEUTSCHLAND

IDEOLOGIE & STRATEGIE
ZENTRALES KADERORGAN NATIONAL-REVOLUTIONÄRE BASISGRUPPEN
Ausgabe 5 Berlin, Februar 1973

Freiheit den Völkern Europas **ANR** Aktion Neue Rechte



Die nationalrevolutionäre Bewegung fordert:
Kampf gegen US- und Sowjet-Imperialismus!
Unabhängigkeit von Ost und West
Nationale Einheit in einem sozialistischen Deutschland!



DR BASIS INFO
Gegen Imperialismus
Kampf den Unterdrückern - Freiheit den Völkern!

Volonté et fiction
LA VOIX DE LA NOUVELLE DROITE (A.N.R.)
Publication bimensuelle en langue française, allemande et italienne
Janvier 1973

Stalin darf in Bonn nicht siegen!
Europäische Sozialisten stoppen Panzerkommunisten!
Aktion Neue Rechte **ANR**

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Wide + Tat
DIE STIMME DER NEUEN RECHTEN (ANR)
Volonté e fazione
LA VOCE DELLA NUOVA DESTRA (ANR)
Publizierte bi-mensuelle in Italien, Frankreich, Spanien & England
Februar 1973

Kampf allen Imperialisten und Unterdrückern der Völker!
National-revolutionäre Basisgruppen Nürnberg, Furtth, Forchheim, Stuttgart, Freiburg

ANR
SOZIALISMUS... JA NATIONALISMUS... JA
Freiheit für DEUTSCHLAND
Freiheit für EUROPA
AKTION NEUE RECHTE

NACHRICHTEN
Aktion Neue Rechte
Baden-Württemberg
April 1973

NATIONAL-REVOLUTIONÄRE BEFREIUNGSKAMPF ist Kampf für einen unabhängigen, demokratischen Sozialismus der Völker

Gegen kommunistische und kapitalistische Ausbeutung - FÜR EIN GEINITES, DEMOKRATISCHES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Nationalismus konkret
Gegen Sowjetimperialismus
Befreiungsnationalismus

Gegen die arbeiterfeindliche Brandt-Regierung - revolutionäre Volkseinheit!

3. Im Mittelpunkt der „nationalrevolutionären“ Ideologie steht die Veränderung des bestehenden Gesellschaftssystems, „Weil die Besitzgesellschaft den Parasiten begünstigt“ („Neue Zeit“, Organ der ANR 4/5/73 S. 3). „Europäischer Sozialismus“ bedeute die „Überwindung von Liberalkapitalismus und Panzerkommunismus“ (Rundschreiben der ANR „An die Bezieher der Neuen Zeit“, ohne Datum) durch eine „gerechte Gesellschafts- und Sozialordnung“. Eine Erneuerung der deutschen Arbeiterkampf Bewegung „auf dem Boden der jetzigen SPD“ sei undenkbar. Die SPD sei „sozialreaktionär, arbeiterfeindlich und konterrevolutionär“ (NZ 2/73 S. 2). Das Volk müsse „sein wirtschaftliches Schicksal selbst planerisch und solidarisch in die Hand nehmen und einen nationalen – und also nichtmarxistischen – Sozialismus aufbauen“ („Ideologie und Strategie“ – IS – 7/73 S. 2).

Die APM verweist auf Gemeinsamkeiten mit den Maoisten. „Neue Rechte“ und Maoisten bekämpften „die beiden herrschenden Welt-systeme des Liberalkapitalismus auf der einen und des Sowjet-imperialismus auf der anderen Seite“, wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen (IS 6/73 S. 1). Diese linksnationalistischen Tendenzen stoßen in den eigenen Reihen auf Widerstand; die Kritiker fordern die Besinnung auf die „völkischen Interessen“.

VI Nazistische Erscheinungen

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat am 21. November 1973 gegen zehn Mitglieder der am 11. Oktober 1972 aufgedeckten „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland“ (NSKG) Anklage wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, teilweise auch wegen unerlaubten Waffenbesitzes erhoben.

Im Herbst 1973 verbreitete der JN-Bezirksvorsitzende Hans Joachim *Neumann* aus Gelsenkirchen ein Flugblatt, das anlässlich des 50. Jahrestages des „Marsches zur Feldherrnhalle“ den Nationalsozialismus verherrlichte. Aufgrund dieses Aufrufes veranstalteten am 9. November zehn Rechtsaktivisten, u. a. der JN-Bundesgeschäftsführer Siegfried *Baur*, München, und der Vorsitzende der „Nationalen Deutschen Befreiungs-Bewegung“ (NDBB), Roland *Tabbert*, Hanau, eine Gedenkfeier. 15 Personen legten vor der Feldherrnhalle Kränze nieder.

Der ANR-Funktionär Hans Ulrich *Neufeld* trat mit seiner Mannheimer ANR-Gruppe anlässlich des „2. Nationaleuropäischen Congresses“ am 29./30. Juni 1973 in Antwerpen uniformiert mit NSDAP-

Parteiabzeichen und Hitlergruß auf. In einer Antwerpener Gaststätte sang die Gruppe „Die Fahne hoch“ und weitere NS-Lieder. In rechtsradikalen Kreisen wurde im Herbst 1973 ein anonymes Blatt verbreitet, das zum Einsatz in einer „nationalsozialistischen Kampfgruppe“ aufruft. Im vergangenen Jahr hat die NSKG ein ähnliches Blatt herausgebracht.

VII. Internationaler Faschismus

Das „Generalsekretariat der Intereuropäischen Nationalen“ (GIN) plante für den 29./30. Juni 1973 in Antwerpen den „2. Nationaleuropäischen Jugend-Congreß“ (NEC) (vgl. S. 33). Die belgischen Behörden verboten jedoch dieses Treffen. Eine Ersatzveranstaltung mit etwa 600 vorwiegend deutschen Teilnehmern fand daraufhin auf französischem Boden an der belgisch-französischen Grenze bei Steenvorde statt. Ein dritter Kongreß sollte am 29./30. Juni 1974 in Barcelona abgehalten werden. Als Ausrichter wird die spanische Organisation „Circulo Espanol des Amigos de Europa“ (CEDADE) auftreten. Als Ergänzung der Arbeit des GIN wurde im Dezember 1973 in Lüttich von deutschen und belgischen Rechtsradikalen die „Europafront“ (EF) gegründet. Auf Betreiben des GIN, dem inzwischen fünf Deutsche angehören, wurde der 27. Oktober 1973 (ungarischer Aufstand 1956) zum „Tag der nationaleuropäischen Solidarität“ erklärt.

Die engsten Kontakte zu ausländischen Rechtsextremisten unterhält die ANR, so zu der von dem ehemaligen Südtirolaktivisten Dr. Norbert *Burger* geführten „Nationaldemokratischen Partei Österreichs“ (NDP), zum „Movimento Sociale Italiano“ (MSI), zum „Comitato Tricolore Italiano del Mondo“ (CTIM), zu dem inzwischen von den französischen Behörden verbotenen „Ordre Nouveau“ (ON) sowie zur französischen „Organisation Lutte du Peuple“ (OLP). Deshalb erscheint die Broschüre der ANR „Wille und Tat“ auch in italienisch und französisch.

Auf Einladung der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) sprach der ehemalige britische Faschistenführer Oswald *Mosley* am 12. Oktober 1973 im Frankfurter Palmengarten. In Wien ist unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Rechtsradikaler ein „Nationales Ideologiezentrum“ im Aufbau.

Verschiedentlich tauchte nazistisches Schriftmaterial aus den USA in der Bundesrepublik auf, darunter „Kampfrufe“ einer „NSDAP-Auslandsorganisation“ in Lincoln, Nebraska.

Kampfschrift

KAMPFSCHRIFT DER NSDAP AUSLANDSORGANISATION

Jahrgang Nr. 2 FEBRUAR IN U.S.A. Juli-Juni 1972/1973

National Socialisten

ET ORGAN FOR DANMARKS NATIONALSOCIALISTISKE BEVEGELSE

White Power

the newspaper of White Revolution

DDR & BRD, BEIDES SIND REGIME DER BESATZER. FEGT SIE HINWEG BEFREIT DEUTSCHLAND ERWACHE VOLK!

DEUTSCHE BEFREIUNGSFRONT

National Socialists Demand Brezhnev Release Hess

THE MOVEMENT



BRANDT AN DIE WAND!

NSDAP Auslandsorganisation

THE DEMAND OF THE HOUR: **Peace with Germany!**

WEDER BRD NOCH DDR

DEUTSCHLAND ERWACHE!

DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN

DEUTSCHLAND ERWACHE!

DEUTSCHLAND ERWACHE!

DEUTSCHLAND ERWACHE!



WHITE WORKER AWAKE!

THIS IS YOUR COUNTRY: YOU BUILT IT! KEEP IT WHITE! SUPPORT THE ONLY PARTY WHICH STANDS UP FOR THE WHITE WORKER!

Die Juden sind unser Unglück!

NSDAP Auslandsorganisation

L'ETAIDE

Circulo Espanol de Amigos de Europa

the stormtrooper magazine

RYAN SOLIDARITY

Deutschland ERWACHE!

NSDAP Auslandsorganisation

ALARM

VERSCHIJNT MAANDELIJKS STRIJDOORGAAN VAN DE VLAAMSE MILITANTEN ORDE - V.M.O.

1933 - 1973

NATIONAL SOCIALIST BULLETIN

For RACE and NATION

Official Internal Organ of the NATIONAL SOCIALIST PARTY OF AUSTRALIA

NATIONALIST INDSTILLET?

SOCIALT BEVIDST?

NATIONALSOCIALIST !!

VAR MED HVOR DER SIVER HOGET? BLIV AKTIVT MEDLEM AF

D.N.S.U.

DANISH NATIONAL SOCIALIST UNION

WORLD UNION of NATIONAL SOCIALISTS

HEADQUARTERS - 2507 NORTH FRANKLIN ROAD - ARLINGTON - VIRGINIA 22201 - U.S.A.

VIII. Ausschreitungen

Im Jahre 1973 wurden 218 Ausschreitungen aus rechtsradikalen Motiven erfaßt. Die Zahl der Vorfälle verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (263 Fälle) um rund 17 %, liegt aber immer noch über der der Jahre 1969 und 1970. Die Schmieraktionen (49) nahmen gegenüber dem Vorjahr (88) stark ab.

Die Zahl von 218 Ausschreitungen enthält 46 Gewaltakte.

Die Gewalttaten schlüsseln sich im Vergleich zu 1971 und 1972 wie folgt auf:

Terrorakte	1971	1972	1973
Sprengstoffanschläge	—	—	—
Brandstiftungen	3	2	2
Gewaltakte			
Körperverletzung	14	11	6
Sachbeschädigung	25	24	12
sonstige Gewaltakte	9	3	1
Androhung von			
Mord/Entführung	44	28	8
Sprengstoff- und Brandanschlägen	24	10	6
sonstigen Gewaltakten	4	15	11
Gesamtzahl:	123	93	46

Die Gewalttaten nahmen also gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte ab. Ihr Anteil an den Gesamtausschreitungen sank gegenüber 1972 von 35 % auf den bisher niedrigsten Stand von 21,1 %.

Insgesamt konnten 95 Täter ermittelt werden, die an diesen Ausschreitungen teilgenommen hatten. 38 waren jünger als 30 und 26 älter als 50 Jahre. Von den Tätern gehören 32 rechtsradikalen Organisationen an (1972: 77 von 101).

IX. Maßnahmen gegen Personen und Vereinigungen

Im Jahre 1973 wurden 29 Personen wegen Taten mit rechtsradikalem politischen Einschlag (1972: 11 Personen) rechtskräftig verurteilt. Mit einer Ausnahme wurden dabei Geldstrafen oder Geldbußen (bis zu 2000,— DM) verhängt. Das Amtsgericht Unna verurteilte den Rechtsaktivisten Rolf *Blasberg*, Krefeld, zu 8 Monaten Freiheitsentzug ohne Bewährung wegen Fahnenflucht. Blasberg hatte sich im November 1971 unerlaubt von der Truppe entfernt, weil er „für diese Regierung keinen Wehrdienst leisten“ wollte.

Ausschreitungen deutscher Staatsbürger aus rechtsradikalen Motiven in den Jahren 1969-1973

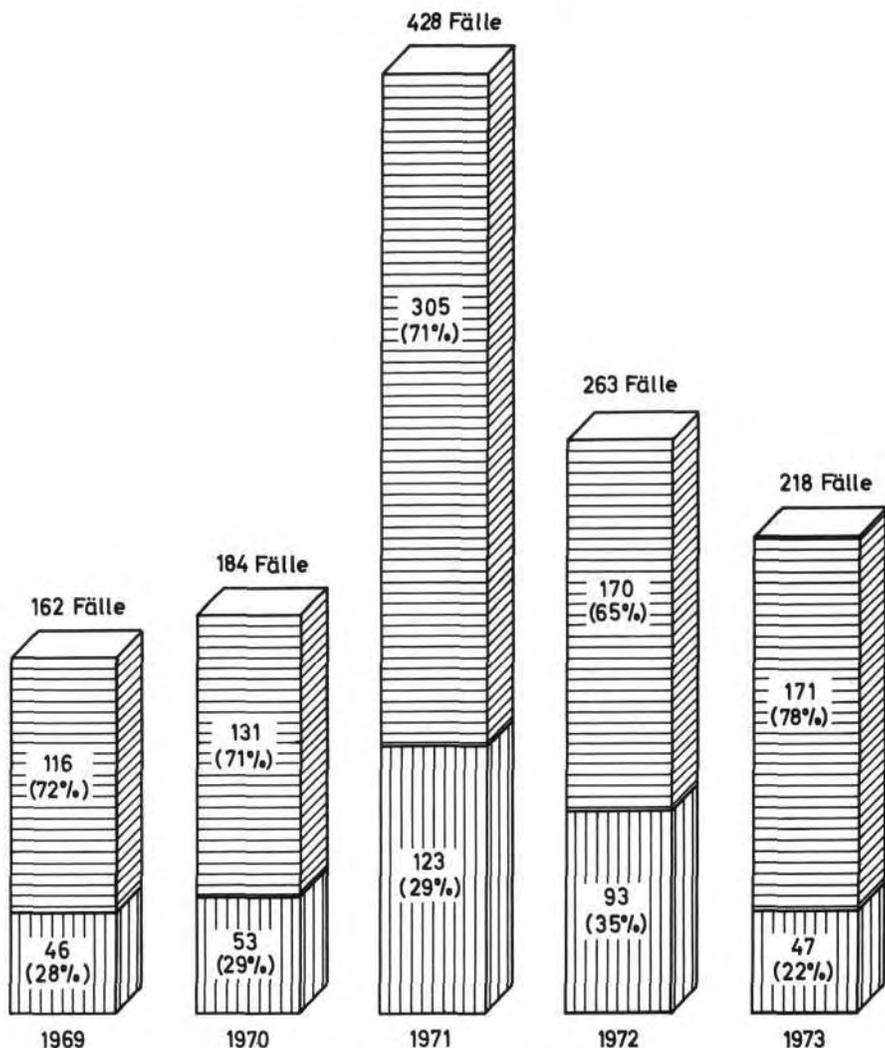
Wahlniederlage der NPD bei der Bundestagswahl

Beginn der Ostvertragsverhandlungen; Entstehung der „Neuen Rechten“

Höhepunkt der Widerstandsaktionen gegen die Ostverträge

Ratifizierung der Ostverträge; Bundestagswahlkampf

Jahr ohne Wahlen und ohne besonderen nationalpolitischen Zündstoff



Ausschreitungen ohne Gewaltdimensionen



Ausschreitungen mit Gewaltdimensionen

Das Urteil des Schöffengerichts Bonn gegen den Kölner Professor Berthold *Rubin* und die Mitangeklagten Jürgen *Rieger* und Manfred *Plöckinger* zu sechs, vier und zwei Monaten Freiheitsentzug wegen Vortäuschung einer Entführung ist noch nicht rechtskräftig.

Wie in den Vorjahren verbot die Alliierte Stadtkommandantur in Berlin den für den 19./20. Mai 1973 vorgesehenen Landesparteitag der Berliner NPD. — Das Landgericht München I ordnete am 16. April 1973 die Beschlagnahme von 1000 Postern mit einem stilisierten Porträt Adolf Hitler's. — Das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf zog am 17. März 1973 den sogenannten „*Naujock*-Brief“ mit beleidigendem Inhalt gegen Bundeskanzler *Brandt* ein und ordnete die Unbrauchbarmachung der zur Herstellung des Briefes benutzten Hilfsmittel an (in dem „offenen Brief“ war dem Bundeskanzler vorgeworfen worden, im Jahre 1933 einen Mord begangen zu haben). Das Strafverfahren gegen den 77jährigen *Naujock* wurde von der Staatsanwaltschaft Hamburg mangels Schuldfähigkeit eingestellt. — Die Ordnungsbehörden verboten eine Protestaktion der „Jungen National-Demokraten“ (JN) am 20. Mai 1973 in Dortmund gegen den Besuch *Breschnew*'s und einen von der NPD am 17. Juni 1973 geplanten Demonstrationzug in Minden.

X. Beurteilung

Die Entwicklung des deutschen Rechtsradikalismus im Jahre 1973 hat erneut gezeigt, daß rechtsradikale Organisationen und Aktionen zur Zeit kaum Resonanz in der Bevölkerung finden. Sie sind Randerscheinungen im innerpolitischen Bereich. Daran ändert die leichte Belebung bei rechtsradikalen Jugendorganisationen nichts.

Eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bildete der Rechtsradikalismus auch im Jahre 1973 nicht.

Linksradikale Bestrebungen im Jahre 1973

I. Allgemeine Erfahrungen

Die Lage des Linksradikalismus war durch die bereits im Jahre 1972 erkennbaren Entwicklungstendenzen gekennzeichnet: Verstärkte Bündnisbestrebungen der orthodoxen Kommunisten, politische Militanz maoistischer Gruppen und die Fortsetzung von Terrorakten linksradikaler Gewalttäter. Die scharfen Gegensätze zwischen orthodoxen Kommunisten und der „Neuen Linken“ dauerten an.

1. Orthodoxe Kommunisten

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) hat ihren Mitgliederbestand auf über 39 000 erhöhen können. Auf ihrem Hamburger Parteitag (November) demonstrierte sie Geschlossenheit und Disziplin und bestätigte ihre politische Linie, die sie als marxistisch-leninistische Partei sowjetischer Prägung ausweist.

Die DKP und ihre Hilfsorganisationen haben ihre Bestrebungen verstärkt, die eigene schwache Basis durch Aktionsbündnisse mit nichtkommunistischen Kräften zu erweitern. Dabei hatten sie Erfolg. Es kamen ihnen übereinstimmende Auffassungen von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Liberalen und Christen in verschiedenen politischen Tagesfragen zugute. Die organisierte Betriebsarbeit der DKP stagnierte jedoch wie schon im Vorjahr trotz vielfältiger Aktivitäten bei wilden Streiks. Hier stießen die orthodoxen Kommunisten ebenso wie bei ihren Aktivitäten unter Studenten und Schülern und bei „antiimperialistischen“ Protestdemonstrationen auf starke Konkurrenz maoistischer Gruppen.

Der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) hat die Zahl seiner Mitglieder um über ein Drittel erhöht (zur Zeit etwa 3500 Mitglieder). Straffe Führung, ideologische und organisatorische Geschlossenheit und geschickte politische Arbeit verhalfen dem MSB zu weiteren Mandaten in studentischen Selbstvertretungsgremien. Diese Positionen und sein Einfluß in dem „Verband Deutscher Studentenschaften“, dessen Vorstand Mitglieder des MSB und des mit ihm verbündeten „Sozialistischen Hochschulbundes“ (SHB) sowie ein Jungsozialist bilden, verschafften dem MSB erhebliche Wirkung in der Studentenschaft.

Die SED und ihre Hilfsorganisationen haben auch 1973 ihre Westarbeit in der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt, die darauf gerichtet ist, die DKP sowie den MSB und die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) zu unterstützen.

2. „Neue Linke“

Unter dem Begriff „Neue Linke“ werden in diesem Bericht – wie schon in früheren Jahren – ideologische Tendenzen, organisatorische Entwicklungen und Aktivitäten derjenigen kommunistischen (maoistischen, leninistischen, stalinistischen, trotzkistischen) sowie anarchistischen Gruppen dargestellt, die nicht den Kommunismus sowjetischer Prägung vertreten.

Den Gruppen der „Neuen Linken“ ist es gelungen, ihre organisatorische Zersplitterung abzubauen: durch Zusammenschlüsse und durch Eingliederung selbständiger örtlicher Gruppen in bestehende größere Vereinigungen hat sich die Zahl der in der „Neuen Linken“ dominierenden maoistischen Gruppen beträchtlich verringert, die Zahl ihrer Mitglieder hat jedoch erheblich zugenommen.

Bei anhaltender „strategischer“ Übereinstimmung in dem Ziel, das gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland revolutionär zu beseitigen, befiedelten sich die größeren Gruppen der „Neuen Linken“ heftig. Das hinderte sie jedoch nicht, bei verschiedenen Anlässen gemeinsam zu demonstrieren. Viele Demonstrationen und zahlreiche Aktionen an Hochschulen haben erneut bestätigt, daß vor allem maoistische Gruppen Gewalt anwenden, wenn sie meinen, damit politische Nahziele erreichen zu können.

Die Wirkung von Gruppen der „Neuen Linken“ auf die Arbeiterschaft, deren Klassenbewußtsein sie wecken und in revolutionäre Aktivität ummünzen wollen, blieb unbedeutend. Gewissen Anklang fanden sie während wilder Streiks bei ausländischen Arbeitnehmern.

An den Hochschulen, die das bevorzugte Betätigungsfeld der „Neuen Linken“ geblieben sind, arbeiteten sie weiter daran, revolutionäre Ideen zu verbreiten und politische Kader heranzubilden. Ihre Gruppen haben aber bei Wahlen zu studentischen Vertretungskörperschaften schwere Niederlagen erlitten und dadurch Positionen verloren, die sie bisher für ihre revolutionäre Tätigkeit hatten nutzen können.

3. Terroristen

Die Zerschlagung der gefährlichsten terroristischen Gruppen im Jahre 1972 hat sich in der ersten Hälfte des Jahres 1973 hemmend

auf terroristische Aktivitäten ausgewirkt. Seit Sommer 1973 haben aber die Terroranschläge (Mord- und Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen und Raubüberfälle) erheblich zugenommen. 58 von insgesamt 70 Anschlägen dieser Art wurden in der zweiten Jahreshälfte verübt. Auch andere Anzeichen bestätigen, daß Terrorgruppen bestehen, die mit ähnlichen Methoden wie die Baader-Meinhof-Bande arbeiten.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen

Die Zahl der linksradikalen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin) ist 1973 weiter auf 317 (1972: 365) zurückgegangen. Ihre Mitgliederzahl (Mehrfachmitgliedschaften eingeschlossen) ist jedoch auf 116 500 (1972: 103 000) gestiegen. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die organisatorische Konzentration innerhalb der „Neuen Linken“ zurückzuführen. Der Anteil der Mitglieder von Gruppen der „Neuen Linken“ an der Mitgliederzahl aller linksradikaler Organisationen hat sich geringfügig erhöht: er stieg von 14% im Jahre 1972 auf 16% im Jahre 1973. Viele Demonstrationen und andere Aktionen zeigten erneut, daß die Zahl ihrer Anhänger weiterhin beträchtlich ist.

Eine Übersicht gibt die nachstehende Tabelle:

Organisationen	1971		1972		1973	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
orthodox-kommunistische und prokommunistische	130	83 000	115	88 500	110	98 000
maoistische	35	2 000	90	6 300	61	12 000
trotzkistische	7	700	10	1 000	10	1 000
anarchistische	10	250	15	300	32	500
sonstige Org. der „Neuen Linken“	210	2 600	135	7 000	104	5 000
	392	88 550	365	103 100	317	116 500
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften		67 000		78 000		87 000

2. Publikationen

Die Zahl linksradikaler periodischer Schriften ist gegenüber 1972 um ein Sechstel, die durchschnittliche Wochenaufgabe um fast 80

Prozent gestiegen. Der Anteil der periodischen Schriften der „Neuen Linken“ an der durchschnittlichen Wochenauflage hat sich weiter erhöht, obwohl die Zahl ihrer Periodika leicht zurückgegangen ist. Auch das folgt aus dem Konzentrationsprozeß innerhalb der „Neuen Linken“.

Eine Übersicht gibt die nachstehende Tabelle:

Publikationen	Zahl			Wochenauflagen		
	1971	1972	1973	1971	1972	1973
orthodox-kommunistische und prokommunistische der „Neuen Linken“	710	910	1 112	309 500	333 000	542 000
	183	273	268	101 000	150 000	337 800
Gesamt:	893	1 183	1 380	410 500	483 000	879 800

Neben den periodischen Schriften verbreiteten orthodoxe Kommunisten und besonders die Studentengruppen der „Neuen Linken“ zahlreiche Flugblätter und andere Schriften in zum Teil hoher Auflage.

3. Linksradikele im öffentlichen Dienst

3.1 Ende 1973 waren – soweit bekannt – insgesamt 1423 Linksradikele im Bundes-, Landes- und Kommunaldienst sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen tätig.

Einzelheiten zeigt die folgende Tabelle (Zahlen für 1972 in Klammern):

	Personen	DKP	SEW	Komm. Hilfsorganisationen	„Neue Linke“
Bundesdienst	246 (235)	178	2	52	14
Landesdienst	791 (695)	339	22	183	247
Kommunaldienst	240 (236)	175	–	50	15
Dienst in anderen öffentl. Einrichtungen (z. B. Rundfunkanstalten, Verkehrsbetriebe)	146 (141)	102	8	18	18
	1423 (1307)	794	32	303	294

Bei insgesamt 3,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst (vgl. Wirtschaft und Statistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt,

Heft 7, 1973, S. 412) ist der Anteil der Linksradiكالen trotz einer gewissen Dunkelziffer nach wie vor relativ gering: auf je 2316 Angehörige des öffentlichen Dienstes entfällt ein linksradikaler Bediensteter, auf je 3990 ein Mitglied der orthodox-kommunistischen Parteien (DKP oder „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW)).

3.2 Von den 246 linksradikalén Bundesbediensteten sind über 50% (126) bei der Bundespost und fast 40% (91) bei der Bundesbahn tätig, meist in untergeordneten Positionen.

3.3 Von den 791 linksradikalén Landesbediensteten sind beschäftigt

322 (= 40,7%) als Lehrer an Schulen,
188 (= 23,8%) als wissenschaftliches Personal an Hochschulen,
39 (= 4,9%) als sonstiges Personal an Schulen und Hochschulen,
54 (= 6,8%) in der Justiz,
5 (= 0,6%) bei der Polizei und
183 (= 23,2%) in sonstigen Verwaltungszweigen.

Zur Gruppe der Lehrer an Schulen kommen noch 25 der linksradikalén Kommunalbediensteten hinzu; zu den Linksradikalén, die als wissenschaftliches Personal an Hochschulen beschäftigt sind, gehören außer den genannten 188 Landesbediensteten noch 24, die im Dienst anderer öffentlicher Einrichtungen stehen.

3.4 Von den 1423 Linksradikalén sind 669 Beamte, 494 Angestellte und 260 Arbeiter. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Zugehörigkeit der Beamten zu den einzelnen Laufbahngruppen:

höherer Dienst	289 (= 20,3%)
gehobener Dienst	259 (= 18,2%)
mittlerer Dienst	76 (= 5,4%)
einfacher Dienst	45 (= 3,2%)

4. Studentenparlamente und Allgemeine Studentenausschüsse

4.1 Studentenparlamente

In den am Jahresende 1973 bestehenden Studentenparlamenten an 42 Universitäten und Technischen Hochschulen hatten Linksradikalé von 1547 Sitzen **mindestens** 673 (43,5%) inne. Einzelheiten und

Veränderungen zeigt die nachstehende Tabelle, die für das Jahr 1971 auf Wahlergebnissen in 32 und für das Jahr 1972 auf Wahlergebnissen in 34 Hochschulen beruht:

Gruppen	Zahl der Sitze			Anteil			Vertreten in: (Zahl der Parlamente)		
	1971	1972	1973	1971	1972	1973	1971	1972	1973
„Neue Linke“	425	368	339	33,0%	28,1%	21,9%	29	27	35
MSB Spartakus	105	99	174	8,1%	7,5%	11,3%	23	21	33
SHB	215	219	160	16,7%	16,7%	10,3%	23	20	21
	745	686	673	57,8%	52,3%	43,5%			
Sonstige	543	626	874	42,2%	47,7%	56,5%			
	1 288	1312	1547	100 %	100 %	100 %			

Der Anteil der Linksradi-kalen insgesamt an den Sitzen in den Studentenparlamenten ist 1973 weiter zurückgegangen und liegt erstmals seit 1971 unter 50 v. H.

Den Hauptverlust erlitt der SHB: Er büßte über ein Drittel seines Anteils ein. Die „Neue Linke“ verlor fast ein Fünftel ihres Anteils. Dagegen konnte der MSB seinen Anteil an den Mandaten der Studentenparlamente erhöhen, und zwar um etwa die Hälfte.

4.2 Allgemeine Studentenausschüsse

Von insgesamt 256 Mitgliedern der Ende Dezember 1973 bestehenden Allgemeinen Studentenausschüsse an 39 Universitäten waren mindestens 168 (= 65,6%) Linksradi-kale. Einzelheiten und Veränderungen zeigt die nachstehende Tabelle, die für das Jahr 1971 auf Wahlergebnissen von 32 und für das Jahr 1972 auf Wahlergebnissen von 36 Hochschulen beruht:

Gruppen	Zahl der Sitze			Anteil			Vertreten in: (Zahl d. ASTa)		
	1971	1972	1973	1971	1972	1973	1971	1972	1973
„Neue Linke“	78	85	70	35,1%	33,5%	27,3%	18	20	15
MSB Spartakus	28	38	48	12,7%	15,0%	18,8%	12	16	18
SHB	44	52	50	19,8%	20,5%	19,5%	13	15	14
	150	175	168	67,6%	69,0%	65,6%			
Sonstige	72	78	88	32,4%	31,0%	34,4%			
	222	253	256	100 %	100 %	100 %			

In den allgemeinen Studentenausschüssen dominieren nach wie vor die Linksradiakalen, obwohl ihr Anteil ebenfalls zurückgegangen ist.

Der Anteil der „Neuen Linken“ an den Sitzen der Allgemeinen Studentenausschüsse verringerte sich um knapp ein Fünftel gegenüber 1972. Die Verluste des SHB in den Allgemeinen Studentenausschüssen waren im Gegensatz zu seinen Verlusten in den Studentenparlamenten gering. Das ist offenbar auch darauf zurückzuführen, daß linksdemokratische Studentengruppen eher mit Linksradiakalen zusammenarbeiten als mit „konservativen“ demokratischen Gruppen. Der MSB dagegen vergrößerte seinen Anteil auch an den Sitzen der Allgemeinen Studentenausschüsse um ein Viertel. MSB und SHB sind gemeinsam in 11 von 39 Allgemeinen Studentenausschüssen vertreten.

4.3 Die linksradiakalen Studentengruppen haben ihre starken Positionen an den Berliner Universitäten, an denen keine Studentenparlamente und „Allgemeinen Studentenausschüsse“ bestehen, verbessert. In den Selbstverwaltungsgremien (Fachbereichsräte, Institutsräte) der Freien Universität (FU) sind 45 von 78 studentischen Sitzen (57,6%; 1972: 50,7%) und an der Technischen Universität (TU) 18 von 59 studentischen Sitzen (30,5%; 1972: 28,8%) von Linksradiakalen besetzt. 45 dieser Sitze (73,3%) entfallen auf die von der SEW beeinflussten „Arbeitsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten“ (ADS), 10 Sitze (15,8%) auf die der „Neuen Linken“ zuzurechnenden „Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppen“ (MLH-Gruppen) – inzwischen teilweise aufgelöst und dem KBW untergeordnet –; 4 Sitze entfallen auf den KSV, 2 Sitze auf den SHB und 1 Sitz auf die KHG.

Dem Akademischen Senat der FU gehören ebenfalls einige Linksradiakale an.

III. Schwerpunkte der Agitation

In ihrer tagespolitischen Agitation haben orthodoxe kommunistische Organisationen und Gruppen der „Neuen Linken“ oft unterschiedliche Positionen eingenommen. Die KPD und ihre Hilfsorganisationen haben ihre Methode fortgesetzt, sich zum Fürsprecher von Forderungen zu machen, die auch von einigen demokratischen Gruppen vertreten werden.

1. Ost- und Deutschlandpolitik

1.1 Die DKP hat die Ratifizierung des Grundlagenvertrages mit der DDR als Erfolg bezeichnet, zu dem sie maßgeblich beigetragen habe. Gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag agitierte sie heftig: es sei ein Versuch, die „alten imperialistischen Herrschaftsansprüche der herrschenden Großkapitalistischen Kreise“ aufrechtzuerhalten und die Normalisierung der Beziehungen zur DDR zu erschweren (u. a. „DKP-Presse-dienst“ Nr. 114/73 und Nr. 165/73).

Die Unterzeichnung der Verträge über wirtschaftliche Kooperation und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie über Kulturaustausch mit der Sowjetunion hat sie ebenso wie den Vertrag mit der CSSR zum Anlaß genommen, für einen weiteren Ausbau der friedlichen Koexistenz zu werben (u. a. „DKP-Pressedienst Nr. 118, 138 und 244/73).

Im übrigen vertritt die DKP in ihren Aussagen zur Ost- und Deutschlandpolitik, insbesondere in ihren Stellungnahmen zum völkerrechtlichen Status beider deutscher Staaten und zur Berlin-Frage, die Linie der KPdSU und der SED.

1.2 Vor allem maoistische Gruppen diffamierten die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung weiterhin: Die deutschen „Imperialisten“ betrieben auf Kosten der DDR einen „Schacher mit den Krem lzaren“; der Grundlagenvertrag zeige ein „widerwärtiges Schauspiel der Kumpanei von Sozialdemokratie und Sozialimperialismus“.

Ziel der „westdeutschen Imperialisten“ sei es auch, Ansprüche auf tschechoslowakische Gebiete geltend zu machen; die Ostverträge machten den Weg frei für „die Ausbeutung der osteuropäischen Arbeiterklasse durch die BRD-Konzerne“.

(Siehe dazu u. a.: „Roter Morgen“ Nr. 21/73, „Kommunistische Arbeiterzeitung“ Nr. 36/73, „Rote Fahne“ Nr. 20/73).

2. Sozialpolitik

2.1 Die DKP sieht in ihrer Taktik („Kampf um Reformen, wirtschaftliche Verbesserungen, soziale Sicherheit und größere demokratische Rechte“) die gegenwärtige Form des Klassenkampfes. Die sozialpolitischen Probleme, so erklärt die DKP, könnten nicht auf dem Boden der gegenwärtigen Besitz- und Machtverhältnisse gelöst werden. Die DKP erstrebe „tiefgreifende gesellschaftliche Ver-

änderungen“ und begreife „demokratische Reformen“ als Schritte zu einer „antimonopolistischen Demokratie“, die den Weg zu einer „sozialistischen Ordnung“ in der Bundesrepublik Deutschland eröffnen solle (Bericht des Parteivorstands (PV) der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 34 ff.).

2.2 Gruppen der „Neuen Linken“ bezeichnen die sozialpolitischen Reformpläne als „imperialistische Politik“, die Diskussionen um die Mitbestimmung als „Streit um den Anteil der DGB-Bonzen an der Ausbeutung der Arbeiter“; unter dem Deckmantel ihres „Reformgeredes“ betreibe die Bundesregierung eine „eifrige Aufrüstung“ der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr. Die Bundesregierung sei „arbeiterfeindlich“, die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen sei von den „Monopolen und ihrer Regierung geplant“. Um diese „unerträglichen Zustände“ zu beenden, müßten die Arbeiter den Kampf gegen den Kapitalismus selber aufnehmen, wobei der „gewaltsame Zusammenstoß mit dem kapitalistischen Staat und der Regierung ganz unvermeidlich sei. (Siehe dazu u. a.: „Rote Fahne“ Nr. 21/73, „Roter Morgen“ Nr. 6/73, „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 6/73).

3. Konjunktur- und Wirtschaftspolitik

3.1 Die DKP behauptet, die als „Stabilitätsmaßnahmen getarnten Massenbelastungen“ bewiesen, daß die Bundesregierung „die Interessen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Großkonzerne und -banken“ verfolge und die Lasten der „im kapitalistischen System wurzelnden Schwierigkeiten“ auf das arbeitende Volk abwälze („DKP-Pressedienst“ Nr. 113/73). Deshalb sei die „Monopolmacht“ durch wirksame Mitbestimmung einzuschränken, Großbanken und Versicherungen, „Monopolgiganten“ und Rüstungsindustrie seien zu verstaatlichen und „demokratischer Kontrolle“ zu unterwerfen. Eine „strikte öffentliche Kontrolle“ ausländischer Großkonzerne sei erforderlich (Bericht des PV der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 38 f.).

3.2 Auch Gruppen der „Neuen Linken“ bezichtigen die Bundesregierung, die Interessen der „Monopole“ zu wahren. Dieser Politik müsse die Arbeiterklasse mit Kampfmaßnahmen begegnen. (Siehe dazu u. a.: „Roter Morgen“ Nr. 22 und 23/73, „Rote Fahne“ Nr. 11/73, „Kommunistische Arbeiterzeitung“ Nr. 39/73, „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 2/73).

4. Sicherheits- und Verteidigungspolitik

4.1 Die DKP erklärte, die Gefahr wachse, daß sich die Bundesrepublik Deutschland „weiter in Richtung eines zentral gesteuerten Polizeistaates“ entwickle („DKP-Pressedienst“ Nr. 25/73). Die Aufstellung polizeilicher „Anti-Terror-Truppen“ bezeichnete die DKP als Vorbereitung auf künftige soziale Auseinandersetzungen („Unsere Zeit“ Nr. 46/73).

Die DKP verlangte, „aus der jetzigen Fassung des Grundgesetzes“ alle diejenigen Veränderungen wieder zu entfernen, die die „demokratischen Grundsätze einschränken oder aushöhlen“: Notstandsgesetze, Verfassungsschutzgesetz, Bundesgrenzschutzgesetz („DKP-Pressedienst“ Nr. 191/73).

Sie agitierte ferner für eine schrittweise Herabsetzung der Rüstungsausgaben um jährlich 15 Prozent, Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die USA und die Verminderung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland sowie Kampf gegen eine „vorbehaltlose Bindung“ an die NATO und die weitere „Militarisierung“ der Bundeswehr („DKP-Pressedienst“ Nr. 105 und 205/73; Bericht des PV der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 8 und 20 f.).

4.2 Die „Neue Linke“ agitierte ebenfalls gegen die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem „totalen Polizeistaat“ und gegen Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit. Besonders heftig griffen Gruppen der „Neuen Linken“ die Aufstellung der Sondereinheit des BGS zur Bekämpfung von Terroristen an, die sie als „Mordkommando“ und „Killertruppe“ des „staatlichen Unterdrückungsapparats“ bezeichneten.

Gruppen der „Neuen Linken“ forderten ferner den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und den Abzug aller ausländischen Truppen. Die Bundeswehr bezeichneten sie als „Bürgerkriegs- und Aggressionsheer“ und verbanden ihre Agitation mit Forderungen nach „antimilitaristischer, revolutionärer“ Arbeit in der Truppe. Die KPD/ML forderte die Soldaten wiederholt auf, im Ernstfall ihre Gewehre „umzudrehen“.

(Siehe dazu u. a.: Flugblatt des „Kommunistischen Bundes“ zum 1. Mai 1973, „Kommunistische Arbeiterzeitung“ Nr. 39/73, „Rote Fahne“ Nr. 26, 39 und 40/73, „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 4 und 6/73, „Roter Morgen“ 7 und 30/73).

5. Bildungspolitik

5.1 Die DKP, die den Kampf um Reformen als Klassenkampf versteht, verlangt eine „Demokratisierung“ des Bildungswesens und „mehr Mitbestimmung“ und „freie politische Betätigung an den Hochschulen“. Sie agitiert für den „Kampf der Studenten gegen alle Disziplinierungsmaßnahmen, die die herrschende Klasse als Sicherung gegen potentielle Konflikte im Hochschulbereich“ einbauen wolle: „Ordnungsrecht, staatlich diktierte Prüfungsordnungen, ... Versuch der Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft.“ Die DKP verlangt ferner eine Beseitigung des „Bildungsprivilegs“ und „reaktionärer Bildungsinhalte“.

(Siehe dazu u. a.: „DKP-Pressedienst“ Nr. 10/73, „Entschließung des Hamburger Parteitages“ in „DKP-Parteitags-Information“, Allgemeinpolitische Anträge).

5.2 Der „Kommunistische Studentenverband“ (KSV), die Studentenorganisation der maoistischen KPD, behauptet, das gesamte Erziehungswesen sei „Teil der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft“, in ihm gebe es keine „gesellschaftlichen Freiräume“, die eine dem „Volke dienende“ Ausbildung und Wissenschaft ermöglichen. Die maoistisch eingestellte „Kommunistische Hochschulgruppe Heidelberg/Mannheim/Karlsruhe“ forderte, „jede einzelne Maßnahme der kapitalistischen Hochschulreform“ zu bekämpfen. Dadurch werde die Einsicht in die „Untauglichkeit des ganzen Gesellschaftssystems“ geweckt („Dem Volke dienen“ Nr. 8 und 23/73, „Kommunistische Hochschulzeitung“ Nr. 29/73).

6. Maßnahmen gegen Radikale im öffentlichen Dienst

6.1 Die DKP und ihre Hilfsorganisationen haben ihre Agitation gegen den Beschluß des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten zur Frage verfassungsfeindlicher Kräfte im öffentlichen Dienst durch Unterstützung von Komitees gegen „Berufsverbote“, auf Versammlungen und Protestkundgebungen sowie in Dokumentationen und Flugblättern verstärkt fortgesetzt.

Die DKP fordert, den „antikommunistischen“ Beschluß, mit dem der „obrigkeitsstaatlichen Willkür“ und der „Gesinnungsschnüffelei“ Tür und Tor geöffnet werde, unverzüglich aufzuheben und alle bereits getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen.

(Siehe dazu u. a.: „DKP-Pressedienst“ Nr. 198/73, „DKP-Parteitags-Informationen“, Allgemeinpolitische Anträge Nr. 34).

6.2 Auch Gruppen der „Neuen Linken“ agitierten weiterhin in Schriften und auf Versammlungen gegen die „Berufsverbote“ als „Mittel der Bourgeoisie“, ihre Macht zu sichern „gegen das Volk, gegen Kommunisten und entschiedene Demokraten“, und bezeichneten die Maßnahmen zur Fernhaltung Radikaler vom öffentlichen Dienst als „Terror“.

(Siehe dazu u. a.: „Rote Fahne“ Nr. 47/73, „Arbeiterkampf“ Nr. 33/73).

7. Justiz und Strafvollzug

Vor allem Gruppen der „Neuen Linken“ haben 1973 ihre Agitation gegen die Justiz und die Strafvollzugsbehörden gesteigert. „Rote Hilfe“-Gruppen bezichtigten in Verfahren gegen deutsche Terroristen tätige Richter „Beweise zusammenzulügen“ und „Terrorurteile“ zu fällen, und forderten dazu auf, in Prozessen auftretende Zeugen als „Verräter“ zur Verantwortung zu ziehen. Beamten der Justizvollzugsanstalten warfen sie vor, „politische Gefangene“ durch Isolierung zu „foltern“.

Die KPD diffamierte die Justiz, sie sei entschlossen, den „Terror in den Gefängnissen bis zur physischen Vernichtung Einzelner durchzusetzen“.

(Siehe dazu u. a.: „Rote Hilfe“, Stuttgart, Nr. 1/73, „Rote Hilfe“, Hamburg, Frankfurt, Berlin, München, Nr. 19 und 20/73, „Roter Morgen“ Nr. 42/73, „Rote Fahne“ Nr. 49/73).

8. Internationale Solidarität

Die radikale Linke hat 1973 verstärkt ihre Solidarität bekundet mit Befreiungsbewegungen in Ländern der Dritten Welt, mit den arabischen Völkern und mit den vom „Schah-Regime“ und von der „faschistischen Junta-Diktatur“ verfolgten Iranern und Griechen. Die DKP erneuerte bei jeder Gelegenheit ihr Bekenntnis zur kommunistischen Weltbewegung.

In zahlreichen Schriften, auf Veranstaltungen und mit Solidaritätsdemonstrationen protestierten Gruppen der radikalen Linken gegen den „USA-Imperialismus“ und dessen „Handlanger“ gegen das „portugiesische Kolonialsystem“ in Afrika, die Regierungen Südvietnams, Israels, Griechenlands und Spaniens sowie gegen den Militärputsch in Chile. Sie agitierten für die Solidarität mit dem „Kampf der unterdrückten Völker und Proletarier aller Länder“ und verlangten von der Bundesregierung, sich von der Politik „faschistischer“ und „imperialistischer“ Regime zu distanzieren und deren

Gegner zu unterstützen. Gruppen der „Neuen Linken“ bezeichneten den Krieg der arabischen Staaten gegen Israel als „gerechten Krieg“ und die „Neutralität der Bundesregierung“ als „Maskerade“ der am „Geschäft interessierten westdeutschen Kapitalistenklasse“. (Siehe dazu u. a.: „DKP-Pressedienst“ Nr. 24, 33, 154, 189, 190, 202 und 208/73, „Rote Fahne“ Nr. 41/73, „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 4 und 6/73).

IV. Tätigkeit der orthodoxen Kommunisten

1. Organisatorische und politische Entwicklung

1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

1.1.1 Für die DKP war das bedeutendste Ereignis des Jahres ihr 3. Parteitag (2. bis 4. November in Hamburg), auf dem sie gewachsenes Selbstbewußtsein demonstrierte und sich als geschlossene und disziplinierte Partei darstellte. Der Parteitag bestätigte Ziele und Aufgaben der DKP auf der Grundlage der politischen Grundsatzdokumente der beiden ersten Parteitage und bekräftigte ihre bekannten tagespolitischen Forderungen.

Der Parteitag wählte den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Herbert *Mies* zum neuen Vorsitzenden und Hermann *Gautier*, bisher Mitglied des Präsidiums, zum stellvertretenden Vorsitzenden der DKP. Kurt *Bachmann* hatte „auf eigenen Wunsch aus gesundheitlichen Gründen“ nicht mehr für das Amt des Parteivorsitzenden kandidiert, er gehört jedoch weiterhin dem Parteivorstand und dem Präsidium an.

1.1.2 Nach dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag hatte die DKP am Ende des Jahres 39 344 Mitglieder (1971: 33 410 Mitglieder, 1972: etwa 36 000 Mitglieder).

Diese Angabe dürfte annähernd zutreffen; viele neue Mitglieder sind offenbar vor allem aus den Reihen der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) gewonnen worden, die der DKP als Kaderreserve dient. Der Hamburger Parteitag beschloß, im Parteistatut das Recht ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland zu verankern, Mitglied der DKP zu werden.

Da wichtige kommunistische Parteien der Heimatländer ausländischer Arbeitnehmer (z. B. Italiens und Spaniens) diese als eigene Parteimitglieder werben, erscheint zweifelhaft, ob es der DKP in absehbarer Zeit gelingen wird, eine größere Zahl ausländischer Mitglieder zu gewinnen.

1.1.3 Seit 1. Oktober 1973 gibt die DKP ihr bisher nur wöchentlich erschienenenes Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) auch als Tageszeitung mit dem Untertitel „Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP“ heraus. Die DKP hofft, in ihr ein entscheidendes Mittel zur Information und ideologischen Festigung der Mitglieder und zur Mobilisierung der Partei für die entscheidenden Kampfaufgaben gefunden zu haben. Die DKP betrachtet ihre Zeitung als „die Erbin der großen Tradition des Zentralorgans der kommunistischen Partei Deutschlands“, der „Roten Fahne“ (Herbert *Mies* auf der Veranstaltung zum 55. Jahrestag der Gründung der KPD). Sie will mit der Zeitung über ihre Mitglieder hinaus auch politisch interessierte Arbeiter und Jugendliche ansprechen.

Die DKP-Tageszeitung „UZ“ hat schätzungsweise eine Auflage von 60 000, die DKP-Wochenzeitung „UZ“ von 50 000.

1.1.4 Nach Angaben der DKP sind die Beitragsmoral und die Spendenfreudigkeit ihrer Mitglieder erheblich gestiegen. In dem Bericht der Revisionskommission an den Hamburger Parteitag wird behauptet, die DKP habe im Jahre 1972 Gesamteinnahmen von 8,5 Millionen DM erreicht.

Die genannten Einnahmen reichten auch im Jahre 1973 – selbst unter Berücksichtigung einer der gestiegenen Mitgliederzahl entsprechenden Steigerung – nicht aus, den aufwendigen Parteiapparat der DKP zu unterhalten und die zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen sowie die kostspielige schriftliche Agitation zu finanzieren. Erhebliche Zuwendungen aus der DDR dürften auch 1973 der DKP ermöglicht haben, ihren aufwendigen Apparat zu finanzieren.

1.1.5 Die DKP baute im Jahre 1973 ihre Kontakte zu den „Bruderparteien“ weiter aus. Sie entsandte Delegationen mit Funktionären des Parteivorstandes in die Sowjetunion, die DDR, nach Polen, Frankreich, in die CSSR und nach Nordvietnam. DKP-Abordnungen beteiligten sich an mehreren Parteitagen und Konsultativtagungen westeuropäischer kommunistischer Parteien.

In der Bundesrepublik führten Funktionäre des DKP-Parteivorstandes Gespräche mit Delegationen der KPdSU, der SED, der kommunistischen Parteien Bulgariens, Frankreichs, Griechenlands und Nordvietnams.

Der politischen Aufwertung der DKP durch die KPdSU diene auch ein Empfang, den der Generalsekretär der KPdSU Leonid *Breschnew* Mitgliedern des DKP-Parteivorstandes am 21. Mai auf dem Petersberg gab, als er sich zu einem offiziellen Besuch hier aufhielt.

1.2 Hilfsorganisationen der DKP und von ihr beeinflusste Gruppen

1.2.1 Die „**Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend**“ (SDAJ) behauptete im Sommer 1973, sie habe 24 500 Mitglieder, von denen 57 % Arbeiter und 29 % Schüler seien. In Wirklichkeit dürfte sie jedoch – wie im Vorjahr – kaum mehr als 12 000 Mitglieder haben. Auf dem Hamburger Parteitag wurde der Bundesvorsitzende der SDAJ Rolf Jürgen *Priemer* (bisher Mitglied des Parteivorstandes) in das Präsidium der DKP gewählt. Das entspricht dem Verständnis der DKP von der Rolle der SDAJ als Jugendorganisation der Partei.

Die SDAJ behauptet, monatlich 165 (1972: 125) Betriebs- und Berufsschulzeitungen in einer Gesamtauflage von 200 000 (1972: 150 000) herauszugeben. Viele dieser Blätter erscheinen aber unregelmäßig, so daß die tatsächliche Auflage etwa 30 % niedriger ist. Die monatlich erscheinende Zeitschrift „elan-Magazin für junge Leute“, die der SDAJ weiterhin als Sprachrohr dient, hat ihre Auflage (21 000) nicht geändert.

1.2.2 Der „**Marxistische Studentenbund Spartakus**“ (MSB), der an den Hochschulen die politische Linie der DKP vertritt, veranstaltete seinen 2. Bundeskongreß (19. bis 22. Februar in Hamburg). Der Kongreß wählte einen neuen Bundesvorstand, der ein 12köpfiges Sekretariat bildete. Erster Vorsitzender wurde wieder Christoph *Strawe*.

Am Jahresende hatte der MSB nach eigenen glaubhaften Angaben 3500 (1972: 2500) Mitglieder, in über 80 Hochschulgruppen und 180 Sektionen. Er hat sich damit zum stärksten linksradikalen Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Die größten Gruppen unterhält der MSB wie bisher an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Marburg.

Der MSB hat die Auflage seines monatlich erscheinenden Organs „rote Blätter“ auf 20 000 (1972: 15 000) und die seiner fünfmal im Jahr erscheinenden theoretischen Schrift „*facit*“ auf 5000 (1972: 4000) erhöht.

SDAJ und MSB Spartakus vertieften 1973 ihre Beziehungen zu ausländischen kommunistischen Jugend- und Studentenverbänden durch die Teilnahme an den „Weltjugendfestspielen“ in Ostberlin, Delegationsaustausch und Freundschaftsverträge. SDAJ und MSB schlossen ferner einen Vertrag mit der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR über die weitere Zusammenarbeit.

1.2.3 Die organisatorische Arbeit der kommunistischen „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) und anderer, kleinerer Hilfsorganisationen der DKP sowie der „Deutschen Friedens-Union“ (DFU), die vor allem in bürgerlichen Kreisen ihre Rolle in der kommunistischen Volksfrontpolitik weiterspielte, stagnierte dagegen. Sie konnten weder die Zahl ihrer Mitglieder noch die Zahl und Auflage ihrer Blätter steigern.

2. Bündnispolitik

2.1 „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten

Die DKP betrachtete auch 1973 den „Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit“ (Bündnis von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, christlichen und parteilosen Arbeitern) als „Kernfrage“ ihrer Politik und Voraussetzung dafür, „wirkliche Erfolge zu erringen“ (u. a. „UZ-Extra“, Eigenbeilage zu „UZ“ Nr. 19/20, 1973). Um diesem Ziel näherzukommen, bedienten sich DKP und „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) wie in den Vorjahren der Taktik, die „Aktionseinheit von unten“ herzustellen, indem sie Mitglieder der SPD gegen den Willen ihrer Parteiführung für gemeinsame Aktionen zu gewinnen suchten. Gleichzeitig zielte die DKP darauf ab, die „rechte SPD-Führung“ bei der Arbeiterschaft unglaubwürdig zu machen und sie von ihren Wählern zu isolieren. So behauptete die DKP, es werde immer „offensichtlicher“, daß die Bundesregierung die Geschäfte der Monopole besorge. Hinter den Sozialismusmodellen der SPD verberge sich stets die „Absicht, die kapitalistische Gesellschaft zu erhalten und sie bestenfalls durch einige Reformen an die veränderten Bedingungen ihrer Existenz anzupassen“ („UZ-Extra“, Eigenbeilage zu „UZ“ Nr. 19/20, 1973). Trotz der in der zweiten Jahreshälfte verschärften Angriffe gegen „rechte“ SPD-Führer und die Bundesregierung betonte die DKP wiederholt, die grundsätzlichen Gegensätze zwischen der Weltanschauung der DKP, dem Marxismus-Leninismus, und der Ideologie der „rechten“ Sozialdemokratie schlossen die „Aktionseinheit“ nicht aus (u. a. Bericht des PV der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 44).

Die DKP versuchte auch 1973, Mitglieder aus den Reihen der SPD zu gewinnen: Am 26. März erklärten in Frankfurt/Main 30 „Jungsozialisten“ der „Stamokap-Fraktion“ ihren Austritt aus der SPD; 20 von ihnen traten der DKP bei. Am 26. April traten auch in Essen 21 Mitglieder einer „Stamokap-Gruppe“ aus der SPD aus und in die DKP ein. DKP-Funktionäre äußerten jedoch in diesem Zusam-

menhang die Befürchtung, spektakuläre Übertritte ganzer Gruppen von „Jungsozialisten“ in die DKP könnten dem Bemühen der DKP um die „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten schaden.

Die Bemühungen der DKP und der SEW, Sozialdemokraten für gemeinsame Aktionen zu gewinnen, waren erfolgreicher als in früheren Jahren. Als Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit haben sich zum Beispiel die Proteste gegen den Staatsstreich in Chile, in Berlin auch die Demonstration der SEW am 1. Mai, erwiesen. In mehreren Fällen haben sich – meist junge – Sozialdemokraten an der Bildung von „Chile-Solidaritätskomitees“ sowie an Demonstrationen und Kundgebungen mit orthodoxen Kommunisten beteiligt. Auch beim taktischen Eintreten der DKP für sozial-, wirtschafts- und bildungspolitische Forderungen kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern und solchen der SPD. Größeren Anklang für gemeinsame Aktionen haben die orthodoxen Kommunisten bei der Kampagne gegen die „Berufsverbote“ gefunden, wobei es der DKP und ihren Hilfsorganisationen gelang, die Übereinstimmung mit Teilen der SPD in der Beurteilung des Ministerpräsidentenbeschlusses über die Fernhaltung Radikaler vom öffentlichen Dienst auszunutzen (vgl. auch Abschnitt IV. 2. 4).

2.2 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaftern

Die DKP bekräftigte auf ihrem 3. Parteitag die Ansicht, daß die Gewerkschaften als die großen Klassenorganisationen der Arbeiterschaft „eine entscheidende Rolle im Klassenkampf“ spielten. Sie behauptete, den Gewerkschaften gehörten 85% der DKP-Mitglieder an, die die Pflicht hätten, weiterhin aktiv in ihnen mitzuarbeiten und die „Klasseninteressen“ der Arbeiter zu vertreten (Bericht des PV der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 45). Bei der „Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ müßten die Gewerkschaften – so meint die DKP – mit denjenigen Kräften zusammenarbeiten, die den Kapitalismus nicht nur „biegen“, sondern auch „brechen“ wollten (Werner Cieslak, Mitglied des DKP-Parteivorstandes, in „Arbeiterseminar 73“, Nachrichten-Verlags-GmbH, Frankfurt/Main, 1973, S. 82).

Die DKP hat sich auch 1973 bemüht, ihre Mitglieder in gewerkschaftliche Funktionen zu bringen. Dabei hatte sie aber keine größeren Erfolge.

Auf den im Jahre 1973 durchgeführten Gewerkschaftstagen (Gewerkschaft Holz und Kunststoffe, 3. bis 7. September in Freiburg, und IG Bergbau und Energie, 14. September in Duisburg) konnte die DKP das Ziel, Parteimitglieder als hauptamtliche Vertreter in

die Vorstände wählen zu lassen, nicht erreichen. Außer einem Mitglied des DKP-Kreisvorstandes Frankfurt/Main, das dem Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe bereits als ehrenamtliches Mitglied angehörte, wurde kein weiterer DKP-Funktionär in die Hauptvorstände dieser Gewerkschaften gewählt.

Bei den Wahlen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in Betrieben der Metallindustrie sind nennenswerte Erfolge der DKP ebenfalls ausgeblieben.

Die DKP setzte ebenso wie die SEW ihre bisherige Taktik der „Aktionseinheit“ fort, indem sie nach außen als konsequenter Sachwalter gewerkschaftlicher Forderungen auftrat. Als Verfechterin einer starken Einheitsgewerkschaft forderte die DKP eine entschiedene Abgrenzung von den „arbeiterfeindlichen Bestrebungen sektiererischer und maoistischer Kräfte“, die mit der Bildung der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) nur auf eine Schwächung und Spaltung der Gewerkschaften hinarbeiteten. Die DKP erklärte, das Zurückweichen einzelner Gewerkschaftsfunktionäre vor den „Angriffen des Monopolkapitals“ schade zwar den Gewerkschaften, wer aber ein solches Versagen für eine antigewerkschaftliche Kampagne mißbrauche, schade der ganzen Arbeiterklasse (u. a. Bericht des PV der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 45).

In Wahrheit unterscheidet sich die DKP von maoistischen Gruppen nur in der Methode, nicht aber in den Zielen ihrer Gewerkschaftsarbeit. Sie hofft wie diese, die Gewerkschaften mit der Zeit zersetzen zu können, um sie dann als Instrument ihrer revolutionären Ziele zu mißbrauchen.

Die wahren Absichten der DKP wurden auch bei den Lohn- und Tarifeinverständigungen des Jahres 1973 in der Metall- und in der chemischen Industrie sowie im Steinkohlenbergbau sichtbar. Die DKP benutzte diese Lohnkämpfe für die Propagierung des Klassenkampfes und für die Agitation gegen das „staatsmonopolistische System“ in der Bundesrepublik Deutschland. In Zukunft will sich die DKP mit Angriffen gegen die Gewerkschaften wie bisher zurückhalten, um nicht in das gewerkschaftsfeindliche Lager abgedrängt zu werden. Das schließt jedoch Angriffe gegen einzelne Gewerkschaftsführer, die die DKP als „rechte“ Sozialdemokraten ansieht, nicht aus.

2.3 Betriebsarbeit

Als das „entscheidende Kampffeld der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit“ gelten für die DKP nach wie vor die

Betriebe, in denen sie die Arbeiter als Bündnispartner zu gewinnen hofft. So hat die DKP auch 1973 die Betriebsgruppen als ihre wichtigsten Organisationen herausgestellt. Sie erklärte, von der Tätigkeit der Betriebsgruppen hänge der politische und ideologische Einfluß der Partei auf die Arbeiter und Angestellten ab. In den Betrieben entscheide sich, ob der Arbeiter dem „Opportunismus rechter SPD-Führer“ oder der „sozialen Demagogie der CDU/CSU“ erliege oder sich für die von der DKP vertretenen Klassenpositionen entscheide.

Aber die DKP hat trotz ständiger Bemühungen, neue Betriebsgruppen zu bilden und für sie weitere Mitglieder zu werben, die Zahl ihrer Betriebsgruppen im Jahre 1973 kaum erhöhen und die auf dem 2. Parteitag (November 1971) genannte Zahl von 408 immer noch nicht erreichen können.

Die Tatsache, daß die DKP auf ihrem Hamburger Parteitag nicht bekanntgegeben hat, wieviele Betriebsgruppen sie unterhält, ist ein Anzeichen für die Stagnation der organisierten Betriebsarbeit. Das wird bestätigt durch interne Äußerungen führender DKP-Funktionäre. Ebenso stagniert die Organisation der Zusammenarbeit zwischen Betriebsgruppen der DKP und Betriebsgruppen der „Bruderparteien“ in multinationalen Konzernbetrieben der Europäischen Gemeinschaft; sie ist in Ansätzen steckengeblieben.

Etwa die Hälfte der Betriebsgruppen befindet sich nach wie vor in Betrieben der Metallindustrie. Die Zahl ihrer Betriebsgruppen im öffentlichen Dienst hat die DKP – soweit bekannt – von 20 im Jahre 1972 auf 25 erhöhen können. Wie in den vergangenen Jahren haben nur etwa 100 DKP-Betriebsgruppen größere Aktivität entwickelt.

Nach Angaben der DKP erscheinen in Großbetrieben der Bundesrepublik rund 360 Betriebszeitungen in regelmäßigen Abständen (M. Kapluck: Betriebszeitungen, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 16. Jahrgang, Nr. 6 Juni 1973, S. 847 ff.). Die Betriebszeitungen sollen den Kampf um die betrieblichen Forderungen mit dem allgemeinen politischen Kampf verbinden. Im einzelnen haben sie die Aufgabe, betriebliche Mißstände herauszustellen und Anregungen für die Entwicklung eigener Aktionen zu geben, z. B. durch Hinweise auf geeignete Kampfformen, die dem Bewußtseinsgrad und der Kampfbereitschaft der Belegschaft entsprechen. Die Betriebszeitungen sollen ferner anhand der konkreten betrieblichen Erfahrungen den „grundlegenden Interessengegensatz von Arbeit und Kapital“ sichtbar machen und schließlich die Errungenschaften der Arbeiterklasse in sozialistischen Ländern den Ver-

DKP Betriebszeitung
Röchling-Burbach

Vorlauf



Ausgabe Sept. 1973

DKP begrüßt Gast aus Lateinamerika

Die DKP-Belegschaften Röchling Burbach haben im Monat, dem St. Bartholomäus im Lat. Jahr, Gäste aus Lateinamerika empfangen. Am 12. September wurde eine Delegation der Gewerkschaften aus Chile, die sich anlässlich der 100. Jahrestagung der DKP in der Betriebsstätte in Burbach treffen wird, empfangen. Die Delegation wird von der Gewerkschaften der Industriellen Verbände geleitet. Sie wird von der Gewerkschaften der Industriellen Verbände geleitet. Sie wird von der Gewerkschaften der Industriellen Verbände geleitet.

Alle Mitglieder der DKP, alle Freunde, Sympathisanten und Interessenten sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Streik bei Lüttgens - Unruhe in den Betrieben

280 DM Teuerungszulage sind das Ergebnis der geseigten Kampfbereitschaft als Folge Argentinien. In der vergangenen Woche haben die Mitglieder der DKP in der Betriebsstätte in Burbach eine Delegation der Gewerkschaften aus Chile, die sich anlässlich der 100. Jahrestagung der DKP in der Betriebsstätte in Burbach treffen wird, empfangen. Die Delegation wird von der Gewerkschaften der Industriellen Verbände geleitet. Sie wird von der Gewerkschaften der Industriellen Verbände geleitet.

DOKUMENTATION NR. 1
NOVEMBER 1973

ROTER Punkt

INFORMATIONEN DER DKP - BETRIEBSGRUPPE FÜR DIE BELEGSCHAFT DER MANNESMANN AG

Werte Kollegen, ... und Herren!

Vertrauensleutekonferenz fordert Aberufung des Arbeiters
Belegschaft will Rücknahme aller Mannesmann-Kündigungen

Von Wolf Döcker
Die Belegschaft der Mannesmann AG hat eine Vertrauensleutekonferenz abgehalten. In dieser Konferenz haben die Vertrauensleute beschlossen, die Kündigungen der Mannesmann AG zu widerrufen. Die Belegschaft fordert die Aberufung der betroffenen Arbeiter.

300 DM - JETZT DURCHSETZEN!



Herabzug: DKP Saar, Verantw.: H. Brandstätter, Str. 3, Bleichstr. 18, Elgendorf

roter **later**

Betriebszeitung der DKP für VW - Arbeiter **EXTRABLATT**

STREIK BEI OPEL
STREIK BEI VORD
STREIK IN DER KFF-ZUBRINGEINDUSTRIE

Wie lange will die VW-Konzernleitung uns noch an der Nase herumführen ?

Bereits im Juni und Juli vor unserem Urlaub forderten die Kolleginnen und Kollegen in Belegschaftsversammlungen und Vertrauensleutebeständen energisch eine Ausgleichszahlung für die inzwischen über 58 ge-

Extrablatt 12. Oktober 1973

Die D-H-Walze

Betriebszeitung der DKP für die Dillinger Hütte - Verantwortlich Alois Engel, Brunsdorf - Druck DKP

7000 Metaller im Streik!

SOLIDARITÄT IN ANDEREN HUTTENWERKEN WÄCHST - ARBEITSNIEDERLEGUNG AUCH IN VÖLKLINGEN - ES GEHT UM DIE WEITERZAHUNG DER TEUERUNGSZULAGE VON 70,- DM PRO MONAT - UNTERNEHMER MÜSSEN ZAHLEN!

Auch auf der heutigen Nachtschicht des Neunkircher Eisenerwerkes wurde die Streikaktion der 7.000 Eisenerwerker weitergeführt. Bei Streikwechsel gab es Einmütigkeit: Der Kampf geht weiter! Die Entschlossenheit der Eisenerwerker ist ungebroschen. In den Nachtschichten verhandelt...

Glöckner

auf Draht

Betriebszeitung der DKP für die Belegschaft der Glöckner Werke

Teuerungsausgleich - 1977

Am Freitag ist eine Teuerung schon Anfang der 1970er Jahre (Inflation) Unruhe war die

Streikagitation der DKP

nug in den letzten Wochen hingewiesen worden. Nun entläßt sich die besorgte Empörung in spontanen Aktionen.

WER DIE PREISE TREIBT ... In den letzten Monaten haben besonders die Konzerne die Preise gerade ...

ARBEITER KONTRA STABILITÄT ? Diejenigen, die in den letzten Monaten ...

hältnissen in der Bundesrepublik Deutschland gegenüberstellen (M. Kapluck: Betriebszeitungen, a.a.O.).

Die von der DKP genannte Zahl der Betriebszeitungen dürfte zutreffen; jedoch werden wie bisher nur wenige Betriebszeitungen von den DKP-Betriebsgruppen selbst, die meisten von übergeordneten Gliederungen herausgegeben.

Die wilden Streiks in Betrieben der Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen (August 1973) hat die DKP – soweit bekannt – in keinem Falle organisiert. Sie bemühte sich aber, durch Verbreitung von Flugschriften und mündliche Agitation vor den Betrieben, die Streikaktionen zu beeinflussen. Dabei befand sich die DKP in einer schwierigen Lage: Einerseits hielt sie die wilden Streiks, die sich für die Bündnispolitik ausnutzen ließen, für berechtigt und erkannte den z. T. beachtlichen Einfluß von Gruppen der „Neuen Linken“ auf ausländische Arbeiter. Andererseits war die DKP darum bemüht, nicht in eine Frontstellung zu den Gewerkschaften zu geraten und ihnen gegenüber die bisher geübte Scheinsolidarität fortzusetzen. Bei den wilden Streiks im Saarbergbau (Ende Oktober), die die DKP maßgeblich förderte, hat sie erstmals offen erkennbar dem Bündnis mit den Arbeitern den Vorrang vor der Scheinsolidarität mit den Gewerkschaften gegeben. Ihre Versuche, im Bundesgebiet durch Flugblattaktionen vor Zechen im Ruhrgebiet einen Solidaritätsstreik für die Saarbergleute in Gang zu bringen, scheiterten aber.

2.4 „Volksfront“-Politik

Auf ihrem Hamburger Parteitag erklärte die DKP, die Möglichkeiten für die Bildung „breiter Bündnisse“ seien günstiger geworden. Die aus der Bündnispolitik gewonnenen Erfahrungen müßten jetzt genutzt werden. Die DKP werde ihren Bündnispartnern zeigen, daß sie „ehrliche partnerschaftliche Zusammenarbeit“ wolle (Bericht des PV der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 53). Damit sucht die DKP ein breiteres Bündnis mit Schichten der demokratischen Mitte, das über die zu Sozialisten bestehende Aktionseinheit hinausgeht. Dieser „Volksfront“-Taktik entsprechend wählte die DKP als Plattform für gemeinsame Aktionen vor allem solche innen- und außenpolitische Forderungen, von denen sie annehmen konnte, daß sie auch von Teilen demokratischer Parteien und Organisationen gebilligt würden. Dabei wurde sie von Fall zu Fall unterstützt durch Hilfsorganisationen wie die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschisten“, durch DKP-orientierte Vereinigungen wie die DFU, die „Vereinigung Demokratischer Juristen“

und „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“, durch den „Regionalausschuß der Bundesrepublik“ der „Christlichen Friedenskonferenz“, die oft außenpolitische Forderungen der Sowjetunion vertritt, und durch andere Gruppen.

So nutzten die DKP und ihre Hilfsorganisationen die Ablehnung des Ministerpräsidentenbeschlusses über Radikale im öffentlichen Dienst durch Mitglieder demokratischer Parteien und Vereinigungen für eine bundesweite Kampagne gegen „Berufsverbote“ aus. In dem überregionalen Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ sind ebenso wie in örtlichen Ausschüssen und Komitees neben Funktionären der DKP und ihrer Hilfsorganisationen Repräsentanten demokratischer Parteien und Vereinigungen tätig. Auf zahlreichen Veranstaltungen und in Schriften forderten sie die Aufhebung des „Radikalen-Beschlusses“.

Auch in ihrer Agitation gegen „Imperialismus, Militarismus und Neokolonialismus“ sah die DKP ein Mittel für ihre Volksfrontbestrebungen:

An der Kampagne gegen die amerikanische Kriegsführung in Indochina, die vor allem von der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ (IIVS) organisiert wurde, in der neben orthodox-kommunistischen auch viele nichtkommunistische Gruppen und Personen mitarbeiten, beteiligten sich wieder viele Mitglieder demokratischer Parteien und Vereinigungen. Die Kampagne erreichte vor Abschluß des Vietnam-Abkommens (27. Januar) einen Höhepunkt mit einer Protestveranstaltung der IIVS am 20. Januar in Dortmund (14 000 Teilnehmer).

Wie im Vorjahr stießen die orthodox-kommunistischen Gruppen und ihre Bündnispartner jedoch auf die Konkurrenz von Gruppen der „Neuen Linken“. Diese hatten beispielsweise bereits am 14. Januar in Bonn eine Protestdemonstration und zwei Kundgebungen gegen die amerikanische Kriegsführung in Indochina veranstaltet, an denen sich insgesamt 16 000 Personen beteiligten.

Mit dem Rückzug der Amerikaner aus Vietnam ebnete die Agitation der DKP und der sie unterstützenden Gruppen ab. Sie wurde abgelöst durch eine Kampagne gegen die Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland in der „imperialistischen Globalstrategie“ spielte.

Träger dieser Kampagne ist das im Mai gegründete „Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK), das den gleichen Volksfrontcharakter aufweist wie die IIVS. Das ASK unterstützte mit einem „Internationalen Israel-Hearing“ am 15. Juni in Bonn die Befreiungsbewegung der Palästinenser.

Im Oktober appellierte es an die Öffentlichkeit, sich mit den „verfolgten Demokraten“ in Chile zu solidarisieren.

Die DKP und ihre Hilfsorganisationen nutzten ferner ebenso wie die SEW die Empörung nichtkommunistischer Kräfte über den Militärputsch in Chile für ihre Bündnispolitik. So beteiligten sich Gliederungen und Mitglieder demokratischer Organisationen wiederholt an Protestdemonstrationen orthodox-kommunistischer Gruppen wie auch an der Bildung von „Solidaritätskomitees“ oder duldeten die Teilnahme Linksradikaler an Protestdemonstrationen demokratischer Organisationen.

In ihrem Kampf gegen den „Antikommunismus“ wird die DKP neuerdings auch stärker unterstützt durch die Organisationen der Kriegsdienstgegner („Deutsche Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner“ (DFG/IdK), „Verband der Kriegsdienstverweigerer“ (VK), die sich nach langen inneren Auseinandersetzungen als Teil der „Friedensbewegung gegen Imperialismus, Militarismus und Kapitalismus“ betrachten.

Die DFG/IdK hat sich von ihrem Grundgedanken, dem Pazifismus, praktisch gelöst durch Eintreten für einen revolutionären Weg zu einem sozialistischen Gesellschaftssystem. Auch der VK ist, wie sein auf dem Bundeskongreß im Oktober in Frankfurt angenommenes Programm zeigt, ins kommunistische Fahrwasser geraten.

Als Erfolg ihrer Volksfrontpolitik wertete die DKP auch die Teilnahme von Vertretern kommunistischer, prokommunistischer und demokratischer Organisationen sowie bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens am „Weltkongreß der Friedenskräfte“ Ende Oktober 1973 in Moskau. In der Bundesrepublik konstituierte sich am 21. November eine zentrale Koordinierungsgruppe, die die Verwirklichung der Beschlüsse des „Weltfriedenskongresses“ in der Bundesrepublik einleiten soll. Diese Aktivität richtet sich unter Ausnutzung des Friedens- und Entspannungswillens breiter Bevölkerungskreise auf einen Ausbau von Volksfrontbündnissen.

3. Jugend- und Studentearbeit

Die DKP stützt sich bei ihrer Jugend- und Studentearbeit unverändert auf die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und auf den „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB). Beide Organisationen haben sich auch 1973 zu den Grundsätzen und Zielen der DKP bekannt.

Die DKP erklärte, trotz „antikommunistischer Verleumdung“, trotz „reaktionärer Volksverdummung“ in Schulen und Universitäten wachse die politische Aktivität der Jugend. Aus spontanen Soli-

daritätsaktionen sei eine zunehmende Bereitschaft entstanden, am „organisierten und koordinierten Kampf der Arbeiterbewegung“ teilzunehmen. Daran hätten SDAJ und MSB einen „hervorragenden Anteil“ (Bericht des PV der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 48).

Um künftig auch Kinder politisch zu beeinflussen, beschloß der Hamburger Parteitag der DKP, eine „Kinderorganisation“ zu bilden, deren Gründung bevorsteht.

3.1 Jugend

Bei der Vorbereitung ihres Parteitages versuchte die DKP mit Unterstützung der SDAJ erneut, sich in der Öffentlichkeit als Sachwalter der Interessen der Jugend darzustellen. Zu diesen Bemühungen gehörte die „Arbeiterjugendkonferenz der DKP“ in Frankfurt/Main (13. Oktober) unter dem Leitwort: „Mit den Kommunisten für die Rechte der Jugend – Für Mitbestimmung und bessere Berufsausbildung der Arbeiterjugend“.

Die SDAJ agitierte weiterhin vor allem unter Lehrlingen und Jungarbeitern, veranstaltete „Tribunale“ gegen Konzerne, griff mit der Aktion „Roter Kuckuck“ vorwiegend Mißstände in der Wirtschaft an und führte eine Kampagne für vermehrte Rechte der Jugendvertreter in den Betrieben. Ferner organisierte sie Demonstrationen gegen den Staatsstreich in Chile.

Um ihre politische Arbeit unter Schülern zu verbessern und zu koordinieren, wurde im Sommer 1973 ein „Arbeitskreis Schüler beim Bundesvorstand der SDAJ“ gebildet, in dem „fortschrittliche“ Schülergruppen korporativ Mitglied der SDAJ werden können. Nach Angaben der SDAJ hatten sich diesem Arbeitskreis bis zum Jahresende 22 Gruppen angeschlossen.

Im Herbst begann die SDAJ, „Clubs Junger Sozialisten“ zu gründen, die vor allem Jugendlichen aus anderen Jugendgruppen die Möglichkeit bieten sollen, sich marxistisches Grundwissen anzueignen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der SDAJ waren die Vorbereitungen für die „X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ (28. Juli bis 5. August in Ostberlin), an denen auch eine Delegation der Jugendverbände der Bundesrepublik Deutschland (etwa 800 Personen) teilnahm. Dabei arbeiteten der kommunistische „Arbeitskreis Festival“, dem die SDAJ angehört, und die von demokratischen Jugendverbänden gebildete „Koordinierungsgruppe X. Weltfestspiele“ zusammen. Neben dem offiziellen SDAJ-Kontingent fuhren zahlreiche kommunistische Jugend- und Studentenfunktionäre nach Ostberlin; sie halfen der FDJ, den Angehörigen demokratischer Gruppen aus

der Bundesrepublik bei Straßendiskussionen entgegenzutreten und von diesen verteilte Schriften einzusammeln. Die SDAJ wurde andererseits von Funktionären der Festspielleitung und der FDJ unterstützt und bemühte sich, die propagandistische Ausstrahlung der Weltfestspiele zu nutzen, um für ihre Ziele zu werben und die gewonnenen Kontakte zu demokratischen Jugendgruppen im Sinne kommunistischer Bündnispolitik auszubauen. Diesem Zweck dienten zahlreiche Veranstaltungen der SDAJ über die „Weltfestspiele“. Mit einer Kampagne „SDAJ stellt vor: Festivalland DDR“ verherrlichte die SDAJ vor allem die Jugendpolitik der SED.

Am 12. Oktober vereinbarte die SDAJ mit der „Naturfreundejugend Deutschlands“ (NFJD), künftig „bei Beachtung der vollen Autonomie“ noch besser zusammenzuarbeiten. In einigen NFJD-Leitungen sind Kommunisten (teils DKP-, teils SDAJ-Mitglieder) tätig.

Die Anstrengungen der SDAJ, in die Jugendringe von Bund, Ländern und Gemeinden aufgenommen zu werden, hatten teilweise Erfolg. Die SDAJ war Ende 1973 Mitglied in 41 (1972: 32) Kreis- oder Stadtjugendringen.

Anmerkung: Die Gesamtzahl der Jugendringe wird auf etwa 500 geschätzt.

Die Mitgliedschaft der SDAJ in Landesjugendringen blieb auf Hamburg, Bremen und Saarland beschränkt. Einen Aufnahmeantrag für den Bundesjugendring lehnte dessen Vollversammlung Ende 1973 zum sechsten Mal seit 1968 ab.

3.2 Studentenarbeit

Die 44 Hochschulgruppen der DKP (1972: 40) haben ihre interne Parteiarbeit fortgesetzt. Durch ihre Mitglieder im MSB – etwa ein Fünftel der MSB-Mitglieder gehört der DKP an – leiten die Hochschulgruppen die Aktivitäten dieses Verbandes, um die Ziele der DKP in der Studentenschaft zu verwirklichen. Der MSB konnte durch intensive Schulung und Kontrolle seine ideologische und organisatorische Geschlossenheit weiter festigen.

Der 2. Bundeskongreß des MSB (19. bis 22. Februar in Hamburg) verabschiedete ein Aktionsprogramm „Für das gemeinsame Handeln der Studenten“, auf dessen Grundlage der MSB seine Anstrengungen verstärkte, die Studentenschaft für seine Ziele zu mobilisieren. Das „Aktionsprogramm“ fordert die Studenten auf, sich den Marxismus als „Anleitung zu revolutionärem Handeln“ anzueignen. Der MSB hält seine Mitglieder an, sich in der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) zu organisieren. Das hat ihm in einigen Gliederungen der GEW Einfluß verschafft und zu gewerkschaftsinternen Auseinandersetzungen geführt.

Die sogenannte „gewerkschaftliche Orientierung“ und das verhältnismäßig disziplinierte Auftreten des MSB haben mit dazu beigetragen, daß der Verband bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen weitere Erfolge erringen konnte.

Das Bündnis des MSB mit dem SHB (vormals: „Sozialdemokratischer Hochschulbund“), der sich seit seiner 14. Bundesdelegiertenversammlung (November 1973) „Sozialistischer Hochschulbund“ nennt, wurde fortgesetzt. Es stärkte den MSB.

Der SHB, dessen Mitgliederzahl bei etwa 3000 stagniert und dessen aktive Hochschulgruppen sich auf 48 (1972: 61) verringert haben, versteht sich als marxistischer „Kampfverband“. Er tritt „auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus“ für die „sozialistische Umgestaltung“ der Bundesrepublik Deutschland ein. Die letzte Bundesdelegiertenversammlung des SHB faßte Beschlüsse, nach denen im „antimonopolistischen Klassenkampf“ Positionen errungen werden sollen, von denen aus im Wechsel mit dem „Maskenkampf“ im „konzentrischen Angriff nach der ökonomischen, politischen und ideologischen Seite“ der Sozialismus erkämpft werden könne.

Solche Aussagen und das tatsächliche Verhalten des SHB, der 1973 mit dem Zentralrat der FDJ und mit dem Präsidium des sowjetischen Studentenrates eine engere Zusammenarbeit vereinbarte, zeigen seine politisch-ideologische Nähe zum MSB. Jedenfalls sind diese Tendenzen im SHB zur Zeit gegenüber den Vorstellungen einer Minderheit demokratisch eingestellter Gruppen herrschend geworden. Gleichwohl erklärte der SHB auf seiner Bundesdelegiertenversammlung, er halte an seinem Anspruch fest, „Teil der sozialdemokratischen Bewegung“ zu sein. Die Delegierten verabschiedeten dazu ein „7-Punkte-Programm“, mit dem sie eine „antikapitalistische Politik der sozialistischen Kräfte“ in der SPD unterstützen wollen.

MSB Spartakus und SHB bestimmen auch weiterhin – neuerdings gemeinsam mit einigen Hochschulgruppen der „Jungsozialisten“ – die politische Linie des „Verbandes Deutscher Studentenschaften“ (VDS), dessen Vorstand sich aus je zwei Mitgliedern des MSB und des SHB sowie einem „Jungsozialisten“ zusammensetzt. Die 25. ordentliche Mitgliederversammlung des VDS (22. bis 25. März 1973 in Bonn) forderte in einem Aktionsprogramm:

Kampf gegen die Hochschulgesetze von Bund und Ländern

Kampf gegen die „materielle Bildungsmisere“

Kampf gegen „Berufsverbote“ und „politische Disziplinierung“.

Der VDS vertiefte die in den Vorjahren begründeten Verbindungen zu kommunistischen Organisationen, insbesondere aus der DDR und der Sowjetunion, und beteiligte sich im Rahmen des orthodox-kommunistischen „Arbeitskreises Festival“ an den „Weltjugendfestspielen“ in Ostberlin.

In Berlin haben die Hochschulgruppen der „Sozialistischen Einheitspartei Westberlins“ (SEW) und die von ihnen gelenkten „Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten“ (ADS) ihren Einfluß an den Hochschulen weiter ausgebaut. Die Hochschulgruppen der SEW haben an den drei bedeutendsten Hochschulen Berlins über 600 Mitglieder, die ADS etwa 1000.

Die Bemühungen von MSB und SHB, auch im „Verband der Studentenschaften an den Fachhochschulen und den höheren Fachschulen“ (SVI) den vorherrschenden Einfluß der „Neuen Linken“ zu brechen und selbst die Führung zu übernehmen, blieben dagegen erfolglos.

4. Propaganda und Schulung

Die DKP sieht in der ideologischen Arbeit, d. h. der Verbreitung der kommunistischen Weltanschauung, der „politisch-ideologischen Festigung aller Mitglieder“ sowie in der „kämpferischen Auseinandersetzung mit allen Spielarten der bürgerlichen Ideologie“ ein Kernstück ihrer Tätigkeit. Dementsprechend hat sie ihre ideologische Arbeit intensiviert.

4.1 Das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF) in Frankfurt/Main, das von dem Mitglied des DKP-Parteivorstandes Dr. Josef *Schleifstein* geleitet wird, hat auch 1973 seine Vierteljahresschrift „Marxismus Digest“ mit theoretischen Beiträgen aus marxistischen und „antiimperialistischen“ Zeitschriften herausgegeben. Das IMSF hat ferner die Arbeit an einer umfangreichen Studie zur „Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970“ fortgesetzt und den ersten Teil vorgelegt. An einer vom IMSF am 26./27. 5. 1973 in Frankfurt/Main durchgeführten wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD“ haben etwa 500 Personen teilgenommen.

Der kommunistische Verlag „Marxistische Blätter“ hat 1973 sein Verlagsprogramm um zahlreiche Neuerscheinungen und eine Taschenbuchreihe („Blickpunkt Weltpolitik“ und „Politik aktuell“) erweitert. Der Verlag hat wie bisher die meisten Neuerscheinungen – darunter die Taschenbuchreihe – von Verlagen der UdSSR und der DDR übernommen.

Die im Verlag „Marxistische Blätter“ erscheinende gleichnamige Zweimonatsschrift, die als theoretisches Organ der DKP anzusehen ist, hat ihre Auflage von 8000 im Vorjahr auf 9000 erhöht. Die Zeitschrift nimmt nach Ansicht der DKP „einen wichtigen Platz... an der ideologisch-theoretischen Front“ ein. Sie versteht es immer besser, erklärte die DKP, neue theoretische Probleme aus marxistischer Sicht zu erörtern und die Theorie mit den aktuellen Anforderungen..., die der ideologische Klassenkampf stelle, aufs engste zu verbinden (Bericht des PV der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 60 f.).

4.2 Die DKP hat bei ihren Bemühungen, die ihr gehörenden oder von ihr abhängigen Verlage, Buchhandlungen und Druckereien zu einem gewinnbringenden Dienstleistungsbetrieb zusammenzufassen, weitere Fortschritte erzielt.

Die auf ihre Veranlassung aus der Vereinigung von „Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH“ und „Brücken-Verlag GmbH“ hervorgegangene „Brücken Verlag Vertriebs GmbH Im- und Export“ in Düsseldorf beliefert die etwa 40 in Städten mit Universitäten, Hoch- und Fachschulen eingerichteten kommunistischen „collectiv“-Buchhandlungen mit Literatur aus der DDR und der Sowjetunion. Sie vertreibt außerdem die Erzeugnisse der von der DKP abhängigen oder ihr nahestehenden 15 Verlage, deren Leiter sich mit denen der „collectiv“-Buchhandlungen bereits 1969 zu einer „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ zusammengeschlossen haben. Dieser Arbeitsgemeinschaft, die von dem Mitglied des Parteivorstandes Erich Mayer geleitet wird, gehören u. a. die Verlage Weltkreis/Dortmund, Pläne/Dortmund, Pahl-Rugenstein/Köln, Röderberg/Frankfurt a. M., Nachrichten/Frankfurt a. M. und Marxistische Blätter/Frankfurt a. M. an.

Die Arbeitsgemeinschaft hat in einer Information „betrifft: literatur“ erklärt, sie leiste „einen bedeutenden Beitrag zur ideologisch-politischen Stärkung der marxistisch-leninistischen Partei und der Gewinnung der Massen für die Ziele der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus“.

Mit der Firma *Plambeck & Co.*, früher Neumünster, die in Neuß/Rhld. mit Millionenaufwand eine Großdruckerei mit modernen Druckmaschinen aus der DDR eingerichtet hat, verfügt die DKP über eine Druckerei, die außer Parteischriften und -materialien gewinnbringende Aufträge von Handel und Industrie ausführen kann. In dieser Druckerei werden seit dem 1. 10. 1973 die DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit“ und die gleichnamige DKP-Wochenzeitung hergestellt.

4.3 DKP und SDAJ haben auch 1973 am „Franz-Mehring-Institut“ in Berlin (Ost), der von der SED für die DKP eingerichteten Parteischule, am „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ beim ZK der KPdSU und an der Hochschule des Leninschen kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion (Komsomol) ihre Funktionäre ausbilden lassen. Nach Kaderentwicklungsplänen haben 1973 mehr als 200 ausgewählte Mitglieder an drei-, sechs- und zwölfmonatigen Lehrgängen teilgenommen. Etwa 100 weitere Mitglieder und Funktionäre sind am „Franz-Mehring-Institut“, etwa 900 an der Essener „Karl-Liebknecht-Schule“ der DKP in ein- und mehrwöchigen Kursen in die Grundlagen des Marxismus-Leninismus eingeführt worden.

Die „Marxistische Bildungsarbeit“ in den Grundeinheiten der DKP lag dagegen im argen. Die im „Plan der Marxistischen Bildungsarbeit“ vorgesehenen Zirkel und Bildungsabende sind nur sporadisch durchgeführt und schlecht besucht worden. Leitende Funktionäre haben das beklagt, weil dadurch der Einfluß unter der Jugend, die von rechts- und linksopportunistischen Gruppen zunehmend „desorientiert“ werde, nicht habe vergrößert werden können. Die „Marxistische Arbeiterbildung“ (MAB), eine Hilfsorganisation der DKP, hat die Schulungstätigkeit ihrer etwa 80 Bildungsgemeinschaften im Jahre 1973 fortgeführt aber nicht wesentlich verstärken können.

5. Wahlergebnisse

Die DKP hatte für die Kreistagswahlen in Baden-Württemberg (8. April 1973) nur in drei Landkreisen Kandidaten aufgestellt (Eßlingen, Emmendingen, Ortenaukreis). Im Landkreis Eßlingen gewann sie (Wahlliste „Deutsche Kommunistische Partei – Freie Wählervereinigung Eßlingen“ – DKP/FWE) wie 1971 ein Mandat (14 336 Stimmen – 1,13 %).

Bei den Kommunalnachwahlen für 177 Kreis- und Gemeindevertretungen in Niedersachsen (25. März 1973) kandidierte die DKP nur für die Städtäte und Kreistage in Göttingen und Celle (Stimmenanteile zwischen 0,5 % bis 0,9 %). Sie erhielt kein Mandat.

Auch bei den Kommunalnachwahlen für 23 Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen in Nordrhein-Westfalen (25. März 1973), bei denen die DKP nur für die Stadtratswahlen in Bielefeld und Minden eigene Kandidaten aufstellte, gewann sie kein Mandat (Stimmenanteile 1,4 % und 1,8 %).

Durch den Parteiaustritt von 43 Mitgliedern der DKP-Ortsgruppe Butzbach (Hessen) Ende Mai 1973 hat die DKP ihre 3 Mandate in der Stadtverordnetenversammlung Butzbach verloren.

Die DKP besitzt nunmehr 76 Mandate in 48 Kommunalparlamenten und einem Kreisparlament (1972: 79 Mandate in 49 Kommunalparlamenten und einem Kreisparlament), wie nachstehende Übersicht zeigt:

Vertretung der DKP in Kreis- und Kommunalparlamenten im Jahre 1973

Bundesland							Insgesamt	
	Kreisparlamente	Anzahl der Mandate	Stadtparlamente	Anzahl der Mandate	Gemeindeparlamente	Anzahl der Mandate	Parlamente	Mandate
Bayern	—	—	2	2	3	3	5	5
Baden-Württemberg	1	1	5	6	2	2	8	9
Hessen	—	—	3	8	4	9	7	17
Nordrhein-Westfalen	—	—	1	2	1	2	2	4
Rheinland-Pfalz	—	—	—	—	7	9	7	9
Saarland	—	—	4	8	16	24	20	32
	1	1	15	26	33	49	49	76

Anmerkung: Insgesamt gibt es etwa 600 Kreise und kreisfreie Städte sowie rd. 22 000 Gemeinden mit entsprechenden Parlamenten.

V. DDR-Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland

1. Die SED hat wiederholt die These bekräftigt, in Deutschland gebe es zwei Nationen in Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung: Die sozialistische Nation in der DDR in „unüberbrückbarem Gegensatz“ zu der in der Bundesrepublik fortbestehenden kapitalistischen Nation („Neues Deutschland“, Nr. 75 vom 16. 3. 1973).

Mit der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und der vertraglichen Sicherung der Grenzen sowie der Unverletzbarkeit des territorialen Status quo — so erklärte Erich Honecker — sei völkerrechtlich der „Prozeß der Abgrenzung zwischen der DDR und der BRD ein für alle Mal vollzogen“. Eine Vereinigung der sozialistischen DDR und der kapitalistischen Bundesrepublik werde nie möglich sein. Die Herstellung normaler oder gutnachbarlicher Beziehungen seien nur noch nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz möglich, wobei sich die ideologische Auseinandersetzung verstärke („Neues Deutschland“ Nr. 302 vom 1. 11. 1973).

Auch die These von der Identität der Bundesrepublik Deutschland mit dem ehemaligen „Deutschen Reich“ ist nach Auffassung der SED mit Abschluß des Grundvertrages „vollends ad absurdum“ geführt worden. Sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik seien Staatennachfolger des früheren „Deutschen Reiches“, erklärte Prof. *Bertsch*, Hauptabteilungsleiter im „Institut für internationale Politik und Wirtschaft“ in Ostberlin („Stimme der DDR“, 4. 8. 1973).

2. Die SED setzte trotz der Abgrenzungspolitik ihre „Westarbeit“ fort. Mehr noch als im Vorjahr wurde dabei die Kooperation zwischen ihr und der DKP und deren Hilfsorganisationen sichtbar. Auf dem Hamburger Parteitag versicherte Kurt *Hager* (Mitglied des SED-Politbüros) als Leiter der SED-Delegation der DKP, allen Kämpfern gegen den Imperialismus gehöre immer die „tätige Solidarität“ der SED. Dementsprechend konzentrierte sich die SED auf folgende Schwerpunkte:

Politische, ideologische und materielle Unterstützung der DKP und ihrer Hilfsorganisationen;

Selbstdarstellung der DDR, Aufklärung über den „Imperialismus der BRD“ und Vermittlung marxistischen Grundwissens auf Veranstaltungen in der DDR und im Bundesgebiet.

Die Unterstützung der DKP und ihrer Hilfsorganisationen vollzieht sich z. B. im Rahmen des „Patenschaftssystems“ der SED, wonach jeweils SED-Bezirke DKP-Bezirke betreuen. Die DKP entsandte nach sorgfältig zwischen den Parteileitungen abgestimmten Programmen zahlreiche Delegationen in die DDR: DKP-Delegationen, Studiendelegationen mit DKP-Sympathisanten, Betriebsarbeiterdelegationen, Urlauberschulungen. Einige SED-Bezirksleitungen empfangen in der Regel jede Woche eine von der DKP zusammengestellte Delegation.

3. Die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) hat im Jahre 1973 offiziell „Freundschaftsverträge“ geschlossen mit der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ), dem „Marxistischen Studentenbund“ (MSB) und dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB). Diese Verträge regeln Ziele und Inhalt der Zusammenarbeit, die nach dem Freundschaftsvertrag mit dem MSB beispielsweise auf den Prinzipien des „proletarischen Internationalismus“ beruhen. Der MSB wird danach Delegationen zu „Informations- und Studienaufenthalten“ in die DDR entsenden, die dort die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“, die Jugendpolitik, das Bildungswesen und die Rolle der FDJ studieren sollen.

Die engen Verbindungen zwischen der DKP und ihren Hilfsorganisationen stellen sicher, daß die Teilnehmer an Delegationsreisen in die DDR Mitglieder und Sympathisanten DKP-orientierter Gruppen sind oder, wenn sie demokratischen Gruppen angehören, dem Sozialismus in der DDR aufgeschlossen gegenüberstehen.

4. Die DDR hat auch im Jahre 1973 Funktionäre mit politischen Aufträgen in die Bundesrepublik entsandt. Es wurden 1680 erkannt (1972: 2148). Diese Zahl ist die niedrigste seit 1967 (damals waren 1350 Funktionäre erkannt worden). Sie erklärt sich hauptsächlich aus dem Bestreben der SED, den Einsatz ihrer Funktionäre mehr als bisher auf Zielgruppen zu konzentrieren, bei denen sie am ehesten die Heranbildung eines „sozialistischen“ Bewußtseins erhoffen kann. Außerdem ist die DKP jetzt ausreichend konsolidiert, um zumindest einen Teil der politischen Bildungsarbeit selbst wahrnehmen zu können. Ferner ist das Interesse der SED, Funktionäre zu Veranstaltungen nicht DKP-orientierter Gruppen in der Bundesrepublik zu entsenden, erheblich gesunken, weil das Hauptziel, das bisher auf solchen Veranstaltungen propagiert worden war, die Anerkennung der DDR als Staat, inzwischen erfüllt ist.

Wichtigste Zielgruppen der SED waren im Jahre 1973 die DKP und ihre Hilfsorganisationen, die Partner der FDJ-Freundschaftsverträge und gewerkschaftliche Kreise. Zur DKP und ihren Hilfsorganisationen reisten mehr als 400 Funktionäre, also nahezu ein Viertel aller erkannten Funktionäre. Die meisten von ihnen hielten Vorträge in den Bildungseinrichtungen der DKP oder nahmen an Besprechungen mit Funktionären aus der Bundesrepublik teil.

Etwa 140 Funktionäre kamen im Auftrag der FDJ. Sie reisten durchweg zu Veranstaltungen des MSB, der SDAJ oder sozialistisch orientierter nichtkommunistischer Jugend- und Studentengruppen. Viele kamen im Rahmen der Freundschaftsverträge, die zum Beispiel im Falle des MSB u. a. die Entsendung junger Wissenschaftler aus der DDR zu Vorträgen in der Bundesrepublik vorsehen.

Auch der FDGB entsandte rd. 140 Funktionäre. Sie konzentrierten sich darauf, Einzelgespräche mit Gewerkschaftlern und Betriebsratsmitgliedern zu führen und Verbindungen in gewerkschaftlichen Stellen auf Orts- oder Kreisebene auszubauen. Bemühungen von FDGB-Funktionären, offiziell als Gastredner zu Gewerkschaftsversammlungen eingeladen zu werden, scheiterten bisher.

Die wenigsten DDR-Funktionäre geben bei der Einreise wahrheitsgemäß an, in wessen Auftrag und mit welcher Aufgabe sie einreisen. Eine von Jahr zu Jahr steigende Zahl von Funktionären nennt als Auftraggeber Kultur- oder Bildungseinrichtungen der

DDR. Viele geben auch vor, im Auftrag der „Urania“, einer DDR-Gesellschaft „zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ zu reisen. Insgesamt traten rund 1000 Funktionäre auf rund 800 Veranstaltungen auf. Viele von ihnen führten nebenher, andere ausschließlich, teilweise geheime Gespräche mit Personen, die in der Bundesrepublik für die SED politisch interessante Kontakte haben.

VI. Die „Neue Linke“

1. Ideologie, organisatorische Entwicklung und allgemeines Verhalten

1.1 Ideologie

Die ideologische Ausrichtung der „Neuen Linken“ hat sich im Jahre 1973 nicht verändert: Die meisten Gruppen vertreten einen dogmatischen Marxismus-Leninismus und orientieren sich zudem an den Theorien *Mao Tsetung's*. Einige folgen den Lehren *Stalin's* oder *Trotzki's*. Die einzelnen Gruppen legen die kommunistischen Lehren aber sehr unterschiedlich aus. Andere sozialrevolutionäre Ideologien haben weiter an Bedeutung verloren.

Gruppen der „Neuen Linken“ wenden sich scharf gegen den sowjetischen Kommunismus und seine deutschen Anhänger: SED, DKP und SEW. Sie werfen ihnen vor, die Revolution verraten und sich mit der „Bourgeoisie“ ausgesöhnt zu haben.

1.2 Organisatorische Entwicklung

Der Konzentrationsprozeß innerhalb der „Neuen Linken“ hat sich 1973 fortgesetzt. Nunmehr dominieren drei maoistisch orientierte Gruppen, die über Untergliederungen in mehreren Bundesländern verfügen: die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD), die Fraktion „Roter Morgen“ der „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) und der im Sommer 1973 gegründete „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW).

1.2.1 Die KPD, die nach wie vor die Zusammensetzung ihrer zentralen und regionalen Leitungen und Teile ihres Parteilebens geheim hält, bildete Anfang 1973 neben dem bereits bestehenden Zentralkomitee ein „Politbüro“ als Führungsinstanz. Leitende Parteifunktionäre sind

Jürgen Horlemann,
Christian Semler und
Maria Bergmann.

Sie verfügt über vier Regionalkomitees (Berlin, Hamburg, Nordwürttemberg/Nordbaden und Rhein/Ruhr), und baut in Hessen ein fünftes auf. Neben „Zellen“ in Stadtteilen und Betrieben (Grundorganisationen) entstanden über 20 straff organisierte „Rote Fahne Freundeskreise“ (benannt nach dem Zentralorgan der KPD „Rote Fahne“), denen die engeren „Sympathisanten“ angehören. Die Zahl der Kandidaten und Mitglieder der KPD erreichte schätzungsweise 700. Die Zahl der Mitläufer ist erheblich höher, was sich z. B. bei zentralen Kundgebungen der KPD zeigte, für die sie bis zu 5000 Personen mobilisieren konnte.

Die KPD versteht sich als disziplinierte „Kaderpartei“. Sie bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland als „verbrecherisches System“, das sie mit der „Gewalt des Volkes“ zertrümmern will (Flugblatt des ZK der KPD vom Oktober 1973). Bei ihrer nach außen gerichteten politischen Arbeit bedient sie sich vieler Hilfsorganisationen, die Aktionen organisieren, während sich die Partei in der Regel im Hintergrund hält. Bei besonderen Anlässen gründen und steuern Hilfsorganisationen örtliche und zentrale „Komitees“, so 1972 das „Nationale Vietnamkomitee“, das auch 1973 – zeitweise mit fast 100 örtlichen Ausschüssen – arbeitete. 1973 wurden u. a. Komitees „Hände weg von der KPD“, „Arbeiterjugend“ oder „Studenten gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse“, „Komitee zur Unterstützung der kämpfenden Völker im Nahen und Mittleren Osten“ gebildet.

Die wichtigsten Hilfsorganisationen, die bereits in den Vorjahren gegründet worden waren, setzten ihre Tätigkeit verstärkt fort: „Kommunistischer Jugendverband“ (Organ: „Kämpfende Jugend“); „Kommunistischer Studentenverband“ (Organ: „Dem Volke dienen“), der mit seinen schätzungsweise 1100 Mitgliedern dem KJV untersteht, „Kommunistischer Oberschülerverband“ (Organ: „Schulkampf“), der ebenfalls dem KJV untersteht, „Liga gegen den Imperialismus“ (Organ: „Internationale Solidarität“). Als neue Hilfsorganisation entstand im September 1973 die „Rote Hilfe e. V.“, Sitz Dortmund, die die Aufgabe hat, Rechts-, Haft- und materielle Hilfe zu leisten. Ihr Versuch, andere örtliche „Rote-Hilfe“-Gruppen für einen Anschluß zu gewinnen, scheiterte.

Die KPD versucht mit ihren zahlreichen Schriften, ihren vielen Hilfsorganisationen und mit örtlichen Aktionen, an denen sich viele

auswärtige Anhänger beteiligen, den Anschein einer tatsächlich nicht vorhandenen Breite und Stärke zu erwecken.

Die KPD und einige ihrer Hilfsorganisationen haben ihre internationalen Verbindungen zu gleichgesinnten Gruppen in westeuropäischen Ländern ebenso ausgebaut wie zu den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und nordkoreanischen und vietnamesischen Stellen.

Der Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 10. 1. 1974, die Eigenschaft der KPD als einer politischen Partei könne nicht mit ausreichender Sicherheit verneint werden, veranlaßte die Partei zu der Erklärung, die Bourgeoisie wage es nicht, die marxistisch-leninistischen Kräfte zu verbieten (Pressemitteilung vom 10. 1. 1974).

1.2.2 Die organisatorische Entwicklung der Fraktion „Roter Morgen“ (RM) und KPD/ML (Zentralorgan: „Roter Morgen“) und ihrer Jugendgruppe „Rote Garde“ wurde begünstigt durch den völligen Verfall der Konkurrenzfraktion „Rote Fahne“ der KPD/ML und ihrer Jugendorganisation, „Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD). Der von ihrem Gründer Ernst Aust geführten KPD/ML (RM) ist es gelungen, einen Teil der Gruppen, Mitglieder und Anhänger der zerfallenen Fraktion in die KPD/ML (RM) einzugliedern. Es gibt im übrigen Anzeichen dafür, daß das Vermögen der Fraktion „Rote Fahne“ auf die KPD/ML (RM) übergegangen ist. Sie ist damit wieder zur stärksten Gruppe der KPD/ML geworden und hatte Ende des Jahres 1973 schätzungsweise 700 Mitglieder, denen etwa 300 weitere Mitglieder der „Roten Garde“ hinzuzurechnen sind. Die von der KPD/ML (RM) propagierte Vereinigung aller „Marxisten-Leninisten“ in der KPD/ML ist aber ausgeblieben.

Die Zentrale der KPD/ML (RM), die von einem Präsidium und einem Zentralkomitee geleitet wird, befindet sich im Ruhrgebiet (früher: Hamburg). Die „Partei“ verfügt in vielen Städten über Ortsgruppen und Stützpunkte sowie Gruppen in einigen Betrieben. Wie die KPD hält auch die KPD/ML weiterhin die Zusammensetzung ihrer Leitungsgremien ebenso geheim wie wesentliche Teile ihrer innerorganisatorischen Arbeit. Sie verpflichtet ihre Mitglieder, konspirativ zu arbeiten, und propagiert offen revolutionäre Gewalt.

Nach den Richtlinien ihrer Führung dürfen Gruppen der KPD/ML (RM) „Aktionseinheiten“ mit anderen maoistischen Organisationen eingehen. Dementsprechend beteiligten sich Anhänger der KPD/ML (RM) wiederholt an Demonstrationen der KPD und ihrer Hilfsorganisationen.

mVolke dienen
 rgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV)
 enhaus von Berlin
 Druckache 6. 1177
 07.12.73

Ffm. 15.12.: Solidaritätsfest für Vie
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt
ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLAND
 4. Jg./Nr. 50 12.12.1973 0,40 DM
WOCHENZEITUNG



ZEITUNG DER ROTEN HILFE & V. ERSCHEINT MONATLICH - 0,50 DM - NR. 1 - 46 Dortmund, Heroldstraße 50
ROTE HILFE

Maßnahmen der Brandt-Re
für die Monopo
 steuern, erneute Anwendung von § 7b, Kon-
 schüsse, Fahrverbote, einen kalten Winter!
 ulti-Regierung können den Gang des kapitali-

Kämpfende Jugend
 ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBANDES - KJV
 JUGENDORGANISATION DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
 Zeitschrift der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS
 2. Jhrg. Nr. 18
 Oktober 1973

in Zukunft alle 14 Tage
 Leber legte Bundeswehrreform vor:
ZIEL: BERUFSARMEE

Rote Presse Korrespondenz
 Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
 Kommunistischer Jugendverband (KJV), Kommunistischer
 Studentenverband (KSV) Komm. Oberschülerverband (KOV)



GUINEA-BISSAU ZEIGT DER SEITE DER VÖLKER VERDAMNISSEN

INHALT:
 PARC erklärt Unabhängigkeit Guinea-Bissau...
 Wahlberechtigte Wahlmänner auf dem Kapitol...
 Einmal: Was ist die Bedeutung des 1. Januars...
 Spende erhalten: 2. Teil

Spendet für die Vietnam-Hilfe »Alles für den Sieg«

Zeitung und Zeitschriften der KPD und ihrer Hilfsorganisationen

Die Komitees HÄNDE WEG VON DER KPD sind organisiert aufgelöst-Vorwärts im Aufbau der ROTE HILFE!

deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront

Neben der Fraktion „Roter Morgen“ hat innerhalb der KPD/ML nur noch die vor allem in Berlin tätige Fraktion „Neue Einheit“ eine gewisse Bedeutung.

1.2.3 Zum „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ (KBW) schlossen sich im Juni 1973 in Bremen die „Kommunistischen Bünde“ Bremen, Göttingen, Osnabrück, Wolfsburg, die „Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum)“ Heidelberg/Mannheim und der „Bund Kommunistischer Arbeiter“ Freiburg zusammen. Weitere zwanzig kleine örtliche Gruppen gliederten sich im Laufe des Jahres als Orts- und Ortsaufbaugruppen in den KBW ein, andere streben als Sympathisantengruppen ihre Aufnahme an. Am Jahresende hatte der KBW etwa 900 Mitglieder. Führend im KBW ist Hans-Gerhard *Schmierer* (genannt „Joscha“).

In seinem Programm erklärt der KBW, er verfolge als Endziel die „klassenlose Gesellschaft“, die nur über die Revolution erreicht werden könne. Unerläßliche Vorbedingung sei die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur“. Solange die „Bourgeoisie“ über bewaffnete Kräfte verfüge, werde das „Proletariat“ die politische Macht „mit Waffengewalt“ erkämpfen müssen.

Der KBW propagiert seine Ziele und Methoden im alle zwei Wochen erscheinenden Zentralorgan „Kommunistische Volkszeitung“ (Auflage 35 000) und in seiner theoretischen Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“. Er betreibt im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen der „Neuen Linken“ eine sehr gründliche theoretische Diskussion. Die Gruppen, die sich dem KBW angeschlossen haben, stellten eigene Publikationen ein und vertreiben nur noch die Blätter des KBW.

Die Jugend- und Studentengruppen der im KBW zusammengeschlossenen Vereinigungen, die insgesamt etwa 1400 Mitglieder haben, bestanden Ende des Jahres fort. Der KBW und seine Hilfsorganisationen erwägen aber die Gründung eines „Kommunistischen Studentenbundes“ und eines kommunistischen Jugendverbandes.

Der KBW hat wegen seiner Aufbauarbeit erst Ende des Jahres begonnen, mit Aktionen an die Öffentlichkeit zu treten.

1.2.4 Am 27. Mai 1973 vereinigten sich in Regensburg die ebenfalls maoistisch orientierten „Arbeiter-Basisgruppen“ München und die „Sozialistischen Betriebsgruppen“ Regensburg, Weiden, Passau und Alt-Ötting zum „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“

(Zentralorgan: „Kommunistische Arbeiterzeitung“), dem sich die Münchener „Projektgruppe Medizin“ anschloß. Leitende Funktionäre sind Helge *Sommerrock* und Thomas *Schmitz-Bender*. In seinem Programm bekennt sich der „Arbeiterbund“ zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats.

Der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) will eine revolutionäre Partei schaffen, um auf der Grundlage der „Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung“ die „Diktatur des Proletariats“ zu errichten. Aktivitäten entfaltet der KABD bisher vorwiegend in Bayern, Baden-Württemberg und im Saarland. Ihm angeschlossen sind der „Revolutionäre Jugendverband Deutschlands“ (RJVD) und die „Kommunistischen Studentengruppen Marxisten-Leninisten“ (KSDJML).

1.2.5 Der 1971 in Hamburg gegründete „Kommunistische Bund“ (KB), dem sich Gruppen aus Norddeutschland, Berlin und Frankfurt angeschlossen hatten, hat seine Organisation nicht ausdehnen können. Seine überörtliche Aktivität erschöpft sich in der Verbreitung seiner Monatszeitung „Arbeiterkampf“ und seiner theoretischen Schrift „Unser Weg“, die im Hamburger Verlag des KB „Arbeiterkampf“ erscheinen.

Der „Sozialistische Studentenbund“ und der „Sozialistische Schülerbund“ unterstützten auch 1973 die politische Arbeit des KB, dessen Hamburger Gruppe sich auf die Arbeit in Betrieben konzentrierte. Dabei trat der KB dafür ein, die Arbeiter mit den „Problemen des bewaffneten Kampfes“ vertraut zu machen („Arbeiterkampf“ Nr. 35 vom 6. 11. 1973).

1.2.6 Die Zahl und Bedeutung der organisierten Troztkisten hat sich 1973 nicht weiter entwickelt. Von den schätzungsweise 1000 aktiven Anhängern des Troztkismus, die in zehn Vereinigungen organisiert sind, gehören allein etwa 600 der „Gruppe Internationale Marxisten – deutsche Sektion der IV. Internationale“ (GIM) an. Führende Funktionäre sind Herwart *Achterberg* und Günter *Minnerup*. Die GIM, die sich an der Jahreswende 1972/73 mit der „Revolutionäre Kommunistischen Jugend“ (RKJ) vereinigt hatte, wird von einem Politbüro und Zentralkomitee geleitet. Sie unterhält über 30 Ortsgruppen und Stützpunkte (Zentralorgan: „was tun“, Auflage etwa 7000 monatlich). Die GIM ordnet sich dem „Verinigten Sekretariat“ der „IV. Internationale“ in Brüssel unter, in dem Ernest *Mandel* führend tätig ist. Dessen „Thesenentwurf zum

10. Weltkongreß“ anerkennt sie als Arbeitsgrundlage. Darin werden der Aufbau von „Kader- und Massenorganisationen“ gefordert und als wichtigste Aufgaben genannt: das planmäßige Eingreifen in alle gesellschaftlichen Konflikte und die Schulung zur „bewaffneten Selbstverteidigung“ gegen die „legale Gewalt“ (Polizei, Armee). Die GIM unterhielt weiterhin Verbindungen zu ausländischen Trotzlisten-Gruppen. Sie veranstaltete nach dem Verbot der trotzkistischen „Ligue Communiste“ durch die französische Regierung (28. Juni) in sechs deutschen Städten Solidaritätskundgebungen. Ferner organisierte sie Veranstaltungen mit Vertretern der „Irish-Republicikanischen Armee“ (IRA) in Tübingen, Köln, Braunschweig, Bremen und Hamburg.

1.2.7 Von den über 30 meist sehr kleinen anarchistischen Gruppen arbeiteten nur wenige kontinuierlich; einige von ihnen gaben unregelmäßig periodische Schriften heraus. Die Zahl ihrer aktiven Anhänger beträgt etwa 500. Sie sind vor allem in Berlin, Frankfurt, Köln, München und Wetzlar tätig. Um die Zusammenarbeit zwischen den deutschsprachigen anarchistischen Gruppen zu verbessern, wurden acht „Regionalkontaktstellen“ in der Bundesrepublik Deutschland und eine in der Schweiz eingerichtet. Die wesentlichen Impulse dafür gingen von der Regionalkontaktstelle Wetzlar aus. Diese organisierte auch im Juni in Marburg den „4. Bundeskongreß der anarchistischen und rätekommunistischen Gruppen im deutschsprachigen Raum“. Dort kam es jedoch zu keiner Verständigung über eine organisierte Zusammenarbeit.

1.2.8 Infolge der Konzentrationsbestrebungen ist die Zahl selbständiger Gruppen der „Neuen Linken“ zurückgegangen. An den Hochschulen haben sich die meisten „Roten Zellen“, Basis-, Projektgruppen und Kollektive aufgelöst und sind in den größeren kommunistischen Studentenorganisationen aufgegangen, vornehmlich im KSV und in Studentengruppen, die sich am KBW orientieren.

1.3 Allgemeines Verhalten der Gruppen der „Neuen Linken“

Mit der zunehmenden Konzentration haben sich die politischen und ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen der „Neuen Linken“ verschärft. Mitunter kam es sogar zu Tötlichkeiten. Andererseits haben sich rivalisierende Vereinigungen auf der Grundlage einer übereinstimmenden revolutionären Strategie mehrfach zu gemeinsamen Aktionen zusammengefunden.

Frühliche Antwort auf Frankfurt: **serkampf in hamburg**

EN MIT MÄNNERN UND FRAUEN

In keine Antwort auf den Präsidenten
Lichter und Proteste...
Widerstand...

Februar. 73
No 19.

Der netzger

rote hilfe

Hamb
Frank
Berlin
Münch

HUNGERSTREIK



Macht den Hungerstreik
durch Solidarität zu
Dynamit im Arsch der
Bourgeoisie!

Wucht-
haus



Am 17. Januar...
während Hungerstreik...
samt 12...
von 25. Januar...
Hies war:
wie von WSA...
Kontakten...
König...
Hilfer...
Hilfer...
Schiller...
Hilfer...

Wird der...
Hilfer...

Revolte

DM

BEFREIUNG

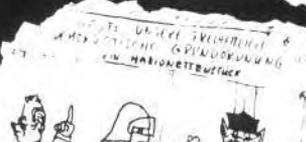
anarchistische Zeitung

26. Jahr

Stamm 1973

50 Pfg. empf.

umit die Welt eine
lassi bekommt, muss die
eine andere Welt
kommen.



Anarchistische Blätter

rote hilfe

DM 21

Roter K...
für Lehrlinge und Schüler 4
J... Ziel und an

Kämpferisches, aggressives Verhalten gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kennzeichnet weiterhin die Gruppen der „Neuen Linken“ und ihre Anhänger. Viele ihrer Gruppen werben offen für die Zerschlagung der verfassungsmäßigen Ordnung durch den bewaffneten Kampf und wenden auch militante Kampfformen bei der Durchsetzung politischer Nahziele an.

2. Tätigkeit an Hochschulen

Die Hochschulen waren wie in den Vorjahren ein wichtiges Ziel, Aktionsfeld und häufig Ausgangspunkt von Aktivitäten der „Neuen Linken“, deren Anhänger meist Studenten sind. Die Studentengruppen der „Neuen Linken“ haben aber ihre politischen Ziele im Kampf gegen die Hochschulreform nicht erreicht. In Studentenparlamenten und in Allgemeinen Studentenausschüssen haben sie Mandate eingeübt. Streitigkeiten und organisatorische Zersplitterung hemmen die Arbeit der „Neuen Linken“. Nur drei Verbände sind an mehr als 10 Hochschulen tätig, die meisten Gruppen arbeiten örtlich, während der MSB, der Studentenverband der orthodoxen Kommunisten und sein Verbündeter, der SHB, straff organisiert sind.

2.1 Der „Kommunistische Studentenverband“ (KSV) der maoistischen KPD ist mit seinen schätzungsweise 1100 (1972: 600) Mitgliedern in über 60 Zellen und Sympathisantengruppen die größte studentische Organisation der „Neuen Linken“; er ist an fast allen Universitäten vertreten.

Trotz seines Mitgliederzuwachses um über 80% ist es ihm aber nicht gelungen, größeren Anklang in der Studentenschaft zu finden. In einem im März verabschiedeten Aktionsprogramm kündigte der KSV harte Aktionen gegen die „bürokratische“ Hochschulreform an. Im Oktober stellte er dann fest, die Studenten hätten im Kampf gegen diese Reform eine Niederlage erlitten. Der KSV behauptete, bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten im Sommersemester habe die „geringe politische Erfahrung“ der Studenten dazu geführt, daß „nur relativ wenige“ dem KSV ihre Stimme gegeben hätten. Dementsprechend steht der Anteil des KSV an den Sitzen der Studentenparlamente in einem krassen Mißverhältnis zu seinen in der Öffentlichkeit stark beachteten spektakulären Aktionen: der KSV verfügte am Jahresende 1973 über insgesamt 9 der 1594 Sitze der Studentenparlamente an 42 Universitäten, das sind nur 0,57%.

2.2 Alle Hochschulgruppen der „Neuen Linken“ konzentrierten ihre Tätigkeit auf den Kampf gegen die Hochschulgesetze, die nach

ihrer Ansicht den „Profit- und Herrschaftsinteressen des Kapitals“ dienten. Daneben bemühten sie sich intensiv, neue Mitglieder und Anhänger zu gewinnen und sie ideologisch und politisch zu schulen.

2.3 Studentengruppen der „Neuen Linken“, an der Spitze – vor allem im zweiten Halbjahr 1973 – der KSV, setzten ihre massiven und häufig gewalttätigen Störungen und Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Hochschulen fort. Besonders der KSV griff zunehmend zur Gewalt, um politische Gegner einzuschüchtern oder ihre politische Wirksamkeit an den Universitäten zu unterbinden. Dabei sprengten Anhänger linksradikaler Studentengruppen Lehrveranstaltungen, Sitzungen von Hochschulgremien und studentische Veranstaltungen, störten andere Veranstaltungen nachhaltig und griffen Hochschullehrer, Vertreter demokratischer Studentengruppen und Polizeibeamte tätlich an und verletzten mehrere von ihnen. Solche Gewaltaktionen stießen örtlich auf organisierten Widerstand demokratischer Studenten und Hochschullehrer sowie auf Abwehrmaßnahmen der Hochschulleitungen, gelegentlich unter Mitwirkung der Polizei, und hatten Wahlniederlagen sowie örtlich eine zeitweilige Isolierung der „Neuen Linken“ von der Masse der Studenten zur Folge. Andererseits lösten Maßnahmen gegen die Gewaltakte und z. B. die Forderung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, „gegen diejenigen studentischen Organisationen, die – wie der KSV – in hochschulpolitischen Auseinandersetzungen systematisch zur Gewalt greifen, alle geeigneten Maßnahmen einschließlich des Verbots zu ergreifen“, eine Solidarität sonst miteinander verfehdeter linksradikaler Vereinigungen und ihrer Anhänger aus.

3. Tätigkeit außerhalb der Hochschulen

3.1 Trotz intensiver Bemühungen, die sich während wilder Streiks erheblich steigerten, ist der Einfluß der „Neuen Linken“ auf deutsche Arbeiter unbedeutend geblieben. KPD und KPD/ML haben nur wenige Zellen oder Gruppen in Betrieben, versuchten aber mit ihren Betriebszeitungen (KPD: rd. 30, KPD/ML: rd. 80) und Betriebsflugblättern den Eindruck zu erwecken, sie seien in vielen Großbetrieben organisiert tätig. Mehrfach nahmen Anhänger der „Neuen Linken“ – offenbar auf Weisung ihrer Vereinigungen – in Großbetrieben Arbeit auf, um Ansätze für Konflikte herauszufinden und Stützpunkte zu bilden.

3.2 Vor allem maoistische Gruppen sehen in Arbeitskämpfen, insbesondere in wilden Streiks, ein geeignetes Mittel, das Klassen-

rganisation
KPD/ML

tag haben 400 Kollege
chmissen Ihre Bericht

DM TEUERUNGSZUL
PFENNIG MEHR FÜR

SSERE BEZAHLUNG

G MIT LOHNGRUPPI

INE SAMSTAGSSCHIL

INE ENTLASSUNGE

Gründe sind klar: Streik
der Gewerkschaftsführer

RIEBszeitung
R KPD/ML

00 DM-KEINEN PFENNIG

Bezahlung der Streikstunden!

Grundlage zur Berechnung des Lohnnachgeldes -

1 Tag bezahlten Sonderurlaub für alle!

Verkürzung der Arbeitszeit, 6 - 14 Uhr, 14 - 22

liegen, wir meinen, dazu gehört noch: Keine Repressen

der Streik ist wichtig! GM plant eine große

erarbeiten noch mehr Härte abzugeben.

sten dafür wollen sie vor

ausso versuchen

SF usw

elastische

n die

sher ha

e haben

iebe, die

deren Be

chmissen

stern hat

Betriebe

urzstreika

on ist an

stern hat

härtestes

riß auch

riß auch

reiks unte

andeln. Stre

olle, am s

er a Er

en Streik

ir auf die D!

STREIK!

- 1 DM mehr für alle!
- Sofortige Rücknahme der Entlassung
- Bezahlung der Streiktage
- 6 Wochen Urlaub

ROTE HILFE

Solidarität mit den Streikenden
Unterstützt die Geldsammlungen

Koll
durch
und 1
einer
Kollt
Strei
versu
natßg
weder
des B

KERZE

STREIK
NR. 1



Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

SONDERDRUCK FÜR DIE HELLA-WERKE LIPPIGTAU

(26.7.73)

Der Streik ist gewonnen
Der Kampf geht weiter

(La lucha continua.)

Sonderdruck
**KOMMUNISTISCHE
ARBEITERPRESSE**

Zelle
Opel Bochum
der KPD
22. Aug. 73

**Streik für 300,-
mehr bei Opel!**

Betriebszeitung
der Zelle Philips
der KPD
für die Philips Werke
Aachen

Sonderdruck
ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PART

**Solid
mit den E**

FORD-KÖLN: Mindestens 430 Kollegen wurden
in Köln entlassen. Neben den 300 türkische
den Urlaub kamen, wurden nach dem Streik 1
tische Arbeiter entlassen. Wieviele türk
haben, weil ihnen mit Ausweisung gedroht
mit ein. Die Zahlen werden in die Hundert
PHILIPS-AACHEN: 3 Kollegen wurden nach d
mit ein. Die Zahlen werden in die Hundert
PHILIPS-AACHEN: 3 Kollegen wurden nach d

IGM-Führung plant Geheimverhandlungen mit Kapitalisten

50000 Arbeiter im S für höhere Löhne

Die Gewerkschaft

mit

er werden jetzt

Spaltung und

die Streikent-

mit ha-

Kampffront reich

Herrford. Schon g

werbung auf ander

Streik in Druckbe

Fesen und

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPRESSE

Weyer-Polizei un
führer werden
st auff

ir Mark

streiken
hun, in
st, daß
seim
ngen
il. Die
er Früh-
F auf,
II. Ge-
Auch
lern:

Streik
Erfol
Kolle
Zahlst
rückna
Die Kol
Datteln

LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS

Landesverband NRW

Deutsche und ausländ Arbeiter - eine Kamp

In den letzten Wochen streikten über
70000 deutsche und ausländische Arbei-
ter der Metallindustrie, und dafür wa-
gen der
legen s
Maße be
se Mie)

ten durch Neuzust
rausschüsse je na
mern oder verklein
Der Wunsch der Aus
der Metallindustrie

GRUPPE OPPOSITI GEWERKSCHAFTER

OPEL STRE

Streikagitation der Neuen Linken

Bezahlung der Ausfa

Keine Arbeitsaufnahme, bevor diese Forderungen erfüllt

Zusätzliche Forderung von Werk II:

SCHICHTZEIT VON 6-14 UND 14

EIN TAG

bewußtsein der Arbeiter zu wecken. Bereits im April erklärte die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) der KPD, „die Organisierung außertariflicher Streikkämpfe ohne und gegen die Gewerkschaftsführer“ sei die Hauptaufgabe.

Gruppen der „Neuen Linken“ haben jedoch wilde Streiks nur vereinzelt auslösen und in einigen weiteren Fällen den Streikverlauf beeinflussen können, wobei sie vor allem bei ausländischen Arbeitern Anklang fanden. Während der Arbeitsniederlegung agitierten maoistische, trotzkistische und anarchistische Gruppen vor mehreren Werken, um sich mit den Streikenden zu solidarisieren und Arbeitswillige zum Streik aufzufordern. Sie organisierten ferner Kundgebungen und Sammlungen für die Streikenden. Auch nach den Streiks veranstalteten vor allem Anhänger der KPD Solidaritätskundgebungen für „Streikopfer“ („Rote Hilfe e.V.“, „FORD-Solidaritätskomitee“). Die KPD untersuchte Ursachen und Verlauf der Arbeitsniederlegungen und entwickelte neue Streiktaktiken. Funktionäre der „Neuen Linken“ waren enttäuscht über das Verhalten der deutschen Arbeiter, zeigten sich aber ermutigt durch die Kampfbereitschaft der „ausländischen Kollegen“. Gruppen der „Neuen Linken“ wollen mit den bei den Streiks geknüpften Verbindungen ihre schwache Basis in Betrieben erweitern und die Solidarität zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern entwickeln, um weitere Unruhen in Betrieben hervorrufen zu können.

3.3 Gruppen der „Neuen Linken“ setzten ihre Arbeit gegen die – wie sie meinen – „reformistischen“ und mit dem „kapitalistischen Wirtschaftsapparat verwachsenen“ Gewerkschaften fort. Die Versuche der KPD, mit der RGO innerhalb der Gewerkschaften oppositionelle Gruppen aufzubauen, sind aber ebenso über Ansätze nicht hinausgekommen wie entsprechende Aktivitäten der KPD/ML. Um Gewerkschaftsausschlüsse von KPD-Mitgliedern und -Sympathisanten zu bekämpfen, bildeten maoistische Gruppen das Komitee „Arbeiterjugend“ und das Komitee „Studenten gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse“.

Der KBW und der KB forderten ihre Mitglieder auf, ihre Mitgliedschaft gegenüber den Gewerkschaften zu leugnen, um dadurch einem Ausschluß oder Aufnahmeverbot zu begegnen. Es müsse alles getan werden, um in den Gewerkschaften zu bleiben und dort politische Arbeit zu leisten.

3.4 Hilfsorganisationen der KPD und die KPD/ML haben auch ihre Bemühungen fortgesetzt, die Bundeswehr zu zersetzen und in

der Truppe „Zellen“ oder „antimilitaristische Komitees“ zu bilden. Bisher haben sie damit jedoch keinen nennenswerten Erfolg gehabt.

3.5 Einige maoistische Gruppen, wie die KPD mit ihrem „Kommunistischen Oberschülerverband“ (KOV), haben begonnen, ihre politische Arbeit unter Schülern zu intensivieren. Dabei werden sie durch ihre Studentengruppen unterstützt, die Agitationsschriften herstellen und unter Schülern verbreiten und sie für die Teilnahme an Schulungsveranstaltungen und politischen Aktionen werben. Gruppen der „Neuen Linken“ unterhielten am Jahresende 1973 etwa 80 Schülergruppen.

Die häufig augenfällige politische Aktivität solcher Schülergruppen scheint oft in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem Einfluß an den Schulen zu stehen, der bei manchen zudem kurzlebig ist. Aus ihnen und über sie gewinnen die Vereinigungen der „Neuen Linken“ aber fortgesetzt Mitläufer für ihre öffentlichen Aktionen und ihren Nachwuchs.

4. Aktionen

4.1 Auch 1973 haben Gruppen der „Neuen Linken“ größere studentische Protestaktionen gegen die Hochschulgesetzgebung der Länder oder andere staatliche Maßnahmen im Hochschulbereich organisiert oder sich an ihnen führend beteiligt. Dabei kamen ihnen – wie auch orthodox-kommunistischen Studentenverbänden – ihre Positionen in studentischen Vertretungen, ihre Fähigkeit, zeitweise den Unwillen vieler Studenten zu artikulieren, und ihre Einsatzbereitschaft zugute.

4.2 Von allen Gruppen der „Neuen Linken“ vermochten es lediglich die KPD und ihre Hilfsorganisationen, während des ganzen Jahres größere Aktionen durchzuführen, und zwar von zahlreichen gleichzeitig auf örtlicher Ebene durchgeführten Aktionen bis zu „nationalen“ Kundgebungen, häufig im Rahmen zentraler Kampagnen. An zentralen Veranstaltungen beteiligten sich bis zu 5000 Personen, die aus zahlreichen Städten der Bundesrepublik anreisten. Aktionen an Orten, in denen die KPD und ihre Anhänger nur schwach vertreten sind, wurden häufig von KPD-Anhängern aus anderen Orten unterstützt. Andere Gruppen der „Neuen Linken“ beteiligten sich von Fall zu Fall an Aktionen der KPD. Ihr dem ehemaligen „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) vergleichbarer „Aktionismus“ überforderte aber auch gelegentlich die Kräfte der

Partei und ihrer Hilfsorganisationen: Veranstaltungen mußten wegen mangelnder Beteiligung abgesagt werden, andere fanden mit nur wenigen Aktivisten statt.

Aus den zahlreichen Demonstrationen der KPD und ihrer Hilfsorganisationen ragten die nachstehenden wegen der Zahl der Teilnehmer oder wegen der Rechtswidrigkeit der angewendeten Mittel hervor:

An der „Nationalen Demonstration“ am 10. April in Bonn gegen den Besuch des südvietnamesischen Staatspräsidenten *Thieu* beteiligten sich etwa 2000 Personen, darunter Angehörige der KPD/ML. Demonstranten stürmten das Rathaus und verwüsteten es. Es kam zu schweren Ausschreitungen gegen die Polizei und Journalisten, die die Vorgänge filmten, sowie zu weiteren Sachbeschädigungen in der Innenstadt.

An der 1. Mai-Demonstration in Berlin, zu der die KPD und ihre Hilfsorganisationen und die KPD/ML aufgerufen hatten, nahmen 4700 Personen teil, darunter etwa 4000 Anhänger der KPD.

Trotz Demonstrationsverbots waren am 18./19. Mai etwa 3000 Angehörige der KPD und der KPD/ML aus dem ganzen Bundesgebiet nach Dortmund gereist, um gegen den Besuch des Generalsekretärs der KPdSU Leonid *Breschnew* zu protestieren. Die KPD/ML hatte ihren Anhängern „Kampfanweisungen“ erteilt, die taktische Richtlinien für die Auseinandersetzungen mit der Polizei enthielten. Bei der Auflösung der verbotenen Veranstaltung am 19. Mai kam es zu Tötlichkeiten; 364 Personen wurden vorläufig festgenommen. Im Rahmen der Solidaritätskampagne „Hände weg von der KPD“ demonstrierten am 23. Juni in Karlsruhe etwa 5000 Personen.

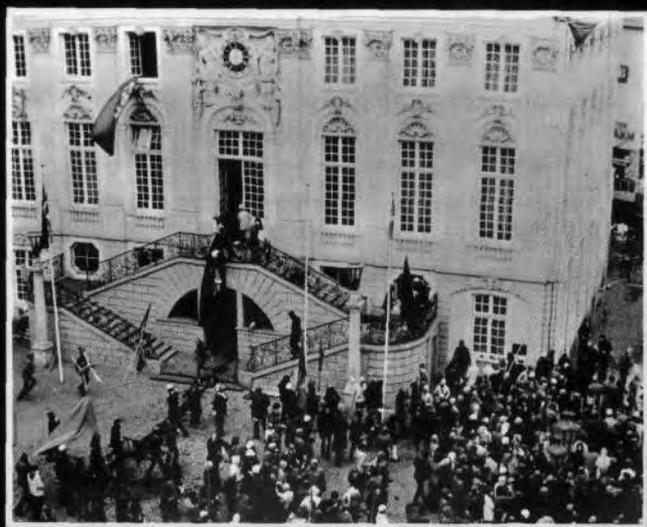
An der „Nationalen Demonstration“ für die an den wilden Streiks beteiligten Metallarbeiter am 25. September in Köln nahmen etwa 2400 Personen teil; es sprachen auch Vertreter ausländischer linksradikaler Organisationen.

Etwa 3000 Personen beteiligten sich an einer Kundgebung am 3. November in Dortmund gegen die Sozialpolitik der „arbeiterfeindlichen *Brandt*-Regierung“.

VII. Terror und Gewalt

1. Bekenntnisse und Aufforderungen zur Gewalt

Nach wie vor sehen viele Gruppen der radikalen Linken in der Gewalt – agitatorisch häufig als „Gegengewalt“ verbrämt – ein legitimes Mittel revolutionärer Politik. Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen ihnen lediglich auf taktischem Gebiet, insbesondere über Zeitpunkt und Formen revolutionärer Gewaltanwendung. Ansätze dazu boten ihnen 1973 die Prozesse gegen linksradikale



Sturm auf das Rathaus in Bonn

Terroristen, die schweren Ausschreitungen von Anhängern der KPD und der Umsturz in Chile.

1.1 Den bewaffneten Kampf („Stadtguerilla hier und heute“) forderten auch 1973 Mitglieder der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und andere linksradikale Terroristen. Horst *Mahler* sagte in seinem Schlußwort vor dem Berliner Kammergericht, mit den „Bütteln des Kapitals“ rede man nicht, auf die schieße man.

Astrid Proll erklärte während ihres Strafprozesses in Frankfurt/Main, es gelte, die „Rote Armee“ aufzubauen; die beste Propaganda für den bewaffneten Kampf sei der bewaffnete Kampf selbst. Die in den Vorjahren veröffentlichten Erklärungen der RAF wurden im Frühjahr als Broschüre „Bewaffneter Kampf. Texte der RAF. Auseinandersetzung und Kritik“ verbreitet. Diese Broschüre wurde auch unter dem Tarntitel „D. B. Rjanzanow. Zur Frage des Verhältnisses von Marx und Blanqui“ vertrieben.

1.2 Auch andere 1973 erschienene anonyme Publikationen propagieren den Terrorismus: Im Januar wurde in Hamburg „Gegenbaldrian. Ein deutsches Beunruhigungsmagazin“ verbreitet, das zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes aufruft; im November wurde in Nürnberg die Schrift „Faustschlag-Kommentare“ verteilt, in der es heißt, der Feind habe die RAF zwar zurückdrängen, nicht aber ihre Ideen zerschlagen können; die „Stadtguerilla“ werde neu aufgebaut.

Offene Sympathie für linksradikale Terroristen und für die Anwendung von Gewalt bekundeten ferner Veröffentlichungen des „Informationszentrums Rote Volksuniversität“ (IZRU), Heidelberg, und einiger „Rote Hilfe“-Gruppen sowie anarchistische Blätter wie „Hundert Blumen“, „Elda“ und „Befreiung“.

1.3 Vor allem maoistisch orientierte Gruppen fühlten sich durch den Umsturz in Chile in ihrer Überzeugung bestätigt, das Proletariat könne die Macht nur mit Waffengewalt erobern. Zunächst – so forderten sie im Gegensatz zu den Terroristen – müsse jedoch das Volk mobilisiert und auf den bewaffneten Kampf unter Führung der „Partei“ vorbereitet werden. Um die „Volksmassen“ aufzuklären und die kommunistischen Kader zu erziehen, befürworteten und organisierten sie bei besonderen Anlässen gewalttätige Aktionen, z. B. die KPD den „Bonner Rathaussturm“. Taktische Kritik an einer derartigen Aktion wird meist von rivalisierenden Gruppen geübt.

(Vgl. dazu u. a.: „Rote Fahne“, Nr. 40/73; „Roter Morgen“, Nr. 46/73, „Kommunistische Volkszeitung“, Nr. 5/73).



Demonstrationen der KPD
und ihrer Anhänger

1.4 Die Position der DKP gegenüber Terror und Gewalt ist unverändert. Sie strebt danach, ihr Fernziel, die sozialistische Revolution, ohne Bürgerkrieg zu erreichen. Sie will aber dennoch nicht die Illusion eines „friedlichen Spaziergangs zum Sozialismus“ (W. Gerns / R. Steigerwald: „Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes“ Frankfurt/Main 1973, S. 59) erwecken. Sie hat Terroranschläge als „individuellen Terror“ abgelehnt und die gewalttätigen, grobschlächtigen Kampfformen der KPD und anderer „Chaoten“-Vereine scharf kritisiert, weil sie die Massen vom revolutionären Kampf abschreckten und die gesamte Linke diskreditierten.

Orthodoxe Kommunisten befürworten daher gegenwärtig gemäßigte Kampfformen, z. B. störten ihre „studentischen Genossen“ Veranstaltungen demokratischer Hochschulvereinigungen und Sitzungen von Hochschulgremien und zwangen sie zum Abbruch, wobei sie möglichst Schlägereien und Sachbeschädigungen vermieden.

2. Terroristische Aktivitäten

2.1 Nach der Verhaftung führender Personen der bekannten Terrorgruppen (*Baader/Meinhof*-Bande (RAF), „Bewegung 2. Juni“) im Jahre 1972 war die Zahl der terroristischen Anschläge zunächst rückläufig. Seit dem Sommer des Jahres 1973 nahmen die terroristischen Aktivitäten jedoch wieder erheblich zu: allein in den letzten sechs Monaten des Jahres wurden 50 Brand- und Sprengstoffanschläge verübt, wobei Anschläge gegen drei Niederlassungen der Firma „International Telephone & Telegraph Corporation“ (ITT) einen Sachschaden von rd. 600 000,— DM verursachten. Am 27. Juli wurde in Berlin und am 6. August in Hamburg je eine Bank überfallen; die Täter raubten insgesamt etwa 300 000,— DM. Der Polizei gelang es, mehrere Terroristen festzunehmen und terroristische Ausrüstungen „Waffen, Munition, Sprengmittel, verschlüsselte Unterlagen, Kfz-Kennzeichen“ sicherzustellen. In Berlin entdeckte sie einen getarnten „Schießkeller“. Mehrere bereits erkannte Terroristen tauchten ebenso unter wie einige Personen, die verdächtig sind, sich an terroristischen Aktivitäten beteiligt zu haben.

In mehreren Fällen bekannten sich anonyme Gruppen, die sich revolutionäre Namen gaben („Oberkommando der Roten Volksarmee“, „Komitee II zur Unterstützung der RAF“, „Revolutionäre Volksarmee“, „Revolutionäre Zelle“) zu terroristischen Anschlägen. Solchen Terrorgruppen gehören auch flüchtige Mitglieder der im Jahre 1972 zerschlagenen Gruppen an.

Die bei den Terrorakten des Jahres 1973 angewandten Methoden ähneln denen der RAF und der „Bewegung 2. Juni“; die neu entstandenen Gruppen haben aber noch nicht deren Wirkung erzielt, sei es weil ihre verbrecherische Intensität geringer oder ihr Aufbau wiederholt durch Exekutivmaßnahmen behindert worden ist.

2.2 Von den sechs namentlich bekannten Mitgliedern der *Baader/Meinhof*-Bande, nach denen 1973 gefahndet wurde, ist am 24. Juli Ronald *Augustin* festgenommen worden. Er kam aus Holland und hatte eine geladene Pistole und falsche Personalpapiere bei sich. Horst *Mahler*, führendes Mitglied der Bande, wurde im Februar wegen gemeinschaftlich schweren Raubes, Gründung einer kriminellen Vereinigung und Beteiligung an ihr zu 12 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Bundesgerichtshof hat die Revision als unbegründet verworfen.

In Untersuchungshaft befindliche Mitglieder der RAF sind verdächtigt, auch aus der Haft heraus den organisatorischen Zusammenhalt von Terroristen aufrechtzuerhalten und deren Ziele und Tätigkeit zu unterstützen.

2.3 Im Sommer wurden weitere Mitglieder der Berliner „Bewegung 2. Juni“ festgenommen. Sie hatten Waffen und falsche Personalpapiere bei sich. Der Rest der Bande ist untergetaucht. Aus dem Geständnis eines Mitgliedes dieser Gruppe geht hervor, daß sie Banküberfälle sowie Brand- und Sprengstoffanschläge verübt und dabei 1972 einen Menschen getötet hat.

2.4 Die gegen drei führende Mitglieder des ehemaligen „Sozialistischen Patientenkollektivs“ (SPK) in Heidelberg verhängten mehrjährigen Freiheitsstrafen sind vom Bundesgerichtshof bestätigt worden. Noch nicht abgeurteilte SPK-Mitglieder leben im Untergrund. Die Nachfolgeorganisation des SPK, das „Informationszentrum Rote Volksuniversität“ (IZRU) in Heidelberg, gegen dessen Mitglieder polizeiliche Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet worden sind, betrieb im Sommer eine Nötigungs- und Diffamierungskampagne gegen Richter und Staatsanwälte. Mitglieder der IZRU werden beschuldigt, einen Sprengstoffanschlag auf einen Richter verübt zu haben.

2.5 Im Oktober wurden zwei Angehörige einer Münchener Anarchistengruppe verhaftet, zu der auch der flüchtige *Jean Asselmeier* gehört. Die Gruppe ist verdächtig, Sprengstoff- und Brandan-

IDIOTIKA

AUS DEUTSCHEN LANDE

ABENDZEITUNG UND DAS GRINSEN
Der Bankrott von Köln

Von Edgar Fauch
 Die Bankrott-Verfahren sind in Köln...
 Die Bankrott-Verfahren sind in Köln...

Die Gangster grinsen frech

Die 128 Uhr verließ der...
 Die 128 Uhr verließ der...
 Die 128 Uhr verließ der...

Zu häßlich

Meer Brief
 Die Zeitung von Westfalen...
 Die Zeitung von Westfalen...

Die Zeitung von Westfalen...
 Die Zeitung von Westfalen...

rülps ZEITUNG FÜR PRAKTISCHE IDIOTIE

Sensationale Enthüllung des Untersuchungsrichters im Valpredo-Verfahren
Die Polizei verwischte die Spuren



Schuh ins Hinterteil

Der Chef des Untersuchungsrichters...
 Der Chef des Untersuchungsrichters...

warus nicht inner so

während die Revolutionäre...

FAUST

SCHLAG-KOMMENTARE



DIH REICHUM DER...
 DIH REICHUM DER...
 DIH REICHUM DER...

1/73
 PREIS: DM 1,50

Gegenbaldrian

EIN DEUTSCHES BEUNRUHIGUNGSMAGAZIN



Dieser ganze Scheiß, als ob die Herrschaft einer bestimmten...
 Dieser ganze Scheiß, als ob die Herrschaft einer bestimmten...



Die Antwort...
 Die Antwort...
 Die Antwort...

Bewaffneter Kampf

Texte der RAF
 Auseinandersetzung
 und Kritik



Dr. Baueug

BOMBEN GEGEN ITT

Die Zeitung von Westfalen...
 Die Zeitung von Westfalen...

Terroristische Schriften

Die Zeitung von Westfalen...
 Die Zeitung von Westfalen...

Erklärung der revolutionären Zelle

schläge auf Münchener Justizangehörige und -gebäude verübt zu haben.

2.6 Besonders „Rote Hilfe“-Gruppen bemühten sich um Solidarität für inhaftierte „Genossen“, insbesondere für Mitglieder der RAF. Größere Aktivität entfalteten dabei die Gruppen in Frankfurt/Main und Berlin.

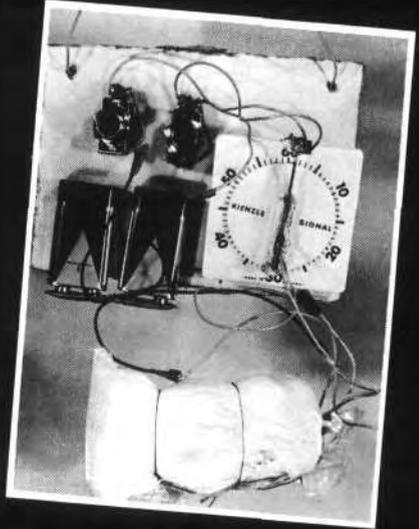
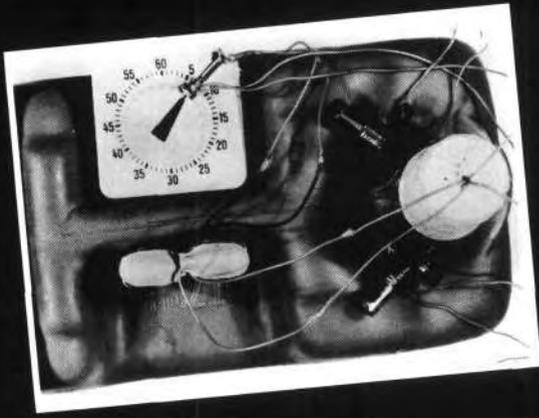
Mitglied der „Roten Hilfen“ und Rechtsanwälte aus „Anwaltskollektiven“ haben im Sommer „Komitees gegen die Folter“ gegründet. Sie versuchten mit der Behauptung, die „politischen“ Gefangenen in deutschen Gefängnissen würden durch „Isolierhaft“ gefoltert und einer „Sonderbehandlung“ unterzogen, die Öffentlichkeit im In- und Ausland zu mobilisieren. Anfang Februar hatten acht Rechtsanwälte, die Mitglieder der RAF verteidigen oder mit ihnen in Verbindung stehen, vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe mit einem Hungerstreik gegen „Isolationsfolter“ demonstriert.

3. Sonstige Gewalttätigkeiten

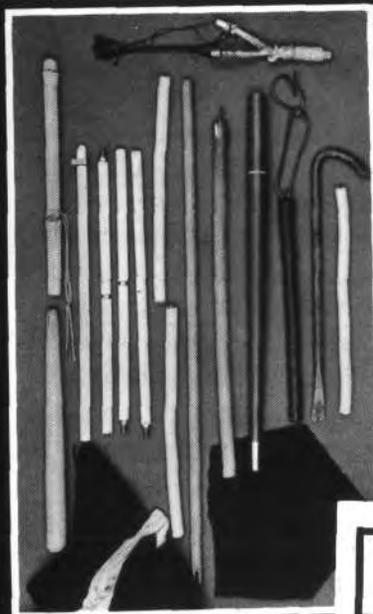
Die Bereitschaft maoistisch orientierter Gruppen der „Neuen Linken“, bei der Durchsetzung politischer Ziele Gewalt anzuwenden, hat angehalten. Das zeigten sowohl ihre gewalttätigen Aktionen an Hochschulen (vgl. Abschnitt VI. 2.3) als auch mit Gewaltakten verbundene Demonstrationen (vgl. Abschnitt VI. 4.2).

Ferner haben auch im Jahre 1973 Gruppen der „Neuen Linken“, gelegentlich unterstützt durch eine größere Anzahl nichtorganisierter Anhänger, in mehreren Städten Fensterscheiben amerikanischer Einrichtungen zertrümmert, Gerichtsverhandlungen gegen Gesinnungsgenossen nachhaltig gestört und Häuser „besetzt“. Die spektakulärsten Aktionen dieser Art fanden im März in Frankfurt (Besetzung des Hauses Kettenhofweg 51) und im April in Hamburg (Besetzung des Hauses Ekhofstraße 39) statt. In Frankfurt kam es bei einer Protestdemonstration gegen die Räumung des besetzten Hauses zu schweren Ausschreitungen, an denen sich zeitweise 2500 Personen beteiligten. Demonstranten griffen die Polizei mit Steinen, Eisenteilen, Bauplatten und Tränengasbomben an. Bei den Ausschreitungen wurden zahlreiche Polizeibeamte und Demonstranten verletzt.

Bei einer weiteren Demonstration von etwa 2500 Anhängern der „Neuen Linken“ gegen „Mietwucher und Bodenspekulation“ Anfang April in Frankfurt kam es ebenfalls zu Gewalttätigkeiten; dabei wurden mehrere Polizeibeamte und ein Journalist verletzt.



Tatwerkzeuge terroristischer Gruppen



Hausbesetzung in Hamburg, Ekhostr. 39 -
sichergestellte Gegenstände

In Hamburg entdeckte die Polizei bei der Räumung eines Hauses (Ende Mai) Nagelbretter, einen spanischen Reiter und Teerblöcke, etwa 25 Molotow-Cocktails, Flugblätter mit dem Titel „Verhalten gegenüber Bullen“ mit „Grundregeln gegen Polizeiterror und Klassenjustiz“; ein Raum des Hauses war als „Einsatzzentrale“ mit einem Funksprechgerät ausgerüstet.

4. Zahlenmäßige Entwicklung der Terror- und Gewaltakte

Die Zahl der bekannt gewordenen Terroranschläge ist im Jahre 1973 mit 70 gegenüber dem Vorjahr (73) nur unwesentlich zurückgegangen. Allerdings verminderte sich die Zahl der Sprengstoffanschläge um fast die Hälfte, während die Zahl der Brandstiftungen – die in der Regel eine geringere kriminelle Energie und technische Fertigkeit als der Einsatz von Sprengmitteln erfordern – sich um fast die Hälfte erhöhte.

Die Zahl der sonstigen Gewaltakte hat sich dagegen gegenüber dem Jahre 1972 fast verdoppelt. Das ist vor allem auf die zunehmende Gewalttätigkeit maoistischer Gruppen bei Straßendemonstrationen und in den Hochschulen zurückzuführen.

Etwa 80 Prozent der Terror- und Gewaltakte richteten sich gegen Universitäten, Polizei und Justizbehörden, amerikanische Einrichtungen und Banken.

Erheblich gesunken ist die Zahl der Gewaltandrohungen, die fast auf den Stand von 1971 zurückgegangen ist. Ziele und regionale Schwerpunkte der Drohungen entsprechen etwa denen der verübten Terror- und Gewaltakte.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Terror- und Gewaltakte sowie der Drohungen mit Gewalt zeigt die nachstehende Übersicht:

	1971	1972	1973
I. Terrorakte			
Mordanschläge	10	2	6
Sprengstoffanschläge	29	36	19
Brandstiftungen	40	29	42
Raubüberfälle	7	6	3
	<hr/> 86	<hr/> 73	<hr/> 70
II. Gewaltakte			
Körperverletzungen	53	41	63
Sachbeschädigungen	76	31	117
Sonstige	152	143	244
	<hr/> 281	<hr/> 215	<hr/> 424

III. Androhung von

Mord und Entführung	15	7	8
Sprengstoff- und Brandanschlägen	158	1 852	182
Sonstigen Gewaltakten	15	35	31
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	188	1 894	221
insgesamt	555	2 182	715

Anmerkung

1. In der Übersicht des Jahresberichts 1972 waren für 1972 die Terror- und Gewaltakte im Hochschulbereich nicht aufgeführt. In der obenstehenden Aufstellung sind alle bekannt gewordenen Terror- und Gewaltakte mit vermutlich linksradikalem Hintergrund erfaßt; die Zahlen für 1972 weichen deshalb von denen ab, die im Jahresbericht 1972 genannt worden waren.
2. In der Übersicht ist jede Terror- und Gewaltaktion nur einmal gezählt. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken I. und II. genannten Vorfälle (z. B. gleichzeitige Körperverletzung und Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerwiegenderen Vorfalles aufgenommen.

VIII. Beurteilung

Der DKP und ihren Hilfsorganisationen ist es, begünstigt durch außen- und innenpolitische Vorgänge, gelungen, weitere Bündnisse mit nichtkommunistischen Gruppen und Personen einzugehen und damit die Basis ihrer politischen Arbeit zu erweitern. Einen Durchbruch haben die orthodoxen Kommunisten aber weder in ihren Aktionseinheits- noch in ihren Volksfrontbestrebungen erzielt. In anderen Schwerpunkten, den Betrieben und Gewerkschaften, stagniert ihre politische Arbeit. Der MSB Spartakus hat dagegen seine Positionen im Hochschulbereich erheblich ausbauen können und damit günstige Voraussetzungen für seine weiteren Aktivitäten unter Studenten geschaffen.

Bei der „Neuen Linken“ haben sich die Konsolidierung der bedeutenderen Gruppen, insbesondere der maoistischen, und ihre organisatorische Konzentration fortgesetzt. Anstrengungen dieser Gruppen, Einfluß in der Arbeiterschaft zu gewinnen, sind aber weiterhin ohne größeren Erfolg geblieben. Auch an den Hochschulen, wo sie wie in Betrieben in scharfer Konkurrenz zu den orthodoxen Kommunisten arbeiten, haben sie Einbußen erlitten. Ihre politische Arbeit innerhalb und außerhalb der Hochschulen war von einer wachsenden Zahl gewaltsamer Aktionen begleitet.

Die latente Bedrohung der Sicherheit durch Aktivitäten von Terrorgruppen hielt an.

Die Spionageabwehr 1973

I. Allgemeine Erfahrungen

Ungeachtet der Bemühungen um Entspannung in Deutschland und Europa setzen die Ostblockstaaten ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten unvermindert fort. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland bevorzugtes Ziel der Ausspähung, insbesondere durch Nachrichtendienste der DDR. Der darin liegenden Gefahr für die Innere Sicherheit gilt es mit allen gebotenen Mitteln zu wehren. Die Abwehrtätigkeit wird dadurch erschwert, daß nach dem Grundgesetz alle Deutschen in der Bundesrepublik Freizügigkeit genießen. Dieser für die Spionageabwehr nachteilige Umstand muß aber im Verhältnis zu dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Deutschen und wegen des höherwertigen Zieles der Wiedervereinigung Deutschlands zurücktreten.

Für die Beurteilung der Lage auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung ist eigentümlich, daß die jeweils vorliegenden Erkenntnisse nur einen Teil der gesamten gegnerischen Tätigkeit auf diesem Gebiet erfassen. Für die Unterrichtung der Öffentlichkeit ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß von den vorliegenden Erkenntnissen aus naheliegenden Gründen wiederum nur ein Bruchteil verwertet werden kann. Aus diesem Grund stützt sich dieser Bericht überwiegend auf die Arbeitsergebnisse der Spionageabwehr, die, auf eine über Jahrzehnte andauernde Beobachtung gestützt, dennoch ein in großen Zügen zutreffendes Bild zu geben vermögen.

II. Übersicht in Zahlen

1. Umfang der erkannten Tätigkeit der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten

1.1 Werbungen und Werbungsversuche

Im Jahre 1973 ging die Zahl der von den Spionageabwehrbehörden erkannten Personen, die von Nachrichtendiensten kommunistischer

Staaten zur Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik aufgefordert waren, geringfügig um etwa 1 % zurück.

Der Anteil der DDR-Nachrichtendienste an den Werbungen ist im Vergleich zu den Vorjahren um ca. 3 % leicht gesunken. Die übrigen Werbungen gingen von den Nachrichtendiensten anderer kommunistischer Staaten aus, wobei vom rumänischen Dienst mehr Werbungen erkannt worden sind als z. B. von denen der UdSSR und der CSSR.

Über zwei Drittel der erkannten Werbungen richtete sich gegen Personen, die zur Zeit der Werbung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) wohnten.

Während von den Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) nur jeder Fünfte für seinen Auftraggeber tätig wurde, betrug dieser Anteil bei den Personen aus der DDR etwas über 50 %. Insgesamt sind aber nur 25 % der Personen, die nach den vorhandenen Erkenntnissen angesprochen worden sind, für die Nachrichtendienste kommunistischer Staaten als Agenten tätig geworden, während etwa 23 % sich zwar zu einer Mitarbeit bereit erklärten, aber nicht tätig wurden. Die meisten (52 %) lehnten eine Spionagetätigkeit ab.

Auch im Jahre 1973 haben über 50 % aller Personen, die erkanntermaßen von Spionagediensten kommunistischer Staaten zur Mitarbeit angeworben werden sollten oder auch für sie gearbeitet haben, sich sofort oder später den Sicherheitsbehörden freiwillig offenbart.

Von diesen „Selbstgestellern“ hatten etwa 82 % eine Mitarbeit von vornherein abgelehnt oder waren trotz einer entsprechenden Verpflichtung nicht tätig geworden; die restlichen Personen hatten vor ihrer freiwilligen Offenbarung Aufträge ausgeführt.

Etwa 30 % der erkannten Werbungen oder Werbungsversuche waren im Jahre 1973 erfolgt, weitere 30 % im Jahre 1972. In den übrigen Fällen lag die Werbung vor dieser Zeit. In etwa 9 % der Fälle sind seit der Werbung acht und mehr Jahre Agententätigkeit vergangen. Das zeigt erneut die teilweise langdauernde nachrichtendienstliche Verstrickung der Betroffenen.

1.2 Aufträge

Die Zahl der 1973 erkannten Spionageaufträge ist um etwa 12 % angestiegen.

Etwa 80 % dieser Spionageaufträge gingen von den Nachrichtendiensten der DDR aus. Über 50 % der Aufträge wurden von den Agenten nicht ausgeführt. Der Anteil der nicht ausgeführten Auf-

träge ist bei den einzelnen Nachrichtendiensten sehr unterschiedlich. Besonders hoch ist er beim polnischen und rumänischen Dienst. Die Bemühungen dieser Nachrichtendienste, überwiegend Aussiedler und Reisende in die Bundesrepublik Deutschland als Agenten zu gewinnen, hatten nur zum Teil Erfolg.

III. Werbungsmethodik

1. Kontaktanlässe

Fast 75 % der Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, die Gegenstand erkannter Werbungen waren, wurden im kommunistischen Machtbereich nachrichtendienstlich angesprochen. In über 80 % dieser Fälle waren Reisen in oder durch die DDR sowie in andere kommunistische Länder der äußere Anlaß der Werbung. Bei den außerhalb des kommunistischen Machtbereichs angesprochenen Personen erfolgte die Anbahnung entweder auf brieflichem Wege – häufig nach Stellengesuchen in einer Zeitung – oder über bereits tätige Agenten.

Bei den Personen aus der DDR und dem übrigen kommunistischen Machtbereich waren zumeist Anträge auf Aussiedlung, Westreisen und Westkontakte Anlaß der nachrichtendienstlichen Ansprache.

Etwa 7,5 % aller Angesprochenen wurden in östlichen Haftanstalten – in aller Regel unter Zusicherung vorzeitiger Haftentlassung – zu nachrichtendienstlicher Tätigkeit aufgefordert.

2. Werbungsmittel

Die Werbungsmittel der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten haben sich gegenüber den vergangenen Jahren nicht geändert. Versprechen und Gewährung von Vorteilen der verschiedensten Art, Ausnutzung ideologischer Gründe, menschlicher Beziehungen sowie Drohungen und Nötigungen in offener und versteckter Form gehören nach wie vor zu den Mitteln, die diese Spionageorganisationen bei ihren Werbungen anwenden.

IV. Führung der Agenten

Im Führungs- und Verbindungswesen waren 1973 keine wesentlichen Änderungen festzustellen.

Treffen – vorzugsweise in Ost-Berlin – standen wieder an erster Stelle. In mehreren Fällen erfolgte die Anreise zum Treffen über

das westliche Ausland. Daneben wurden wie bisher in zahlreichen Fällen Kuriere, tote Briefkästen (TBK), Deckadressen und Geheimschriften der verschiedensten Art sowie der Agentenfunk verwendet. Soweit die Agenten nachrichtendienstlich geschult wurden, lagen die Schwerpunkte bei der Fotografie, der Anwendung latenter Schriften, dem Ver- und Entschlüsseln und der Schulung im Empfang von Funksendungen.

V. Die Ziele der Spionagetätigkeit

Die Spionageaufträge verteilten sich in unterschiedlichem Umfang auf das Gebiet der einzelnen Bundesländer. Schwerpunkte waren die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin (West) und Rheinland-Pfalz.

Das Schwergewicht der gegnerischen Aufträge lag mit etwa je 30 % bei der politischen und militärischen Spionage.

Die Aufträge gegen militärische Ziele richteten sich wiederum besonders gegen die Bundeswehr und die Stationierungstreitkräfte. Ziele der politischen Spionage waren insbesondere: Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes, Notaufnahme- und Flüchtlingsstellen, Universitäten, sonstige Hochschulen sowie Landsmannschaften.

Die Nachrichtendienste der DDR verstärken ihre Bemühungen, Informationen über Flüchtlinge und Fluchtwege aus der DDR zu sammeln. Sie bedienen sich dabei der verschiedensten Mittel und Methoden. Sie haben z. B. versucht, Flüchtlinge durch Nötigung wieder in die DDR zurückzuholen, um sie u. a. über Fluchthelfer befragen zu können. Es wurde auch bekannt, daß sie DDR-Bürger auftragsgemäß „flüchten“ lassen, um so Erkenntnisse über Fluchthelfer und Fluchtwege zu erlangen.

Bei der Wirtschaftsspionage (ca. 10 %) waren Ausspähungsschwerpunkte die Elektroindustrie, die Elektronische Datenverarbeitung sowie die Forschungsstätten der Wirtschaft.

VI. Legale Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland

1. Personelle Besetzung und Anteil der erkannten und vermutlichen Mitarbeiter gegnerischer Dienste

Die Benutzung amtlicher und halbamtlicher Vertretungen im Ausland als nachrichtendienstliche Stützpunkte (legale Residenturen)

wurde auch 1973 von den Nachrichtendiensten kommunistischer Staaten praktiziert.

In der Bundesrepublik Deutschland waren am 31. Dezember 1973 bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungen, Handelsvertretungen, Unternehmen der See- und Binnenschifffahrt, den staatlichen Fluggesellschaften, Touristikunternehmen, Reisebüros und Presseagenturen der Staaten des kommunistischen Machtbereichs – ohne Jugoslawien – insgesamt 657 Personen aus den Entsenderstaaten beschäftigt (1972: 533). Die Sowjetunion ist dabei mit 216 (1972: 209) Mitarbeitern am stärksten vertreten. 104 (1972: 76) polnische, 79 (1972: 68) rumänische, 72 (1972: 63) ungarische, 71 (1972: 70) tschechoslowakische, 60 (1972: 47) bulgarische und 55 (1972: –) chinesische Staatsangehörige arbeiten bei den Botschaften, Handels- und anderen Vertretungen dieser Länder. Was Jugoslawien angeht, so sind in dessen Botschaft und zahlreichen konsularischen Vertretungen 189 (1972: 168) jugoslawische Staatsangehörige tätig.

Der Anteil der erkannten und vermutlichen Angehörigen gegnerischer Dienste unter den Mitarbeitern dieser Vertretungen ist bei den einzelnen Ländern und Einrichtungen weiterhin sehr unterschiedlich. Er bewegt sich zwischen 0,5 % und 40 % (1972: zwischen 6 % und 40 %).

Wegen der ständigen Veränderungen und der hohen Dunkelziffer auf diesem Gebiet ist eine exakte Angabe der Zahl nachrichtendienstlich tätiger „Diplomaten“ nicht möglich.

2. Nachrichtendienstliche Tätigkeit eines sowjetischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik

Im Jahre 1973 kehrte ein Sowjetbürger mit Dienstsitz in der Bundesrepublik Deutschland in die Sowjetunion zurück. Anlaß für seine vorzeitige Abberufung war die Beobachtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), daß der Betreffende in der Bundesrepublik Deutschland nachrichtendienstliche Tätigkeiten verrichtete, insbesondere auch im Wege konspirativer Agentenführung.

Er war bereits von 1963 bis 1966 in der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Ab 1970 wurde er zum zweiten Mal in der Bundesrepublik eingesetzt. Schon bei seinem ersten Aufenthalt in der Bundesrepublik war er jedoch in Verdacht geraten, nachrichtendienstlich tätig zu sein, ohne daß ein Beweis hätte erbracht werden können.

Als im Oktober 1971 der sowjetische Überläufer Lyalin den Mann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als tätigen KGB-

Offizier bezeichnete, intensivierte das BfV seine Überwachung. Die eingeleiteten Maßnahmen ergaben, daß es sich um einen geschul-ten Offizier des sowjetischen Nachrichtendienstes handelt, der seine nachrichtendienstliche Tätigkeit mit allen Mitteln der Tarnung abzusichern pflegte.

Sein Interesse galt in erster Linie politischen Informationen aus der CDU, vor allen Dingen der Haltung der CDU zu Fragen der deut-schen Ostpolitik.

Außerdem interessierte er sich für die Annäherung der Bundes-republik an Rotchina und die Auffassung der Bundesrepublik zur Aufnahme Rotchinas in die UNO.

Als Gegenleistung bot er einem von ihm betreuten Agenten neben Geld und Geschenken eine kostenlose Reise in die Sowjetunion und Eintrittskarten für die Olympischen Spiele in München an.

3. Versuchte Anwerbung in der Polnischen Botschaft

Im Bericht über die Spionageabwehr 1972 war darauf hingewiesen worden, daß ein in der Rumänischen Botschaft tätiger Mitarbeiter des rumänischen Nachrichtendienstes sich bemühe, nachrichten-dienstliche Kontakte zu Flüchtlingen oder deutschstämmigen Aus-siedlern zu bekommen. In vielen Fällen hatte er an die Bestrebun-gen dieser Personen angeknüpft, auf die rumänische Staatsange-hörigkeit zu verzichten.

1973 wurde bekannt, daß auch in der Polnischen Botschaft Flücht-linge den Anwerbungsversuchen polnischer Nachrichtendienste ausgesetzt sind.

Ein Flüchtling, der sich an die Botschaft gewandt hatte, um den Verzicht auf die polnische Staatsangehörigkeit zu erklären, wurde als Gegenleistung für die Bearbeitung des Ausbürgerungsantrages zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit aufgefordert.

VII. Anwerbungsmethoden der DDR-Nachrichtendienste

1. Allgemeines

Die Nachrichtendienste der DDR nutzen weiterhin jede sich bie-tende Gelegenheit zur Agentenwerbung aus. Insbesondere be-mühen sie sich, solche Personen ausfindig zu machen, die quali-fiziert genug sind, später in nachrichtendienstlich interessante Ziel-objekte eingeschleust zu werden. Dabei bevorzugen sie Personen, von denen aufgrund ihrer Ausbildung zu erwarten ist, daß sie durch

gute Zugänge wichtige wissenschaftliche oder militärische Erkenntnisse liefern können (z. B. Naturwissenschaftler, Techniker, Offiziere), oder die in staatliche oder politische Stellungen gelangen werden (z. B. Juristen, Wirtschaftswissenschaftler, Politologen). Typisch für derartige Einschleusungen ist die Planung auf lange Sicht (Perspektivkandidaten). Die Vorbereitung eines derartigen Einsatzes kann sich über Jahre erstrecken. Sie erfordert oft einen großen finanziellen Aufwand.

Forschungs-, Anbahnungs- und Werbungsverfahren sind der Absicht angepaßt, qualifizierte Agenten zu gewinnen und einzusetzen. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die veränderte Methodik bei brieflichen Anbahnungen gesehen werden. Wie bereits im vergangenen Jahr erkannt, sind die DDR-Nachrichtendienste von Massen-Briefaktionen zu gezielten Briefanbahnungen übergegangen. Sie wenden sich überwiegend an Personen, von denen aufgrund ihres Berufs, ihres Arbeitsplatzes und ihres derzeitigen oder späteren Zugangs wertvolle Informationen zu erwarten sind.

Ähnlich verhält es sich bei Werbungen unter „falscher Flagge“, bei denen der Werber einen falschen Auftraggeber vorschreibt. Für die Führung eines Perspektivkandidaten ist es besonders wichtig, ein Vertrauensverhältnis zwischen Führungsoffizier und Agent herzustellen. Dieses Vertrauensverhältnis kann meist nur langsam aufgebaut werden. Daher versuchen die Nachrichtendienste, den Angeworbenen möglichst lange über den wahren Auftraggeber und die eigentliche Art der Tätigkeit im Unklaren zu lassen. Diese Art der Anwerbung ist nicht auf briefliche Anbahnungen beschränkt. Sie wird häufig auch bei persönlichen Ansprachen praktiziert.

Bei Ansprachen im kommunistischen Machtbereich werden oft folgende Einrichtungen oder Personenkreise zur Täuschung vorgeschoben:

- „Meinungsforschungsinstitut“
- „Institut für Industrieforschung“
- „Amt für gesamtdeutsche Fragen“
- „Hochschulbeauftragte“
- „Journalisten“
- „Nationale Front“.

Zur weiteren Untermauerung der Legenden dienen Briefbögen mit gedruckten Briefköpfen von Scheinfirmen.

Im Westen geben sich die Werber häufig als Mitarbeiter westlicher Institutionen oder sogar westlicher Nachrichtendienste aus. Dies geschieht insbesondere, wenn zu befürchten ist, daß der Angeworbene aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit oder persönlichen Ein-

stellung Reisen oder Kontakte in den kommunistischen Machtbereich ablehnen könnte. In den letzten Jahren sind z. B. folgende Institutionen bekanntgeworden:

„Mitarbeiter eines UNO-Instituts“

„Meinungsforschungsinstitut EMNID“

„Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Französischen Nationalen Verteidigungsrates“

„Britischer Secret Intelligence Service“

„Mitarbeiter des französischen Nachrichtendienstes“

„Royal Institut of International Affairs“

„Britischer Secret Service“.

Die Anwerbung und Führung akademisch vorgebildeter Agenten stellt an die Mitarbeiter der Nachrichtendienste erhöhte Anforderungen. Insbesondere, wenn die Anwerbung unter „falscher Flagge“ erfolgt, muß der Werber zumindest über gewisse Fachkenntnisse verfügen, um nicht von Anfang an unglaubwürdig zu erscheinen. Die DDR-Nachrichtendienste setzen daher in zunehmendem Maße auch als „Werber“ und „Kuriere“ akademisch gebildete Mitarbeiter ein, die zu ihrer eigenen Sicherheit und der des Agenten mit vorzüglich gefälschten Personaldokumenten ausgerüstet sind und bei einer Festnahme nur sehr schwer überführt werden können.

2. Einzelne Methoden

2.1 Briefliche Anbahnungsversuche der DDR-Nachrichtendienste nach Zeitungsanzeigen

Ausgangspunkt von etwa 18% der brieflichen Anbahnungen durch DDR-Nachrichtendienste waren Zeitungsanzeigen, in denen Bundesbürger eine Nebenbeschäftigung suchen oder die einen Hinweis auf interessante Zugangsmöglichkeiten enthalten.

In mehreren Fällen erhielten Bewohner des Bundesgebietes auf entsprechende Zeitungsinserate Zuschriften von DDR-Nachrichtendiensten. Diese Briefe wurden fast alle in Berlin (West) aufgegeben. Durch unkorrekte Absenderangaben wurde zum Teil bei den Empfängern, die mit den Verhältnissen in Berlin nicht vertraut waren, der Eindruck erweckt, der Absender wohne in Berlin (West).

Auch unter den bereits in den vergangenen Jahren bekannt gewordenen Legenden „Zentralstelle für Bild- und Informationsaustausch (ZEBI)“ und „Internationale Werbe- und Vermittlungsagentur (INTER WEVAG)“ setzten die DDR-Nachrichtendienste ihre Werbungsversuche fort.

2.2 Verwendung von Scheinfirmen

Seit Jahren spielen bei der Anwerbung unter „falscher Flagge“ „Scheinfirmen“ eine große Rolle. Eine solche Scheinfirma dürfte auch das „Ingenieurbüro Hartmut Lorenz, Dresden-Berlin“ sein. Seit Dezember 1972 sind mehrere Versuche eines DDR-Nachrichtendienstes bekanntgeworden, Bundesbürger unter der Legende der Mitarbeit für dieses „Ingenieurbüro“ als Agenten anzuwerben. Auffällig ist, daß diese Legende nicht nur bei Anbahnungen auf brieflichem Wege in die Bundesrepublik, sondern auch bei persönlichen Werbungsversuchen in der DDR benutzt wird, wie durch mehrere Fälle bekannt wurde. Die Anbahner passen sich durch Vortäuschung unterschiedlicher Aufgabenstellungen ihres „Büros“ an die beruflichen Möglichkeiten der Zielpersonen an. Sie traten bisher unter den Namen „Dieter Roscher“, „Jochen Schöpke“ und „Eichberg“ auf.

2.3 Anbahnung von Studenten als „Perspektivkandidaten“

Studenten sind bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich in erhöhtem Maße nachrichtendienstlichen Anwerbungsversuchen ausgesetzt, da sie besonders zur Anwerbung als Perspektivkandidaten geeignet sind. Auch in diesen Fällen erfolgen die Anwerbungen häufig unter „falscher Flagge“ und mit dem Ziel, die Agenten durch „Probeaufträge“ zunächst zu binden. Hinweise auf diesen Personenkreis entnehmen die DDR-Nachrichtendienste den Berufsangaben der Reiseanträge. Aber auch Verstöße gegen Gesetze und Vorschriften der DDR sind häufig Anlaß einer nachrichtendienstlichen Ansprache.

Durch den Einsatz akademisch vorgebildeter Mitarbeiter als Werber, Kuriere oder Instruktoren, gelingt es den DDR-Nachrichtendiensten immer häufiger, Studenten auch in der Bundesrepublik anzuwerben. Diese Mitarbeiter halten sich zum Teil unter der Abdeckung, wissenschaftliche Studien zu betreiben, längere Zeit mit gefälschten Pässen im Bundesgebiet und im westlichen Ausland auf.

2.4 Anwerbung eines Perspektivkandidaten unter der Legende „Tätigkeit für den Secret Service“

Welch großen Aufwand die gegnerischen Nachrichtendienste treiben, um eine Legende aufzubauen und über lange Zeit aufrechtzuerhalten mit dem Ziel, einen Agenten in ein bestimmtes Objekt einzuschleusen, zeigt folgender Fall:

Am 24. Juli 1973 ist der Instrukteur eines DDR-Nachrichtendienstes auf dem Wege zum Treff mit einem Sachbearbeiter beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA), den er als Agenten betreute, wegen Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit festgenommen worden.

Der von ihm geführte Agent hat über seine Agententätigkeit folgende Angaben gemacht:

Etwa 1963 habe er während seiner Sprachstudien in Paris einen Peter Thiers kennengelernt, der sich als Schweizer Ingenieur ausgegeben habe. Im Sommer 1963 habe Thiers ihn gebeten, bei einem Gespräch mit einem Herrn vom „Secret Service“ als Zeuge anwesend zu sein. Bei diesem Gespräch sei er ebenfalls zur Mitarbeit für den „Secret Service“ geworben worden und habe einen Vorschuß von DM 800,— erhalten. Im August 1964 habe er für den „Secret Service“ einen konspirativen Treff in Ost-Berlin durchgeführt. Ab Herbst 1964 habe er seine Sprachstudien in Bonn fortgesetzt und sich in der Folgezeit mehrfach mit Thiers in Bonn und Köln getroffen. Im Herbst 1965 habe ein neuer Verbindungsmann „Fred“ die Führung übernommen. „Fred“ habe ihm vorgeschlagen, das Abitur nachzuholen, zu studieren und sich als Beamter des höheren Dienstes bei einer Bundesdienststelle zu bewerben.

Auftragsgemäß, jedoch vergeblich, habe er sich beim Bundeskanzleramt, beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und beim Bundesministerium der Verteidigung beworben. Im Oktober 1966 habe ihn das BPA angestellt. Er habe in der Folgezeit u. a. einen Organisationsplan, Nachrichtenspiegel und Charakteristiken über Mitarbeiter geliefert. An nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln habe er eine Aktentasche mit Geheimfach und eine Kamera Marke „Edixa Reflex B“ erhalten.

Während eines Urlaubs in Finnland im Sommer 1968 habe „Fred“ ihm den „zweiten Chef vom Secret Service, Peddersen“ vorgestellt. Im Herbst 1970 habe ein „Hammer“ die Betreuung übernommen. Von ihm habe er einen Aschenbecher erhalten, in dem eine Minox-Kamera versteckt war. Im Frühjahr 1972 habe er in einem Hotel in Helsinki einen „Oberst Petersen“ kennengelernt. Dieser habe ihn darüber aufgeklärt, daß er nicht für den „englischen Secret Service“, sondern für die DDR arbeite und ihn bedrängt, sich wieder um eine Anstellung beim Bundeskanzleramt zu bemühen. Für den Fall einer Anstellung beim Bundeskanzleramt werde er eine Prämie von DM 10 000,— erhalten.

VIII. Überwachung von Touristen durch den rumänischen Nachrichtendienst

Ein Rumäne, der Ende 1972 in die Bundesrepublik Deutschland flüchtete, hat erneut die umfassende Überwachung westlicher Touristen durch den rumänischen Nachrichtendienst Securitate bestätigt.

Er habe seit 1959 der Direktion des Touristenamtes in Mamaia angehört und sei seit 1968 bis zu seiner Flucht als Chefreiseleiter tätig gewesen. Während der Hauptsaison habe er 100–120 rumänische Reiseleiter unter sich gehabt und etwa 30 westdeutsche Reiseleiter betreut.

Kein rumänischer Reiseleiter könne eine Zusammenarbeit mit dem rumänischen Nachrichtendienst vermeiden. Jeder sei verpflichtet, der Securitate Informationen über die von ihm geleitete Reisegruppe zu liefern. Die Aufträge würden im allgemeinen auch ausgeführt, weil für die Betroffenen eine Zwangssituation entstehe. Der Sicherheitsdienst entscheide über eine Weiterbeschäftigung des Reiseleiters im folgenden Jahr mit.

Auch er habe vom Beginn seiner Tätigkeit als Reiseleiter (1959) bis zu seiner Flucht Kontakte zur Securitate gehabt. Er sei verpflichtet worden, von ihm betreute Touristen sowie einheimische und ausländische Reiseleiter zu überwachen. Die Securitate habe sich für die politische Einstellung, alle Kontakte und auffälliges Benehmen der einzelnen Reisenden interessiert.

Seit 1970 sei er als Lehrer zur Aus- und Weiterbildung von Reiseleitern herangezogen worden. Die Kurse hätten durchschnittlich 8–14 Tage gedauert und seien meistens mit dem Vortrag eines Mitarbeiters der Securitate abgeschlossen worden. In diesen Abschlußvorträgen seien die Reiseleiter nochmals ausdrücklich auf ihre Aufgaben im Rahmen der „Staatssicherheit“ hingewiesen und an ihre Pflicht erinnert worden, über ungewöhnliches Verhalten von Touristen zu berichten.

Nach den Angaben des Reiseleiters ist seit 1970 jeder rumänische Staatsangehörige durch Gesetz verpflichtet, alle Kontakte zu Ausländern der Securitate zu melden. Damit ist eine der Voraussetzungen für eine fast lückenlose Überwachung der Touristen geschaffen. Sie beginnt mit der Kontrolle bei der Einreise und wird bis zur Ausreise fortgesetzt. Erfahrungsgemäß sind nicht nur Reiseleiter für die Securitate tätig, sondern diese Stelle setzt auch Personen als Informanten ein, die in Auskunftsbüros, bei Reparatur-

werkstätten, Tankstellen und vor allem in Hotels und Pensionen beschäftigt sind.

IX. Nachrichtendienstliche Verpflichtungen von Aussiedlern aus osteuropäischen Staaten

Die Anwerbung von Aussiedlern durch Geheimdienste kommunistischer Staaten hielt auch im Berichtsjahr an. Besonders hoch ist der Anteil der nachrichtendienstlichen Verpflichtungen bei den Aussiedlern aus Rumänien. In fast allen Fällen wurden die Aussiedler nach Stellung des Aussiedlungsantrages zum rumänischen Geheimdienst bestellt, wo häufig zunächst versucht wurde, sie von ihrer Absicht, in die Bundesrepublik überzusiedeln, abzubringen. Werbungsmittel waren etwa die Zusage der Beschleunigung der Ausreiseformalitäten, die Genehmigung späterer Besuchsreisen, aber auch die Androhung, den Ausreiseantrag abzulehnen.

Ähnlich wurden auch die Aussiedler aus der Sowjetunion und Polen unter Druck gesetzt. Berücksichtigt man insbesondere bei den Aussiedlern aus Polen, daß die ersten Bemühungen um Aussiedlung häufig bis zu 15 Jahren zurückliegen, so wird verständlich, daß diese Personen dem Druck der Nachrichtendienste nachgeben, um endlich die Ausreisegenehmigung zu erhalten.

X. Kernforschung in der Bundesrepublik als Ziel

In der Wirtschaftsspionage gegnerischer Dienste stehen die Atomforschungszentren in Karlsruhe und Jülich seit deren Entstehen im Mittelpunkt des Interesses.

Neben Informationen allgemeiner Art interessieren sich die gegnerischen Nachrichtendienste insbesondere für die Bereiche

Reaktorwerkstoffe,
Reaktorenentwicklung,
Mengen der gewonnenen atomaren Stoffe,
Gaszentrifugenanlage.

Bei den Nachrichtendiensten der DDR ist in erster Linie die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS Abt. V für die Ausspähung der Atomforschungszentren zuständig. Zu ihren Aufgaben gehört die Beschaffung von wissenschaftlichen und technischen Daten aus allen Nationen außerhalb des kommunistischen Machtbereichs.

Besonderer Nachdruck wird auf die Beschaffung von Informationen auf dem Gebiet der Atomenergie, der atomaren Waffen und auf neue Entwicklungen auf den Gebieten der Physik und der Chemie gelegt.

Auch der militärische Nachrichtendienst der DDR interessiert sich für die Atomforschung im Rahmen eigener Ausspähung auf dem Wirtschaftssektor.

Die übrigen Nachrichtendienste kommunistischer Staaten haben, wie die DDR-Nachrichtendienste, in ihren Zentralen Einrichtungen, die besonders mit der Ausspähung der Atomkernforschung und den Entwicklungen auf diesem Gebiet betraut sind.

Beim sowjetischen Nachrichtendienst (KGB) unterhält z. B. die Abteilung Wissenschaft und Technik bei allen Botschaften eigene Abteilungen, die für die Beschaffung von Informationen über die neuesten Entwicklungen und Forschungsarbeiten auf allen Gebieten der Wissenschaft zuständig sind.

Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang Austauschwissenschaftler aus Staaten des kommunistischen Machtbereichs, vornehmlich aus der UdSSR.

Die Einschleusung des Mikroelektronikers Dipl.-Ing. Harald *Gottfried* in das KFZ-Karlsruhe war ein Fall von größerer Bedeutung. Die Nachrichtendienste kommunistischer Staaten versuchen seitdem immer wieder, Informationen über das KFZ zu erlangen.

Ein weiterer Schwerpunkt der gegnerischen Ausspähung ist die KFA Jülich mit ihren angeschlossenen Objekten. Hier begann die Ausspähung unmittelbar mit den ersten baulichen Maßnahmen im Jahre 1958 und setzte sich bis heute fort. In etwa 80 % aller Fälle konnten DDR-Nachrichtendienste als Führungsstelle identifiziert werden.

In den übrigen Fällen der vergangenen Jahre sind zu etwa gleichen Teilen sowjetische, polnische und tschechoslowakische Nachrichtendienste als Auftraggeber erkannt worden.

XI. Ansprache von Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich

Etwa 60 % der aus dem Bundesgebiet – einschließlich Berlin (West) – angesprochenen Personen, darunter 15 % Angehörige des öffentlichen Dienstes, wurden bei Reisen in oder durch den kommunistischen Machtbereich der Werbung eines gegnerischen Dienstes ausgesetzt. Rund 92 % der Angehörigen des öffentlichen Dienstes

wurden von Nachrichtendiensten der DDR, die restlichen von tschechoslowakischen und sowjetischen Nachrichtendiensten angesprochen. Über 50 % der Ansprachen erfolgte 1973, 25 % 1972, der Rest lag vor dieser Zeit.

Auffallend ist die relativ hohe Zahl der angesprochenen Polizeibeamten (über 25 %). In etwa 90 % der Fälle waren private Ostreisen der Kontakthanlaß. Die restlichen Personen wurden bei Kontrollen in Ost-Berlin angesprochen. Ca. 90 % der Angesprochenen haben sich sofort nach Rückkehr in die Bundesrepublik offenbart.

Rund 13 % der Angehörigen des öffentlichen Dienstes wurden für den Auftraggeber tätig. Die Anwerbungen gingen in diesen Fällen bis auf das Jahr 1963 zurück.

Außer diesen eindeutig erkannten Werbungen und Werbungsversuchen wurde fast die gleiche Anzahl von Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei Reisen in oder durch den kommunistischen Machtbereich mit vermutlich nachrichtendienstlichem Hintergrund befragt. In diesen Fällen waren fast 60 % der Betroffenen Polizeibeamte.

XII. Verurteilungen

Im Jahre 1973 wurden in der Bundesrepublik 31 Personen wegen Landesverrats, geheimdienstlicher Tätigkeit oder sicherheitsgefährdenden Nachrichtendienstes verurteilt (1972 waren es 48, 1971 47 Personen).

Verurteilt wurden:

- 7 Personen durch das Oberlandesgericht Celle
- 6 Personen durch das Oberlandesgericht Düsseldorf
- 3 Personen durch das Bayerische Oberste Landesgericht
- 3 Personen durch das Oberlandesgericht Schleswig
- 3 Personen durch das Oberlandesgericht Stuttgart
- 2 Personen durch das Oberlandesgericht Koblenz
- 2 Personen durch das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg
- 1 Person durch das Oberlandesgericht Frankfurt/Main
- 1 Person durch das Kammergericht Berlin
- 1 Person durch das Landgericht Flensburg
- 1 Person durch das Landgericht Lüneburg
- 1 Person durch das Landgericht Köln.

Von den Verurteilten hatten 27 Personen Beziehungen zu einem DDR-Nachrichtendienst, 3 zu einem sowjetischen Nachrichtendienst und 1 Person zu einem bulgarischen Nachrichtendienst.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern 1973

I. Allgemeine Erfahrungen

1. Internationaler Terrorismus

Die konspirativ arbeitenden Gruppen des palästinensischen Widerstandes haben ihre Terrorakte gegen Ziele in Westeuropa im Jahre 1973 fortgesetzt. Ihre Vorhaben scheiterten jedoch überwiegend an der Wachsamkeit der zuständigen in- und ausländischen Sicherheitsorgane. Weder diese Fehlschläge noch die Einstellung größerer Kampfhandlungen im arabisch-israelischen Krieg mit dem Ziel einer friedlichen Lösung des Nahost-Konfliktes haben aber bisher dazu beigetragen, die palästinensischen Geheimbünde zum Verzicht auf internationalen Terror zu veranlassen. Das Massaker eines palästinensischen Terrortrupps vom 17. Dezember 1973 auf dem Flughafen in Rom sowie die anschließende Geiselnahme und Entführung einer Lufthansa-Maschine haben vielmehr bewiesen, daß weiterhin mit politisch motivierten Gewalttaten schwerster Art gerechnet werden muß (vgl. Abbildung 1).

Terroristische Ziele verfolgten auch einige konspirative Zellen griechischer, italienischer und türkischer Linksextremisten. Entsprechende Tendenzen wurden darüber hinaus erneut unter den im Bundesgebiet lebenden kroatischen Nationalisten und ihren politischen Gegnern erkannt.

2. Politisch extreme Ausländerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland

a) Entwicklungstendenzen

Zum weitaus überwiegenden Teil treten die politisch extremen Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland offen auf. Konspirativer Techniken bedienen sich lediglich einige linksextreme Gruppierungen, die in ihren Heimatländern verboten sind oder ihre Tätigkeit im Bundesgebiet zumindest teilweise vor den deutschen Behörden geheimzuhalten suchen. Dies gilt besonders für die moskautreuen kommunistischen Parteien Griechenlands und Spaniens sowie für einige Zusammenschlüsse ausländischer Maoisten auf deutschem Boden.

Die kommunistischen Parteien sowjetischer Prägung haben ihr Organisationsnetz auf deutschem Boden weiter ausbauen können. Die Ergebnisse der Mitgliederwerbung blieben indes hinter den Erwartungen der Führungskader zurück. Relativ häufig lehnten Sympathisanten kommunistischer Ausländergruppen die ihnen angetragene Parteimitgliedschaft mit dem Hinweis ab, ihre beruflichen und sozialen Interessen würden während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland hinreichend von den hiesigen Gewerkschaften, Betreuungsstellen und Ausländerbeiräten sowie durch die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) vertreten, die inzwischen auch Gastarbeitern offenstünde. Im übrigen haben Verluste durch Abwanderung von Mitgliedern und ihren Wohnsitzwechsel innerhalb des Bundesgebietes dazu beigetragen, daß die Gesamtstärke der ausländischen orthodox-kommunistischen Parteien im Berichtsjahr nur geringfügig gestiegen ist. Rückschläge haben die von ausländischen moskautreuen Kommunisten gesteuerten Betreuungsorganisationen für „Gastarbeiter“ hinnehmen müssen.

Nach wie vor liegen die Schwerpunkte der kommunistischen Agitation im Hochschulbereich sowie in den Ausländerwohnheimen und Betrieben. Gerade dort stoßen die orthodoxen Kommunisten aber auf die wachsende Konkurrenz maoistischer und anderer Gruppen der ausländischen „Neuen Linken“, die ihnen die Führungsrolle im Kampf gegen „Imperialismus, Faschismus, Ausbeutung“ und das Ausländergesetz mit zunehmendem Erfolg streitig machen.

Die ausländische „Neue Linke“ in der Bundesrepublik Deutschland besteht im wesentlichen aus linksrevolutionären Gruppierungen von Italienern, Griechen, Türken, Arabern und Iranern. Sie stimmen in der Forderung überein, die politischen Verhältnisse in ihren Heimatländern im Sinne der von ihnen vertretenen Ideologien gewaltsam zu verändern. Als erklärte Feinde einer freiheitlich demokratischen Rechts- und Staatsordnung neigen sie zu sicherheitsgefährdenden Aktivitäten.

Insbesondere die maoistischen Gruppen haben an Zahl und politischer Wirkung gewonnen. Hier zeigen sich steigende Tendenzen zur Solidarisierung mit in- und ausländischen Gesinnungsfreunden sowie Ansätze zu einer Klassenkampfstrategie, die im Bundesgebiet darauf abzielt, soziale Konflikte zu verschärfen, das Ansehen der deutschen Gewerkschaften bei den „Gastarbeitern“ zu untergraben, eigene Vertrauensmänner in möglichst viele Betriebe einzuschleusen und so die Voraussetzung für weitere politisch radikale Aktionen zu schaffen. Nach den Erkenntnissen der Sicherheits-

organe haben Aktivisten der ausländischen „Neuen Linken“ im Sommer 1973 eine führende Rolle bei einigen wilden Gastarbeiterstreiks in der metallverarbeitenden Industrie gespielt.

Die Lage der Vereinigungen ausländischer Nationalisten und Rechtsextremisten wird durch starke Mitgliederverluste und zunehmende Inaktivität des verbleibenden Anhangs gekennzeichnet. Nur die türkischen Gruppierungen haben ihren zu Beginn des Jahres erreichten Organisations- und Mitgliederstand halten können. Besonders hoch waren die Einbußen bei den Italienern und Griechen. Ihre nationalistischen Organisationen verloren im Verlauf des Jahres fast die Hälfte der Anhängerschaft. Im gleichen Zeitraum sind acht Vereinigungen italienischer und griechischer Nationalisten erloschen bzw. politisch radikal nicht mehr in Erscheinung getreten. Mangelnde Einsatzbereitschaft der Funktionäre und ihre Unfähigkeit, sich für die beruflichen und sozialen Belange ihrer Landsleute im Bundesgebiet wirksam einzusetzen sowie ein beträchtlicher Rückgang der finanziellen Zuschüsse aus den Heimatländern dürften für diese Entwicklung ausschlaggebend gewesen sein.

b) Zielgruppen

Die Zahl der im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin gemeldeten ausländischen Arbeitskräfte ist in der Berichtszeit von 2,35 auf rd. 2,6 Millionen gestiegen (vgl. Bildtafel 2). Mindestens weitere 1 ½ Millionen Ausländer leben in unserem Land als Familienmitglieder von „Gastarbeitern“, politische Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Emigranten und Studenten. Hinzu kommt die Gruppe der sogenannten „Illegalen“, die in der Bundesrepublik Deutschland ohne Aufenthaltsberechtigung und Arbeitserlaubnis berufstätig sind. Sie entziehen sich der behördlichen Erfassung. Ihre Zahl ist daher unbekannt.

Es liegt auf der Hand, daß dieser starke Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung das natürliche Operationsfeld aller ausländischer Extremistengruppen ist.

Unter den an deutschen Hochschulen und Universitäten studierenden Ausländern aus autoritär regierten Staaten, Entwicklungsländern und den Krisengebieten des Nahen Ostens hat linksextreme Agitation ein relativ starkes Echo gefunden. So setzen sich die Kader der maoistischen Gruppierungen zur Zeit überwiegend aus Studenten und jungen Akademikern zusammen. Daneben haben die „illegalen“ Arbeitnehmer wegen ihrer sozialen Schwierigkeiten

eine gewisse Anfälligkeit für linksrevolutionäre Ideologien erkennen lassen. Ähnliches gilt für die Heranwachsenden aus solchen Gastarbeiterfamilien, die im Bundesgebiet in besonders ungünstigen Verhältnissen leben. Chancen hat der politische Radikalismus von rechts und links nach aller Erfahrung auch bei den Angehörigen von Volksgruppen, die in ihren Heimatgebieten benachteiligt sind, verfolgt werden oder – wie etwa die „Palästinenser“ – um die Verwirklichung nationaler Ansprüche ringen.

Schon in den Vorjahren hatten die ausländischen Extremisten die Erfahrung gemacht, daß die Radikalisierung größerer Teile der Gastarbeiterschaft wegen der bei diesen bestehenden politischen Zurückhaltung außerordentlicher Anstrengungen bedarf. Dennoch haben sie ihre Versuche, sich in der Gastarbeiterschaft eine Massenbasis für radikale Aktivitäten zu schaffen, unter Einsatz erheblicher Propagandamittel unvermindert fortgesetzt. Dabei nutzten sie die sozialen Konflikte ihrer Landsleute und ihre nach längerem Aufenthalt auf deutschem Boden zunehmende sozialkritische Haltung aus, um eine Klassenkampfsituation zu erzeugen. Nach wie vor ist aber die Bereitschaft der Gastarbeiter gering, sich während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland politisch extrem zu betätigen. Das ist nicht zuletzt auf die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung ausländischer und deutscher Arbeiter sowie die Betreuungsmaßnahmen der Sozialpartner und Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zurückzuführen.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen

Schon in den Vorjahren war das Bild des ausländischen Extremismus im Bundesgebiet ständigen Veränderungen unterworfen. Relativ häufig waren neue örtliche Zusammenschlüsse entstanden, und zahlreiche der bestehenden Vereinigungen entwuchsen radikalen Einflüssen oder erloschen nach kurzer Zeit. Diese Tendenz bestand auch 1973 fort. So haben sich im Laufe des Jahres 40 Vereinigungen aufgelöst oder die Verfolgung radikaler Ziele aufgegeben. Im gleichen Zeitraum traten 33 Gruppierungen neu auf. Ende 1973 erkannten die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 226 Ausländervereinigungen auf deutschem Boden, die nach ihren Zielen oder aufgrund des Verhaltens ihrer Anhänger als sicherheitsgefährdend beurteilt werden müssen.

Die konspirativ tätigen Ausländergruppen gingen – soweit erkennbar – von 42 auf 36 zurück. Einige von ihnen entfalteten terroristische Aktivitäten. Bei den restlichen 190 Gruppen handelt es sich um 26 Studenten- und Jugendorganisationen, 87 politisch extreme „Betreuungsorganisationen“ für ausländische Arbeitnehmer und 77 Oppositionsgruppen mit unterschiedlichen Zielen.

Statistik des Organisationsstandes ausländischer Extremistengruppen im Bundesgebiet

Nationalität	Zahl der Organisationen		Regionale Zweiggruppen		Mitglieder u. aktive Anhänger	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Ostmigration und Jugoslawien	30	32	92	85	5 000	3 100
Spanien, Portugal	78	81	194	170	8 500	6 200
Italien	22	21	204	215	12 000	12 200
Griechenland	38	30	319	290	31 500	22 200
Türkei	17	17	95	69	3 800	4 900
Iran	8	8	34	38	800	850
Palästinenser	9	11	55	52	2 200	1 050
Sonstige Staaten	29	20	67	64	1 200	900
International	2	6	5	20	–	1 000
Insgesamt:	233	226	1 065	1 003	65 000	52 400

Die gegenwärtige Gesamtstärke der ausländischen Extremistengruppen im Bundesgebiet wird auf 52 400 Mitglieder und aktive Anhänger geschätzt (gegenüber etwa 65 000 Ende 1972).

Starke Einbußen erlitten die ausländischen Rechtsextremisten und Nationalisten, deren Anhängerschaft von 19 000 auf ca. 12 600 sank. Der Mitgliederbestand der orthodox-kommunistischen Parteien und Vereinigungen sank von etwa 36 000 auf 28 800. Lediglich die ausländische „Neue Linke“ einschließlich der sozialrevolutionär-nationalistischen Vereinigungen erhöhten ihre Mitgliederzahl (etwa 11 000 gegenüber 10 000 zu Jahresbeginn).

Nach wie vor überwiegen die Anhänger linksextremer Gruppierungen. Näheres ergibt die folgende Übersicht:

Statistik der ausländischen Extremistengruppen nach ihrem politisch-ideologischen Standort – Stand: 31. 12. 1973 –

Nationalität	Orthodox-kommunistische Parteien und Vereinigungen	Sonstige revolutionäre Gruppierungen mit Linkstendenzen *	Rechtsextremisten
Osternmigration u. Jugoslawien	6	3	23
Spanien, Portugal	67	14	–
Italien	9	8	4
Griechenland	14	15	1
Türkei	4	7	6
Iran	1	6	1
Palästinenser	–	11	–
Sonstige Staaten	2	17	1
International	1	4	1
Insgesamt:	104 (mit etwa 28 800 Mitgl.)	85 (mit etwa 11 000 Mitgl.)	37 (mit etwa 12 600 Mitgl.)

*) In dieser Gruppe sind u. a. die maoistischen, trotzkistischen, anarchistischen und auch die sozialrevolutionär-nationalistischen Organisationen zusammengefaßt.

2. Publizistik

Im Bundesgebiet wurden mindestens 165 Presseorgane politisch-extremer Ausländergruppen verbreitet. Damit ist die Zahl dieser Publikationen im Vergleich zum Vorjahre konstant geblieben. Insgesamt 59 periodisch erscheinende Blätter werden hier gedruckt, davon allein 18 in München, 13 in Frankfurt und 8 in West-Berlin.

Statistik der Presseorgane ausländischer Extremistengruppen

Nationalität	1972		1973	
	Zahl der Periodika	davon in der BRD gedruckt	Zahl der Periodika	davon in der BRD gedruckt
Osternmigration und Jugoslawien	28	12	31	13
Spanien, Portugal	22	4	23	3
Italien	20	3	25	6
Griechenland	23	9	25	10
Türkei	26	21	18	13
Iran	12	7	13	6
Palästinenser	13	–	5	–
Sonstige Staaten	21	5	25	8
Insgesamt:	165	61	165	59

Die monatliche Gesamtauflage dieser Publikationen (150 000 Stück) ist im Vergleich zu 1972 um rund 50 000 Stück gesunken, da mehrere Zeitschriften mit relativ hoher Auflage, wie die türkischen Maoistenblätter „SAFAK“ und „YÖN“, inzwischen ihr Erscheinen eingestellt haben. Fast 80 % dieser Periodika werden von kommunistischen oder sonstigen revolutionären Ausländergruppen mit Linkstendenzen herausgegeben. Die restlichen vertreten nationalistische bzw. rechtsextreme Ziele.

Statistik der Zeitungen ausländischer Extremistengruppen nach ihrem politisch-ideologischen Standort
 – Stand: 31. 12. 1973 –

Nationalität	Orthodox-kommunistische Blätter	Blätter sonstiger revolutionärer Gruppen mit Linkstendenzen	Rechts-radikale Blätter	insgesamt
Osternmigration und Jugoslawien	1	2	28	31
Spanien, Portugal	12	11	—	23
Italien	10	11	4	25
Griechenland	11	12	2	25
Türkei	6	9	3	18
Iran	4	8	1	13
Palästinenser	—	5	—	5
Sonstige Staaten	1	24	—	25
Insgesamt:	45	82	38	165

In wesentlich stärkerem Umfange als in den vergangenen Jahren haben ausländische Extremisten Flugschriften, Broschüren und „Dokumentationen“ zu aktuellen Themen unter ihren hier lebenden Landsleuten verteilt. Diese Form der Agitation erreichte vor und während der Streiks im Sommer 1973 ihren Höhepunkt. In der genannten Zeit haben vielfach auch deutsche Sympathisanten an der Herstellung und Verteilung des Propagandamaterials sowie an Flugblatt- und Plakataktionen in bestreikten Betrieben, Ausländerwohnheimen und Hochschulen mitgewirkt.

III. Ausschreitungen

Die Behörden für Verfassungsschutz haben im Berichtszeitraum 139 politisch motivierte Ausschreitungen von Ausländern erfaßt. Wie die nachstehende Statistik zeigt, hatten die entsprechenden Untersuchungen für 1970 und die folgenden beiden Jahre jeweils höhere Zahlen ergeben. Es erscheint jedoch verfrüht, hieraus Rückschlüsse auf künftige Entwicklungen zu ziehen. Die aktivsten Gruppierungen internationaler Terroristen bestehen fort, ihre Bereitschaft zur Gewaltanwendung ist ungebrochen. Jederzeit muß deshalb mit einer Steigerung terroristischer Aktivitäten auch innerhalb des Bundesgebietes gerechnet werden.

Statistik der politisch motivierten Ausländerkriminalität 1. 1. 1970 bis 31. 12. 1973

Ausschreitungsart:	1970	1971	1972	1973
Terrorakte				
Mordanschläge	3	3	29	1
Sprengstoffdelikte	5	—	11	8
Brandstiftungen	12	5	5	1
Flugzeugentführungen	2	—	2	1*)
Insgesamt:	22	8	47	11
Gewaltakte				
Körperverletzungen	24	31	25	15
Gewalt geg. Sachen	35	13	14	15
Sonstige	20	14	9	3
Insgesamt:	79	58	48	33
Androhung von				
Mord u. Entführung	19	37	43	22
Sprengstoff- und Brandanschlägen	54	47	65	52
sonst. Gewaltakten	8	18	54	21
Insgesamt:	81	102	162	95
	182	168	257	139

*) Am 17. Dezember 1973 entführten palästinensische Araber eine Maschine der Deutschen Luft-hansa von dem römischen Flughafen Fiumicino nach Athen und Kuwait.

Wie im Vorjahre wurden von den Ausschreitungen nahezu alle Bundesländer betroffen. Die häufigsten Tatorte waren Bonn, Frankfurt und Köln. Nach wie vor sind die meisten erkannten oder vermuteten Täter Araber palästinensischer Herkunft. Erstmals haben auch Iren Gewaltakte gegen Einrichtungen der britischen Stationierungsstreitkräfte im Bundesgebiet begangen.

1. Terrorakte

Die Zahl der schwerwiegenden politischen Terrorakte ging gegenüber 47 im Vorjahre auf 11 zurück. Durch die Entführung einer Boeing 737 der Deutschen Lufthansa im Anschluß an das Blutbad palästinensischer Terroristen auf dem Flugplatz in Rom gerieten die Besatzung und mehrere weitere Geiseln in höchste Lebensgefahr. Eine der übrigen Gewalttaten forderte ein Menschenleben. Am 14. September 1973 wurde der Bruder eines kroatischen Nationalisten, der zur Zeit eine dreijährige Gefängnisstrafe in Jugoslawien wegen regimefeindlicher Agitation verbüßt, in seiner Wohnung in Kornwestheim von einem Unbekannten aus nächster Nähe durch Kopfschuß getötet. Nach den bisherigen Ermittlungen sind politische Hintergründe der Tat zu vermuten. Schwere Verletzungen erlitten zwei Postbeamte, als am 24. November in der Luftpostleitstelle des Frankfurter Flughafens zwei Briefbomben explodierten, die an Empfänger in Israel gerichtet waren (vgl. Abbildung 3). Bei der anschließenden Kontrolle der Israel-Post wurden sechs Sprengstoffbriefe gleicher Machart entdeckt und unschädlich gemacht. Die übrigen Sprengstoffanschläge sowie eine aus politischen Motiven verübte Brandstiftung richteten zum Teil erheblichen Sachschaden an. So haben vermutlich palästinensische Terroristen am 8. Juni eine Zeitzünderbombe in der Werkzeugmaschinenfabrik *Werner* in Berlin zur Explosion gebracht. Der Sachschaden wird auf rund 500 000,— DM geschätzt (vgl. Abbildung 4). Dem gleichen Täterkreis dürfte auch ein Sprengstoffanschlag am 7. September auf den Ausstellungsstand der Firma *Isrex* zuzurechnen sein, die auf der internationalen Funkausstellung in West-Berlin elektronische Erzeugnisse aus Israel zeigte (vgl. Abbildung 5). Irische Extremisten kamen dagegen als Urheber von Bombenanschlägen auf dem Gelände des britischen Hauptquartiers in Mönchen-Gladbach und gegen ein britisches Militärfahrzeug in Hannover in Betracht. Am 7. Mai wurde auf ähnliche Weise der Personenkraftwagen des argentinischen Generalkonsuls in West-Berlin beschädigt. Die einzige Brandstiftung mit politischem Hintergrund richtete sich gegen das Sammellager für Ausländer in Zirndorf. Hier setzten die Täter am 22. August sieben Unterkunftsräume in Brand. Die Räume waren mit Arabern belegt, die sich jedoch zur Tatzeit außerhalb ihrer Unterkünfte befanden. Als Brandstifter werden Araber vermutet, die auf angebliche Mißstände im Lager hinweisen wollten.

Durch polizeiliche Ermittlungen und die seit dem Inkrafttreten des Verfassungsschutzänderungsgesetzes vom 7. August 1972 intensivierte Beobachtung sicherheitsgefährdender Bestrebungen von

Ausländern wurden zwei gefährliche Terrorvorhaben vereitelt. Am 18. Oktober 1973 nahm die Berliner Polizei vier Araber palästinensischer Herkunft fest, die im doppelten Boden eines ihrer Gepäckstücke 4,75 kg Plastiksprengstoff mit sich führten (vgl. Abbildung 6 u. 7). Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen sollten damit u. a. Anschläge gegen das Büro der israelischen Fluggesellschaft EL-AL in West-Berlin und die dortige Ausländerpolizei verübt werden. Einen Monat darauf führten Ermittlungen in Hessen und Baden-Württemberg zur Aufdeckung einer Gruppe türkischer Terroristen. Bei der Festnahme eines ihrer Mitglieder wurden zwei Maschinenpistolen, zwei Pistolen Marke Beretta, fast 2 kg Sprengstoff, 20 Sprengkapseln, eine Zündschnur und schriftliche Anweisungen für die konspirative Arbeit polizeilich sichergestellt.

2. Sonstige Gewaltakte

Kriminelle Ausschreitungen im Anschluß an Demonstrationen und im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen und Auseinandersetzungen politisch rivalisierender Ausländergruppen ereigneten sich 1973 nur selten, obwohl die Versammlungstätigkeit politisch engagierter Ausländer gerade in dieser Zeit besonders rege war. Bekannt wurden 33 Fälle dieser Art gegenüber 48 im Vorjahr. An den Körperverletzungen mit politischem Hintergrund waren in erster Linie Türken beteiligt. Aktuelle politische Ereignisse wie der arabisch-israelische Krieg, die politischen Unruhen und Umstürze in Griechenland und Chile sowie Wahlen und politische Strafprozesse in anderen Ländern lösten demonstrative Sachbeschädigungen aus, die sich u. a. gegen diplomatische Vertretungen und geschäftliche Niederlassungen Israels, Griechenlands, Portugals und der Türkei richteten. Diese „Demonstrationsfolgedelikte“ haben indes nur geringen Schaden angerichtet.

3. Anonyme Androhung von Gewalt- und Terrorakten

Nahezu täglich gehen den Staatsschutzorganen der Bundesrepublik Deutschland Mitteilungen über Fälle zu, in denen anonyme Täter aus politischen Gründen mit Gewalt- und Terrorakten gegen Behörden, öffentliche Einrichtungen, Geschäftsunternehmen, Politiker und Privatpersonen drohen. Dabei werden häufig erpresserische Forderungen erhoben. Anzeigen und Hinweise dieser Art lösen in der Regel umfangreiche Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen aus, da die Ernsthaftigkeit solcher Drohungen fast nie von vornherein auszuschließen ist. Oft fehlt jeder Hinweis auf die Nationalität der

Täter. Im abgelaufenen Jahre deuteten aber bei insgesamt 95 Verkommenissen der genannten Art die Sprache oder andere Anhaltspunkte auf ausländische Täter hin. Bei rund der Hälfte dürfte es sich um Araber handeln. In den restlichen Fällen lassen die Tatumstände auf türkische, jugoslawische, irische, griechische und iranische Täter schließen.

Mit Mord und Entführung bedroht wurden – durch Ausländer – prominente Persönlichkeiten wie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, zwei amtierende Bundesminister, der türkische Arbeitsminister anlässlich seines hiesigen Aufenthalts, der israelische Botschafter in Bonn und der Vorsitzende des Anerkennungsausschusses beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Anonyme Bombendrohungen richteten sich u. a. gegen Einrichtungen des zivilen Luftverkehrs (darunter Flugzeuge amerikanischer, israelischer, griechischer, türkischer, iranischer und deutscher Fluggesellschaften), Anlagen der Erdölindustrie, jüdische Kultusgemeinden und Geschäftsunternehmen, deutsche Firmen mit geschäftlichen Verbindungen nach Israel, das türkische Generalkonsulat in Frankfurt und den Generalkonsul Jugoslawiens in Stuttgart.

IV. Ausländergruppen mit terroristischen Tendenzen

1. Palästinensischer Widerstand

Die Aktivität der Zweiggruppen des palästinensischen Widerstandes in der Bundesrepublik Deutschland war 1973 geringer als in den Vorjahren. Hauptursache für diese Entwicklung sind die Verbote der „Generalunion Palästinensischer Studenten“ (GUPS) und der „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA) durch den Bundesminister des Innern im Oktober 1972 und die Ausweisung einiger wichtiger Funktionäre dieser Organisationen. Ihren im Bundesgebiet verbliebenen Mitgliedern gelang es bisher nicht, sich neu zu formieren oder Ersatzorganisationen zu bilden. Nur zum Teil haben sie ihre Aktivitäten im Rahmen anderer politisch extremer Gruppierungen fortgesetzt. Seit der Ausweisung des Jordaniers Abdallah *Frangi* im September 1972 ist auch der Dachverband der Fedayin, die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO), in der Bundesrepublik nicht mehr offiziell vertreten. Ihr Ost-Berliner Repräsentant hat erst gegen Ende des Jahres verstärkt auf die palästinensischen Gruppierungen im Bundesgebiet Einfluß zu nehmen

versucht. Da außerdem auch die im Nahen Osten befindlichen Führungsstellen der FATAH, der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) und ihrer maoistischen Abspaltung PDFLP den Zweiggruppen im Bundesgebiet nur selten Aktionsrichtlinien zukommen ließen, waren diese Vereinigungen und Zellen weitgehend auf sich selbst gestellt. Viele ihrer Aktivisten fanden ein zusätzliches Betätigungsfeld in den mit dem palästinensischen Widerstand sympathisierenden „Arabischen Studentenvereinigungen“ (ASV) oder als Hintermänner der von deutschen Linksextremisten geleiteten „Nahost-“ bzw. „Palästina-Komitees“, denen sich teilweise auch türkische und iranische Extremisten anschlossen.

Die meisten Araber palästinensischer Herkunft im Bundesgebiet lehnen den Waffenstillstand im Nahen Osten und eine politische Lösung des arabisch-israelischen Konflikts ab. Für die gegenwärtige „Etappe der Revolution“ gelten folgende „Strategischen Leitlinien“:

- Die Organisierung aller Kräfte des Volkes für einen langandauernden Volkskrieg.
- Die Verschmelzung des Kampfes des jordanischen und palästinensischen Volkes in einer Front zur Befreiung Jordaniens und zur Gründung eines nationalen demokratischen Staates Jordanien.
- Die Errichtung einer gesamtarabischen revolutionären Front für alle fortschrittlichen Kräfte.
- Die Zusammenarbeit des Widerstandes mit den internationalen Befreiungsbewegungen.

Aufrufe zur bewaffneten Volksrevolution wenden sich nicht nur gegen „Unterdrückung und Ausbeutung seitens des Kolonialismus“, sondern gleichzeitig gegen die angeblich „reaktionären“ Regierungen der Vereinigten Arabischen Republik, Jordaniens, Marokkos, Saudi-Arabiens und anderer arabischer Staaten, die es sich zur Aufgabe gemacht hätten, „ihre schuftenden Völker zu unterdrücken, damit sie die Pläne der Regierungen und ihrer Herren nicht durchkreuzen“; der „arabische Riese“ bewege sich und eines Tages werde er „die Märtyrer der palästinensischen Revolution und die Märtyrer der Revolutionen in Saudi-Arabien, Marokko und Bahrain rächen“ (Flugblatt des „Arabischen Studentenvereins“ Münster vom Juli 1973).

Die in der Bundesrepublik Deutschland erkannten Zellen und Kontaktstellen der palästinensischen Widerstandsorganisationen AL-FATAH, PFLP und PDFLP arbeiten konspirativ. AL-FATAH-Funktionäre treten grundsätzlich unter Decknamen auf. Als Reaktion auf

die Ausweisung mehrerer ihrer Gesinnungsfreunde haben sie damit begonnen, Mitglieder auf ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen. Mitgliederverzeichnisse werden aus Sicherheitsgründen weder bei der FATAH noch bei den beiden anderen Vereinigungen geführt. Das Netz ihrer Stützpunkte erstreckt sich über zahlreiche Großstädte im Bundesgebiet. Damit wird es den auswärtigen Führungsstellen möglich, zur Vorbereitung und Unterstützung künftiger Terrorakte im Bundesgebiet jederzeit auf ortskundige Helfer zurückzugreifen.

2. Sonstige terroristische Gruppierungen

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit rund 500 000 jugoslawischen Arbeitskräften und etwa 15 000 Emigranten aus Jugoslawien eine natürliche Operationsbasis extremer kroatischer Nationalisten. Insbesondere Anhänger der im Juni 1968 vom Bundesminister des Innern verbotenen „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“ (HRB) haben ihre Untergrundtätigkeit auf deutschem Boden fortgesetzt. Das Schwergewicht ihrer Aktivitäten lag auf organisatorischem Gebiet. Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsorgane haben die Führungsstellen der Organisation in Übersee diese Bemühungen um den Ausbau des Netzes konspirativer „Dreiergruppen“ auf deutschem Boden, wie in den Vorjahren, durch Entsendung von Kurieren und Instruktoren aktiv unterstützt. Dadurch ist die HRB trotz schwerer Rückschläge im Jahre 1972 (Ermordung von zwei führenden Funktionären, Verhaftung mehrerer Aktivisten wegen eines Mordkomplotts in Stuttgart, Zerschlagung einer Insurgentengruppe in Jugoslawien) wieder aktionsfähig geworden. In einer im Januar 1973 herausgegebenen Informationsschrift der „HRB – Aufbauabteilung Europa“ bekennt sich die Organisation erneut zu den Richtlinien für ihre Untergrundtätigkeit, die in der Broschüre „Osvetnici Bleiburga“ (Die Rächer von Bleiburg) enthalten sind. Die Schrift ruft zu Attentaten und Sabotageakten in und außerhalb Jugoslawiens auf. Darüber hinaus enthält sie genaue Anweisungen zur Handhabung von Brand- und Sprengsätzen.

Im Gegensatz zu den kroatischen Nationalisten, die der rechts-extremen „Ustascha-Ideologie“ nahestehen, sind alle sonst im Bundesgebiet operierenden ausländischen Terroristen der „Neuen Linken“ oder dem internationalen Anarchismus zuzurechnen. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist der bewußte Verzicht auf starre Organisationsformen. Stärke und Struktur der konspirativen Zellen sind vielmehr den im Einzelfall verfolgten Zielen angepaßt. Oft verfügen diese Gruppierungen im Bundesgebiet nur über ein loses

Netz von Kontaktpersonen. Die folgenden Erkenntnisse aus jüngster Zeit bieten eine zusätzliche Grundlage für die Beurteilung der Sicherheitslage:

- Anhänger der in der Türkei verbotenen maoistischen „Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei“ haben im Bundesgebiet mit dem Aufbau einer Zweigorganisation begonnen. Die bisher erkannten Zellen betätigen sich konspirativ und zeigen terroristische Tendenzen. Die bei einem führenden Aktivisten in Frankfurt polizeilich sichergestellten Waffen und Sprengmittel dürften für ein Terrorvorhaben aus Anlaß der in der Türkei anhängigen Strafprozesse gegen den ehemaligen Parteivorsitzenden Dogu *Perinçek* und seine Gesinnungsfreunde bestimmt gewesen sein. Darüber hinaus bestehen in einigen deutschen Städten Kontaktstellen der „Volksbefreiungsarmee der Türkei“ (THKO), von der bekannt ist, daß sie ihre Ziele durch politischen Terror zu erreichen sucht.

- Unter den Geheimbünden des griechischen Widerstandes, die im Bundesgebiet durch Mitglieder vertreten sind, haben die „Bewegung 20. Oktober“ und die „Demokratische Verteidigung“ (DA) trotz der Ereignisse in Griechenland erheblich an Bedeutung verloren. Ernsthafte Ansätze zu terroristischen Aktivitäten wurden lediglich innerhalb der „Panhellenischen Befreiungsbewegung“ (PAK) erkannt, deren Vorsitzender *Andreas Papandreou* sozialrevolutionäre Ideen mit dem Ziel einer griechischen „Rätedemokratie“ vertritt. Die PAK setzte den Ausbau ihres konspirativen Widerstandsnetzes in Europa fort, dessen organisatorische Trennung von ihrem offen gegen die derzeitigen politischen Verhältnisse in Griechenland agitierenden Zweig bereits 1972 beschlossen wurde. An ihren Konferenzen im Januar, Februar und Juni 1973 im Bundesgebiet haben Funktionäre aus mehreren europäischen Ländern und Übersee teilgenommen. Dabei wurden als wichtigste Ziele der Aufbau weiterer konspirativer Zellen und die Wiederaufnahme terroristischer Aktivitäten im In- und Ausland festgesetzt. Der konspirative Flügel der PAK wird durch ein „Spezialkomitee“ geleitet, dessen Mitglieder in Italien, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland leben.

- Nach den Erkenntnissen der Behörden für Verfassungsschutz sind im Bundesgebiet mehrere Aktivisten spanischer und italienischer Anarchistengruppen untergetaucht, darunter Angehörige der „Federacion Anarquista Iberica“ (FAI, „Iberische Anarchistische Föderation“), der „Federacion Iberica de Juventudes Libertarias“ (FIJL, „Freiheitliche Iberische Jugendorganisation“) und der

„Federazione Anarchica Italiana“ (FAI, „Verband Italienischer Anarchisten“) die sich der Strafverfolgung wegen politisch motivierter Gewalttaten in ihren Heimatländern entzogen hatten. Darüber hinaus verfügen die genannten Gruppen in mehreren deutschen Städten über Kontaktpersonen. Es ist deshalb nicht auszuschließen, daß sie ihre terroristischen Aktivitäten künftig auch auf Einrichtungen ihrer Herkunftsländer im Bundesgebiet ausdehnen. Gefahren für die innere Sicherheit gehen weiterhin von den annähernd 150 Anhängern der linksradikalen italienischen Vereinigung „Lotta Continua“ („Ständiger Kampf“) im Bundesgebiet aus, die – nach ihren zum Teil erheblichen Ausschreitungen in mehreren Werken der Automobilindustrie während der vergangenen Jahre – kürzlich wieder durch aktive Teilnahme an „Hausbesetzungen“ hervorgetreten sind.

V. Sonstige Träger linksextremer Tendenzen

1. Ausländische kommunistische Parteien und ihre Hilfsorganisationen

Nach wie vor sind in der Bundesrepublik Deutschland die orthodox-kommunistischen Parteien Italiens, Griechenlands, Spaniens, Portugals, der Türkei und des Iran tätig. Während die drei zuletzt genannten kommunistischen Parteien auf deutschem Boden nur wenige Kontaktstellen unterhalten, ist es den italienischen, griechischen und spanischen Kommunisten gelungen, ihre hiesigen Positionen zu festigen. Neben der „Partito Comunista Italiano“ (PCI, „Kommunistische Partei Italiens“) und der „Partido Comunista de Espana“ (PCE, „Kommunistische Partei Spaniens“) verfügt jetzt auch die prosowjetische „Kommunistische Partei Griechenlands“ (KKE-Moskauflügel) im Bundesgebiet über einen ausgebauten Parteiapparat.

Die rund 3500 aktiven PCI-Mitglieder arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland offen. Demgegenüber hat die in Griechenland verbotene KKE ein Netz konspirativ tätiger Dreierzellen aufgebaut, die durch das „Komitee für Westdeutschland“ in Köln und die ihm untergeordneten Gebietskomitees in Hannover, Düsseldorf, Frankfurt und München angeleitet werden (vgl. Abbildung 8). Die Zahl ihrer Mitglieder und aktiven Anhänger wird auf rund 1000 geschätzt. Der im Jahre 1968 von dieser Partei abgespaltene reformkommunistische „KKE-Inlandflügel“ verlor dagegen weiter an Bedeutung.

Auch die „Kommunistische Partei Spaniens“ (PCE) verhält sich im Bundesgebiet konspirativ. Ihre rund 1200 Mitglieder werden von dem „Comité Federal“ in Frankfurt betreut, das der Westeuropa-Kommission beim Zentralkomitee der PCE in Paris untersteht (vgl. Abbildung 9). Auf ihrer Bundesversammlung im Sommer 1973 in Frankfurt hat die Partei beschlossen, die mittlere Organisationsebene im Bundesgebiet auszubauen und in Zonen zu teilen, die später in Regionalkomitees umgewandelt werden sollen. Stark rückläufig ist die Entwicklung der von ausländischen Kommunisten gesteuerten „Hilfsorganisationen“.

Statistik der Hilfsorganisationen ausländischer kommunistischer Parteien im Bundesgebiet (Stand: 31. 12. 1973)

Organisationen	Mitglieder		
	1971	1972	1973
Griechische	19 000	18 000	14 000
Italienische	6 000	5 600	4 500
Spanische	5 000	5 000	3 800
Sonstige	2 000	1 900	1 100
Insgesamt:	32 000	30 500	23 400

Über zahlreiche Zweigstellen verfügen der „Bund Griechischer Gemeinden“ (OEK) und die „Griechischen Antidiktatorischen Komitees“ (EAE), deren Funktionäre oft gleichzeitig Mitglieder der KKE sind. Die Arbeit der PCE wird durch die „Kommission zur Unterstützung der Arbeiterkommissionen in Spanien“ (CC.OO) und die teilweise kommunistisch unterwanderten „Spanischen Kultur-Klubs“ (CCE) unterstützt. Als stärkste Betreuungsorganisation der italienischen Kommunisten ist der „Italienische Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien“ (FILEF) hervorzuheben.

2. Die ausländische „Neue Linke“

Seit 1970 ist die Zahl der Mitglieder kommunistischer und sonstiger linksextremer Ausländervereinigungen, die sich vom Kommunismus sowjetischer Prägung distanzieren, von zunächst 4000 auf 10 000 zu Beginn des Jahres 1973 angewachsen. Um die Jahreswende 1973/74 gehörten bereits rund 11 000 Ausländer im Bundesgebiet der „Neuen Linken“ an, davon mehr als die Hälfte maoistischen Gruppierungen. Der Rest setzt sich aus sozialrevolutionären Nationalisten, Trotzlisten, Anhängern lateinamerikanischer Revolutions-

modelle und Anarchisten zusammen. Allen gemeinsam ist die Ablehnung der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung und der Wille zum Umsturz des bestehenden Herrschaftssystems in ihren Heimatstaaten mittels „revolutionärer Gewalt“. Lediglich über Art und Zeitpunkt der Gewaltanwendung bestehen unterschiedliche Ansichten.

Wie bei der deutschen „Neuen Linken“ stammen auch die Aktivistinnen der entsprechenden ausländischen Gruppierungen vorwiegend aus der studentischen Jugend. An nahezu allen deutschen Hochschulen und Universitäten bestehen heute Zweiggruppen ausländischer maoistisch oder sozialrevolutionär eingestellter Studenten. Zu den aktivsten zählen die „Studentenföderation der Türkei in Deutschland“ (ATÖF) und die „Conföderation Iranischer Studenten-Nationalunion“ (CISNU) mit ihrer Mitgliederorganisation „Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (FIS). ATÖF und FIS haben im Bundesgebiet zusammen mehr als 1000 Mitglieder. Ausländische Studenten spielen auch eine wichtige Rolle in den Arbeiterorganisationen der „Neuen Linken“. Auf ihre Initiative gehen weiterhin zahlreiche Versuche zurück, der organisatorischen Zersplitterung linksrevolutionärer Gruppierungen durch den Aufbau von Dachverbänden und Aktionsgemeinschaften entgegenzuwirken, „Revolutionäre Arbeiterkomitees“ in den Betrieben zu etablieren und die Agitation in den Wohnheimen der Gastarbeiter zu verstärken. So haben in erster Linie Studenten den Zusammenschluß mehrerer türkischer Maoistengruppen zur „Patriotischen Einheitsfront der Türkei“ (PEF) zustande gebracht, von der sich inzwischen jedoch wieder ein sozialrevolutionärer Flügel abgespalten hat. Wie sich aus sichergestellten Publikationen einer Zweiggruppe der ATÖF ergibt, ist bei dieser Studentenorganisation „die Linie zwischen geheimer und offener Tätigkeit“ so gezogen, daß die Vorstandsmitglieder entsprechend der Satzung öffentlich agieren, während die Zusammensetzung und Arbeitsweise der „Revolutionären Studenten- und Fabrikkomitees“ geheimgehalten werden („Unsere Stimme“, Presseorgan der türkischen Studentenvereinigung Konstanz Nr. 2, Seite 3).

Zweiggruppen ausländischer maoistischer Parteien wurden bisher nur bei den Italienern, Spaniern und Türken erkannt. Ihr Bestand an Mitgliedern ist sehr gering. Die „Partito Comunista – ML – Italiano“ (PC-ML-I, „Kommunistische Partei Italiens – ML“), ihre spanische Schwesterpartei (PCE-ML) und die „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“ dürften in der Bundesrepublik

Deutschland insgesamt kaum mehr als 300 Mitglieder haben. Ihre bedeutendsten Massenorganisationen sind die „Federazione Italiani Lavoratori Emigrati“ (FILE, „Verband ausgewanderter italienischer Arbeiter“), die spanische „Frente Revolucionario Antifascista y Patriota“ (FRAP, „Revolutionäre Antifaschistische Volksfront“) und der maoistische Flügel der „Patriotischen Einheitsfront der Türkei“ (PEF). Die griechischen Maoisten haben noch keine Parteiorganisation. Jedoch fordert die „Revolutionäre Kommunistische Bewegung Griechenlands“ (EKKE) in ihren Publikationen den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei.

Da die Vereinigungen vielfach ihre Stärke geheimzuhalten suchen oder bewußt überhöhte Mitgliederzahlen nennen, sind entsprechende Schätzungen im Einzelfall schwierig. Dies vorausgeschickt, läßt sich die Anhängerschaft der ausländischen „Neuen Linken“ im Bundesgebiet nach Nationalität wie folgt gliedern:

Araber	etwa	2 500
Türken	etwa	2 400
Griechen	etwa	2 200
Spanier	etwa	1 400
Italiener	etwa	1 300
Iraner	etwa	800
Sonstige	etwa	400

Insgesamt maximal 11 000

Die ausländischen maoistischen Gruppierungen suchen verstärkt Anlehnung und Zusammenarbeit bei den ideologisch verwandten Vereinigungen der deutschen „Neuen Linken“. Hier gewinnen Aktionsgemeinschaften ausländischer und deutscher Gruppierungen zunehmend an Gewicht. Es liegt auf der Hand, daß eine Zusammenarbeit dieser Art, bei der die deutschen Partner vielfach die Verantwortung nach außen übernehmen, das Selbstvertrauen der ausländischen Gruppen stärkt, ihre Aktivität belebt und damit die Gefahr ihrer Radikalisierung erhöht.

VI. Schwerpunkte der linksextremen Agitation

1. Revolutionäre Propaganda

Während die orthodox-kommunistischen Ausländergruppen in ihrer Agitation gegen die Regierungen des jeweiligen Herkunftslandes

vorwiegend auf Gewaltparolen verzichten, treten die meisten sonstigen Linksextremisten für die revolutionäre Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse in ihrer Heimat mit Waffengewalt und Terror ein. Aufrufe zum „Volksbefreiungskampf“ nach Guerilla-Art sind vor allem in den Publikationen türkischer Maoisten enthalten (Abbildung 10). Bei einigen ihrer Aktivisten wurden Flugschriften gefunden, die Anweisungen für politische Gewalttaten enthalten (Abbildung 11). Gewaltparolen verbreiten auch die palästinensischen Widerstandsorganisationen, die „Volksfront für die Befreiung Omans und des arabischen Golfes“ (PFLOAG), die „Conföderation Iranischer Studenten-Nationalunion“ (CISNU, vgl. Abbildung 12), die „Irakische Revolutionäre Organisation in Deutschland“ (TTIA) sowie einige griechische und italienische Aktionsgruppen im Bundesgebiet.

2. Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland, Klassenkampfpolemik

Nach wie vor setzen die Agitatoren der ausländischen extremen Linken alles daran, durch eine Hetzkampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland Unruhe und Unzufriedenheit unter den „Gastarbeitern“ zu stiften und das so geschaffene Klima für die eigenen politischen Zwecke zu nutzen. Dabei benutzen sie zunehmend polemische Mittel; so werden der Bundesregierung imperialistische Ziele und Ausländerfeindlichkeit in der Absicht unterstellt, der zunehmenden Wertschätzung der tragenden Grundsätze unserer Verfassung innerhalb der ausländischen Arbeiterschaft entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang werden Mängel in der Eingliederung und Betreuung der Gastarbeiter verallgemeinert und als Ergebnisse einer angeblich bewußt ausländerfeindlichen Politik hingestellt, die sich u. a. auch darin ausdrücke, daß den Arbeitern aus Drittländern der Europäischen Gemeinschaft Freizügigkeit und das Recht auf freien Wechsel des Arbeitsplatzes vorenthalten würden. Das italienische Maoistenblatt „La Voce Degli Emigranti“ verstieg sich sogar zu der Behauptung, die deutsche Regierung tue alles, „um die Emigranten isoliert zu lassen“. „Pornographie, Zeitschriften, Pornofilme, Karateschule und Spielautomaten“ seien „Instrumente der deutschen Sozialdemokratie“, um der italienischen Jugend die „kommunistische Einheit im Dienste der Einheit des Volkes“ zu verwehren. Die Regierung der Bundesrepublik sei deshalb neben derjenigen Italiens „der zweite Feind der Gastarbeiter“. Hunderte von Anhängern seien bereits in den „sozialdemokratischen Gefängnissen“ gewesen („La Voce Degli Emigranti“, Aus-

gabe vom 16. 6. 1973). Die spanische „Revolutionäre Antifaschistische Volksfront“ (FRAP) hat in einem in Nürnberg verbreiteten Flugblatt den Vorwurf erhoben, ausländische Arbeiter und ihre Familien müßten „eine ständige Rassendiskriminierung erdulden“, die in der Bundesrepublik Deutschland „auf dem zum Explodieren reifen Kapitalismus“ beruhe.

Unvermindert stark ist auch die linksextreme Agitation gegen das geltende Ausländergesetz. Sie zielt u. a. auf die Verunsicherung der Exekutivorgane ab. So haben türkische Maoisten die Ausländergesetze als „Mittel in der Hand der Bosse und ihres Staatsapparates“ bezeichnet, um gegen politisch mißliebige Ausländer vorzugehen (Schreiben der „Studenten-Föderation der Türkei in Deutschland e.V.“, Köln, vom 3. 11. 1973, ähnlich in „FIS-INFO“, dem Organ der „Föderation Iranischer Studenten“ vom Oktober 1973). Insbesondere die „illegalen ausländischen Arbeiter“ würden „wie Diebe, Rauschgifthändler und Zuhälter“ behandelt. Sie sollten durch die Verweigerung der erforderlichen Papiere gezwungen werden, „sich wie Ratten in ihren Löchern zu verstecken, sich für ein paar lumpige Pfennige auf Tod und Verderben an die Kapitalisten zu verkaufen“ (gemeinsamer Aufruf der Kommunistischen Partei Spaniens – ML (PCE-ML), der türkischen „Studentenföderation in Deutschland“, der CISNU, FRAP und anderer Organisationen vom 8. 10. 1973).

Die vorwiegend von türkischen, griechischen, italienischen und spanischen Maoisten betriebene Klassenkampfpolemik erreichte im Sommer 1973 anlässlich der Streiks in der metallverarbeitenden Industrie ihren Höhepunkt. In dieser Zeit verbreiteten die genannten Gruppierungen auch häufig gewerkschaftsfeindliche Parolen. So stellte das türkische Blatt „Halkin Sesi“ (Stimme des Volkes) in einem Artikel zu den Streiks bei den Kölner Ford-Werken die Behauptung auf, „die gelben Gewerkschaften und die Arbeitervertretungen“ hätten „wie immer auf Seiten der Arbeitgeber gestanden“ (Halkin Sesi Nr. 8/73, S. 3). An anderer Stelle dieses Artikels werden die Repräsentanten der Werksleitung als „Arbeitgeberhunde“ diffamiert.

VII. Aktionsschwerpunkte linksextremer Ausländergruppen

1. Betriebsarbeit

Bei den Betriebsratswahlen des Jahres 1972 wurden insgesamt etwa 3100 Ausländer in die Betriebsräte ihrer Beschäftigungsunter-

nehmen gewählt. Nach Schätzungen der Staatsschutzbehörden dürften höchstens 80 von ihnen politisch extremen Ausländerorganisationen angehören. Im wesentlichen handelt es sich um Mitglieder der kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens. Der Rest besteht — von wenigen Ausnahmen abgesehen — aus moskautreuen Kommunisten anderer Nationalität. Angesichts dieser enttäuschend geringen Repräsentanz in den Betriebsräten haben die ausländischen Linksextremisten in letzter Zeit verstärkte Anstrengungen unternommen, ihre politische Arbeit auf Betriebsebene durch organisatorische Maßnahmen und erhöhte Aktivität unter den Werksangehörigen zu beleben. Den orthodoxen Kommunisten kamen dabei vielfältige Hilfen der DKP zugute, die sich u. a. dazu bereit fand, bei der Herausgabe ihrer mehrsprachigen Betriebszeitungen auf die Wünsche der örtlichen Zellen ausländischer kommunistischer Parteien einzugehen.

Von den relativ schwachen Gruppen der ausländischen „Neuen Linken“ gingen die sichtbarsten Impulse für sicherheitsgefährdende Aktivitäten in Betrieben aus. Die meisten Betriebszellen ausländischer Maoistengruppen arbeiten im Bundesgebiet konspirativ. Wie sich aus sichergestellten Dokumenten und anderen Hinweisen ergibt, wird nach folgenden Grundsätzen verfahren:

- Betriebszellen sollen in Übereinstimmung mit der „Klassenstruktur“ der Gesamtorganisation zum überwiegenden Teil aus „den am meisten ausgenutzten“ Werkträgern bestehen, da diese „opportunistischen Strömungen“ weniger zugänglich wären als gelernte Handwerker und qualifizierte Facharbeiter.
- Zellenversammlungen werden an wechselnden, der Polizei unbekanntem Orten außerhalb des Betriebes durchgeführt; dabei werden Decknamen gebraucht. Nur der „Sekretär“ kennt die Namen und Anschriften aller Mitglieder.
- „Agitationsversammlungen“ und Aktionen im Rahmen von Arbeitskämpfen werden grundsätzlich von Aktivisten der Organisation geleitet, die nicht Mitglieder der Betriebszellen sind, sondern „von außen kommen“. An Zusammenkünften von Funktionären und beitragswilligen Betriebsangehörigen nehmen Angehörige der konspirativen Zellen nicht teil.
- Zu den wesentlichsten Aufgaben der Betriebszellen zählen systematische Analysen des Produktionsablaufs und der Arbeitsbedingungen sowie die Sammlung von Informationen über innerbetriebliche Mißstände und deren Weitermeldung an übergeordnete Funktionäre. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, sollen sich die

Zellenmitglieder um Arbeitsplätze mit günstigen Kontaktgelegenheiten bemühen, wie in der Werkzeug- und Materialausgabe oder als Fahrer von Gabelstaplern.

- Aus Sicherheitsgründen werden Betriebszeitungen, Plakate und Handzettel für Werksangehörige von den Mitgliedern der Zelle persönlich hergestellt. Für die Agitation gilt das Prinzip, daß wirtschaftliche und soziale Argumente stets mit revolutionären Kampfparolen zu verbinden sind. Die Verteilung dieses Materials obliegt besonderen Beauftragten.

In einem in dem Parteiorgan der KPD „Rote Fahne“ veröffentlichten Interview mit dem türkischen Streikführer bei den Ford-Werken in Köln hat dieser betont, seine Aufgabe sei es nicht gewesen, Wortführer in einem Arbeitskampf zu sein, sondern „als Revolutionär die Arbeiter im Werk zusammenzubringen und einen revolutionären Kern zu bilden“. Beim nächsten Streik sei es notwendig, „mit vielen revolutionären Kollegen“ die Werksleitung zu besetzen sowie an den technischen Brennpunkten des Unternehmens „Computer und wertvolle Maschinen“ zu „bewachen“, um wirksame „Druckmittel gegen die Polizei“ in die Hand zu bekommen („Rote Fahne“, Nr. 40 vom 3. 10. 1973, vgl. Abbildung 13).

Als Wortführer linksrevolutionärer Ausländergruppen sind in den Betrieben relativ oft geschulte Funktionäre aus dem akademischen Bereich aufgetreten. Anlässlich der Streiks im Sommer 1973 knüpfte ihre Agitation an die Forderungen der „Gastarbeiter“ nach Teuerungszulagen, gerechterer Vergabe der Überstunden, Fortfall der „Leichtlohngruppen“, längerem Jahresurlaub und besseren Wohnverhältnissen an. Dabei wurde die Belastung ausländischer Arbeitnehmer durch Isolierungsgefühle, Streß und aufgestaute Affekte bewußt genutzt.

2. Unterwanderung demokratischer Institutionen

Angesichts der zunehmenden Schwäche ihrer „Betreuungsorganisationen“ haben die ausländischen orthodoxen Kommunisten ihre Bemühungen verstärkt, sich durch Scheinsolidarität mit den deutschen Gewerkschaften politisch aufzuwerten. Insbesondere die kommunistischen Parteien Italiens, Griechenlands und Spaniens forderten ihre Aktivisten auf, den Industriegewerkschaften beizutreten, um dort bestimmte Nahziele ihrer Parteien anzusteuern, sich demonstrativ zur „Aktionseinheit“ zu bekennen und das eigene politische Image als Voraussetzung für eine wirksamere Agitation unter den im Bundesgebiet arbeitenden Landsleuten aufzubessern.

Im Gegensatz dazu verhalten sich die ausländischen Maoisten-Gruppen seit jeher gewerkschaftsfeindlich. Sie sehen in den Interessenverbänden der deutschen Arbeiterschaft „systemstützende Institutionen“, die besonders deshalb bekämpft werden müßten, weil eine Radikalisierung der ausländischen Arbeitnehmer im Bundesgebiet erst nach spürbarem Machtverlust der etablierten Gewerkschaften zu erreichen sei.

Vornehmlich griechische Linksextremisten propagierten den Aufbau einer europäischen „Gastarbeiter-Internationale“. Diesem Kampfverband des „europäischen Subproletariats“ fiel u. a. die Aufgabe zu, dem angeblich unzulänglichen Eintreten der nationalen Gewerkschaften für die Belange der Gastarbeiter eine von diesen selbst erarbeitete politische Konzeption entgegenzusetzen. Türkische Maoistengruppen riefen zur geheimen Unterwanderung der Mitgliedsorganisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf. Mit diesen Infiltrationsversuchen wollen sie Zugang zu organisationsinternen Informationen gewinnen, um sie zu gewerkschaftsfeindlicher Agitation zu verwenden.

Derartige Aktivitäten ausländischer Linksextremisten im Gewerkschaftsbereich haben bisher nur vereinzelt zu dem gewünschten Erfolg geführt, zumal erkannte ausländische Anhänger der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ nach einem Beschluß des DGB mit ihrem Ausschluß rechnen müssen. Weitere Infiltrationsschwerpunkte sind die Ausländerreferate der „Allgemeinen Studentenausschüsse“ sowie die in Kassel, Nürnberg, Troisdorf und anderen Orten entstandenen Ausländerbeiräte der Kommunalverwaltungen, denen insbesondere die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) erhebliche Bedeutung für ihre politische Arbeit auf deutschem Boden beimißt (vgl. Mundo Obrero Nr. 18 vom 17. 10. 1973).

VIII. Ausländische Nationalistengruppen

1. Ostemigration

Die – offen arbeitenden – politischen Vereinigungen der Ostemigranten im Bundesgebiet setzten trotz weiterhin rückläufiger Mitgliederzahlen und zunehmender finanzieller Schwierigkeiten ihre Aktivität fort. Sie dürften insgesamt kaum mehr als etwa 3000 politisch aktive Mitglieder haben. Im Vordergrund ihrer publizistischen

Tätigkeit standen Berichte über die Verfolgung von Bürgerrechtlern und Intellektuellen in der Sowjetunion sowie kritische Stellungnahmen zu der Entspannungspolitik der Bundesregierung und ihrer Verbündeten. In einem „Appell aus der Ukraine“, den der „Antibolschewistische Block der Nationen“ (ABN) verbreitete, werden die Regierungen der USA und anderer Staaten als mitverantwortlich für die „Zunahme des Terrors“ und die „Ausbreitung einer neuen Welle des Stalinismus“ in der Sowjetunion bezeichnet.

Die kommunistischen Staaten verstärkten ihre Bemühungen, die Emigranten politisch in ihrem Sinn zu beeinflussen. Erstmals trat im Bundesgebiet eine prosowjetische lettische Gruppe hervor, die den Kulturaustausch mit der Heimat fördern will. Die Kontakte zwischen Vertretern der Volksrepublik China und einigen nationalistischen insbesondere ukrainischen Gruppierungen der Ostemigranten wurden intensiviert, wobei sich die Emigranten aus Osteuropa vor dem Hintergrund der sowjetisch-chinesischen Spannungen eine Unterstützung ihrer Selbständigkeitsbestrebungen durch China erhoffen. Die bedeutendste ukrainische Exilvereinigung, die „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) mit Sitz in München, sah sich infolge personeller und finanzieller Schwierigkeiten, aber auch aufgrund politischer Überlegungen veranlaßt, das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in das Ausland zu verlegen. Die Konferenzen der OUN fanden in diesem Jahr in Kanada und Großbritannien statt. Auch das Verbandsorgan soll künftig in London, dem Hauptsitz der Organisation, gedruckt werden.

Die „Kroatische Befreiungsbewegung“ (Richtung Dr. Hefer) verbreitete im Bundesgebiet zum ersten Mal umfangreiche „Anweisungen für den kroatischen Kämpfer zur Befreiung der Heimat“, in denen alle Bereiche des Guerillakampfes behandelt werden. Bisher hatte sie es vermieden, die Anwendung von Gewalt in dieser Weise offen zu propagieren. Die in letzter Zeit verstärkten Einigungsbestrebungen der kroatischen Nationalisten scheiterten bisher an der Rivalität ihrer Führer. Einem am 4. November 1973 in Karlsruhe gebildeten „Kroatischen Kontinental-Rat für Europa“ traten zwei der wichtigsten kroatischen Vereinigungen nicht bei. Ziel der Bemühungen, das kroatische Exil in Dachorganisationen zusammenzufassen, ist die für Anfang 1974 in Aussicht genommene Einsetzung einer kroatischen Weltvertretung im Ausland.

Durch politisch radikale Agitation trat eine nach dem berüchtigten Bukarester Gefängnis benannte rumänische „Gruppe Jilava“ hervor.

2. Rechtsextreme Türken, Griechen und Italiener

Die Agitation türkischer Nationalisten unter den Gastarbeitern aus diesem Lande hat zugenommen. Wie in den Jahren zuvor neigen die Wortführer dieser Vereinigungen aus nationaler Überheblichkeit und religiösem Fanatismus zur Haßpropaganda gegen die hiesigen Vertreter der türkischen extremen Linken und zu rassistischer, anti-christlicher und antizionistischer Polemik. Das türkische Volk wird als „der würdigste Stamm der Welt“ bezeichnet („Miluiyetci Hareket“, Zeitschrift der MHP vom Februar 1972). Wer ihm schade, müsse vernichtet werden. In fremder Umwelt sei es den nationalen Vereinigungen vorbehalten, „Festungen“ gegen „Kommunismus, Zionismus, Christentum, Unzucht und Alkohol“ zu sein („Hamle“, Organ des Türkischen Kultur- und Solidaritätsvereins Berlin, Nr. 20 vom September 1973).

Diese Agitation fällt bei Gastarbeitern gelegentlich auf fruchtbaren Boden. Zur Zeit dürften die rechtsextremen türkischen Vereinigungen im Bundesgebiet etwa 2000 Mitglieder und aktive Anhänger haben (gegenüber 1600 im Jahre 1972). Gegenwärtig ist die „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) die größte derartige türkische Vereinigung auf deutschem Boden. Sie unterhält in mindestens 30 Städten der Bundesrepublik Zweiggruppen. Auf Anweisung ihres Vorsitzenden sollen Mitgliederlisten wegen der „unsicheren Situation der Ausländer in Deutschland“ nicht hier aufbewahrt, sondern der Parteizentrale in Ankara zugeleitet werden. Erstmals traten in Berlin und Niedersachsen auch örtliche Gliederungen der islamisch-konservativen, mit dem „arabischen Sozialismus“ sympathisierenden „Nationalen Heilspartei“ (MSP) auf.

Die politischen Aktivitäten des „Verbandes der Griechen in Deutschland e.V.“ gingen stark zurück. Seine Anhängerschaft sank von fast 9000 Mitgliedern zu Jahresbeginn auf jetzt knapp 5000. Der Verband wird von amtlicher griechischer Seite finanziell nicht mehr unterstützt. Stark rückläufig ist auch die Entwicklung der Zweiggliederungen des rechtsradikalen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI, „Soziale Italienische Bewegung“), der Betreuungsorganisation „Ente Nazionale Assistenza Sociale“ (ENAS, „Nationale Soziale Hilfsorganisation“) und der „Comitati Tricolore per gli Italiani nel Mondo“ (CTIM, „Tricolore-Komitee der Italiener in der Welt“). Der Schwund an Mitgliedern betrug bei mehreren örtlichen Tricolore-Komitees über 50%. Die gegenwärtige Gesamtstärke der genannten italienischen Rechtsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland wird auf etwa 2800 Mitglieder geschätzt. Im Jahre zuvor waren es noch 4000.

IX. Maßnahmen

Nach dem Verbot der „Generalunion Palästinensischer Studenten“ (GUPS) und der „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA) am 3. Oktober 1972 sind in der Bundesrepublik Deutschland keine weiteren Vereinigungsverbote ergangen. Beide Organisationen haben gegen die Verbotsverfügungen des Bundesministers des Innern Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht erhoben. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Entsprechendes gilt für mehrere Verwaltungsstreitverfahren, die von führenden Mitgliedern dieser Vereinigungen gegen die zuständigen Landesbehörden mit dem Ziel der Aufhebung ausländerrechtlicher Einzelmaßnahmen angestrengt worden sind.

Zum Schutz gegen Anschläge internationaler Terroristen wurden die Grenzkontrollen verstärkt. Besondere Sicherheitsmaßnahmen galten der Abwehr äußerer Gefahren für den Luftverkehr auf allen deutschen Flughäfen. Sie waren der jeweils erkannten Gefahrenlage angepaßt.

Von den im Jahre 1973 eingeleiteten Strafverfahren gegen Ausländer wegen des Verdachts von Straftaten mit politischem Hintergrund ist noch kein Verfahren abgeschlossen. Gegen elf kroatische Extremisten ergingen Strafurteile wegen politisch motivierter Straftaten aus weiter zurückliegender Zeit. Zwei der Verurteilten hatten unerlaubt tausend Pistolen erworben, um sie an Exilkroaten weiter zu verkaufen. Das Landgericht Karlsruhe verurteilte sie am 15. Januar 1973 zu je 15 Monaten Freiheitsentzug. Am 18. April 1973 verhängte das Landgericht Ulm gegen drei Kroaten Freiheitsstrafen von je 3 Jahren und 6 Monaten wegen versuchter gemeinsamer Geiselnahme. Sie waren am 1. August 1972 in das Dienstzimmer eines Richters beim Landgericht Ravensburg eingedrungen, um sich mit Waffengewalt seiner Person zu bemächtigen und dadurch die Freilassung mehrerer kroatischer Terroristen zu erzwingen. Am 7. Mai 1973 verurteilte das Schwurgericht beim Landgericht Heidelberg eine weitere aus vier Personen bestehende Terrorgruppe wegen eines im Frühjahr 1972 geplanten Mordanschlags auf den jugoslawischen Konsul in Stuttgart. Die Täter erhielten Freiheitsstrafen von 1 Jahr und 3 Monaten bis zu 4 Jahren. Die beiden verantwortlichen Herausgeber der kroatischen Emigrantenzeitung „Hrvatska Fronta“ wurden durch das Urteil des Amtsgerichts Waiblingen vom 12. März 1973 wegen Aufforderung zu strafbaren Handlungen und Vergehens gegen das Bundeswaffengesetz sowie das baden-württembergische Landespressegesetz zu Geldstrafen von

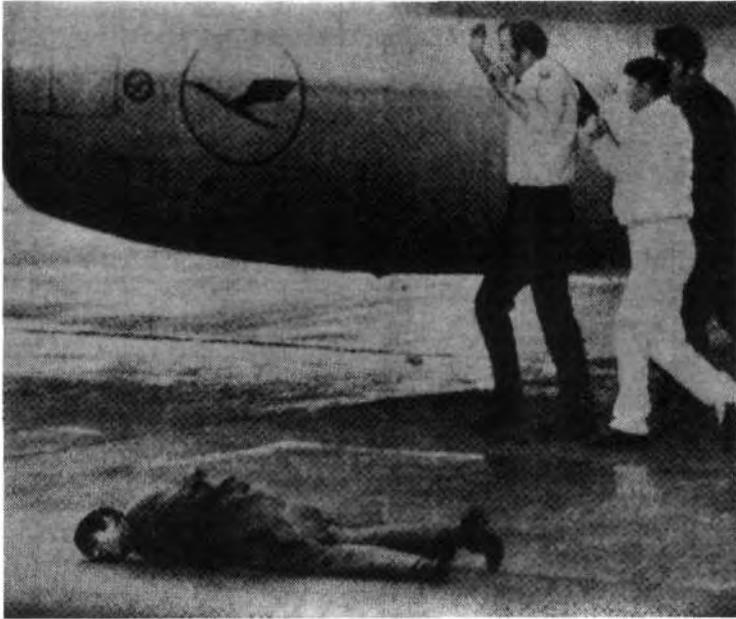
1000,— DM bzw. 1200,— DM verurteilt, da sie in ihrer Zeitung zur Vorbereitung des Kampfes gegen Jugoslawien und zur Beschaffung von Feuerwaffen aufgerufen hatten.

X. Beurteilung

Wie in den Vorjahren haben Terror- und Gewaltakte palästinensischer, kroatischer und anderer ausländischer Untergrundorganisationen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt. Schwere Gewaltverbrechen mit politischem Hintergrund ereigneten sich auch in anderen Teilen der Welt, darunter in den benachbarten europäischen Staaten. Besonders eindringlich hat das Blutbad eines palästinensischen Kommandotrups auf dem Flugplatz Rom-Fiumicino der Weltöffentlichkeit gezeigt, daß politische Terroristen bedenkenlos unschuldige Menschen töten. Trotz aller Abwehrmaßnahmen im nationalen Bereich muß nach Auffassung der zuständigen in- und ausländischen Sicherheitsorgane auch künftig mit Terroranschlägen, insbesondere des palästinensischen Widerstandes, gerechnet werden, da die ausländischen Führungsstellen der Terroristen bisher nicht ausgeschaltet sind und es einzelnen Fanatikern immer wieder gelingt, eigenständig operierende Aktionsgruppen zu bilden.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen wurden vielfach auch bei den politisch tätigen ausländischen Extremistengruppen erkannt. Dies gilt insbesondere für die Organisationen der ausländischen „Neuen Linken“ im Bundesgebiet, die durch Mitgliedergewinne und enge Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Deutschen an Bedeutung gewonnen haben. Sie arbeiten zumeist konspirativ, verherrlichen die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und verbreiten Klassenkampf- und Bürgerkriegsparolen. Den übrigen politisch radikalen Ausländergruppen ist es – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht gelungen, ihren Organisationsstand zu halten und bei den ausländischen Arbeitnehmern die erhoffte Resonanz zu finden.

**Das Massaker palästinensischer Terroristen am 17. 12. 1973
auf dem Flughafen Rom**

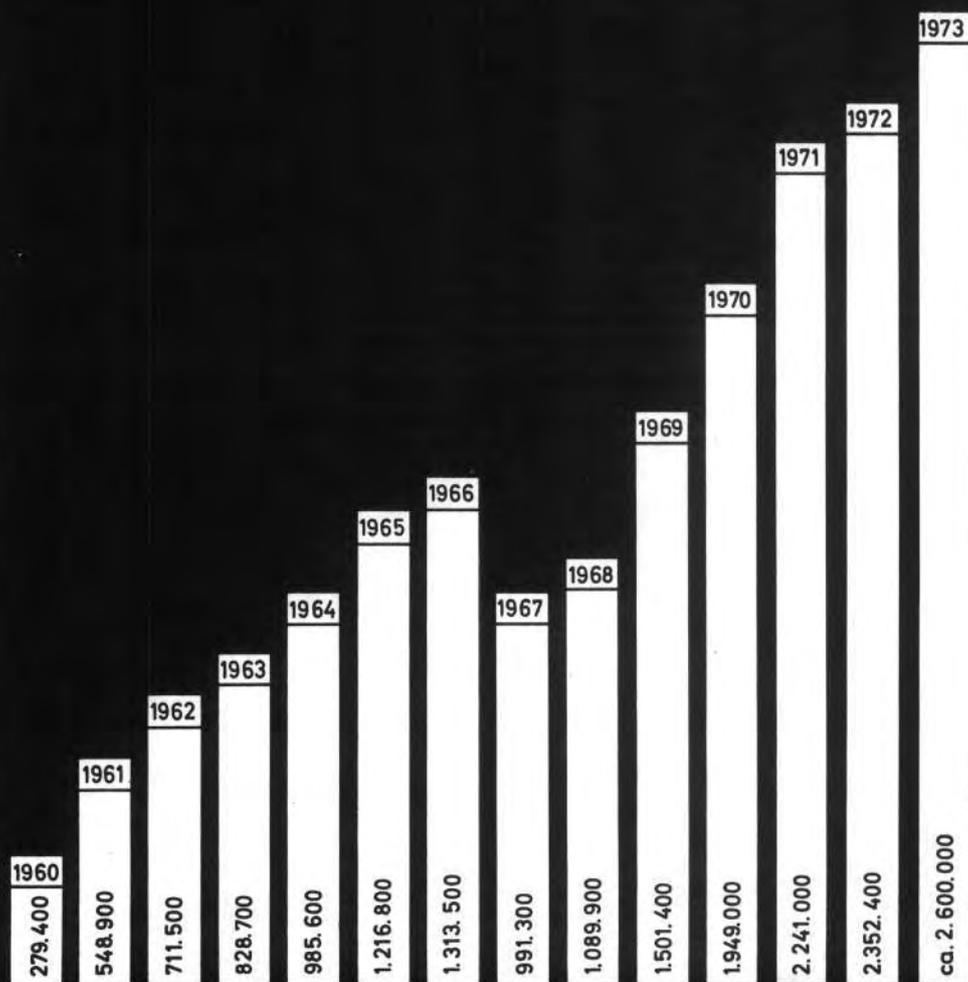


Am Boden liegt ein tödlich verwundeter Polizist
Zwei Palästinenser zwingen mit Waffengewalt einen Lufthansapiloten
ins Cockpit



Kurzer Schußwechsel zwischen Polizei und Terroristen im Flughafen-Gebäude
Verwundet stürzen Passagiere zu Boden; ein Polizeibeamter (links im Bild)
will Erste Hilfe leisten

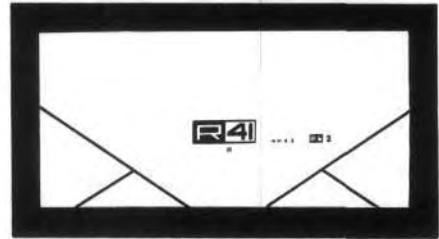
Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland



Vermutlich von palästinensischen Terroristen versandte Sprengstoffbriefe

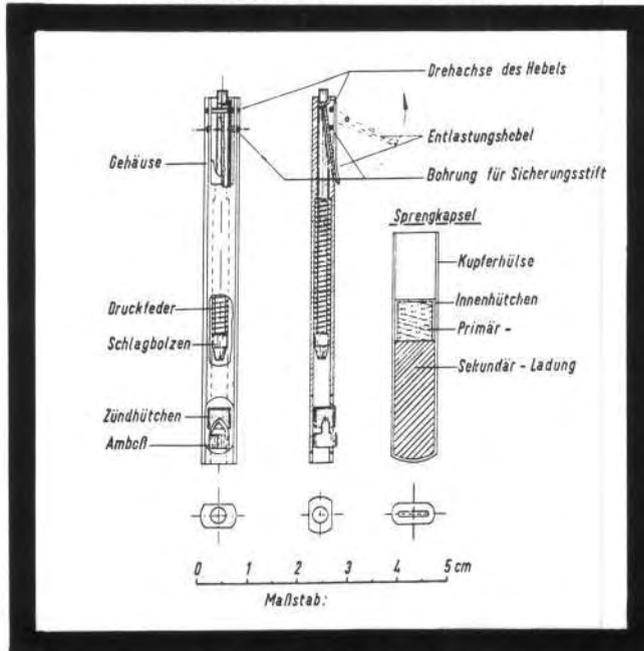
DURCH DIE DETONATION ZWEIER SPRENGSTOFFBRIEFE AM 24. 11. 1973 IN DER LUFTPOSTLEITSTELLE DES FRANKFURTER FLUGHAFENS WURDEN ZWEI POSTBEAMTE VERLETZT. WEITERE SECHS SPRENGSTOFFBRIEFE KONNTEN SICHERGESTELLT WERDEN.

EINER DER SICHERGESTELLTEN SPRENGSTOFFBRIEFE



RÜCKSEITE MIT ABSENDERANGABE

SKIZZE DER SPRENGVORRICHTUNG IM INNEREN DES BRIEFES



**Sprengstoffanschlag gegen die Werkzeugmaschinenfabrik Werner
in Berlin am 8. 6. 1973**



ES ENTSTAND SACHSCHADEN IN HÖHE VON CA.
500 000,-DM. ALS BOMBENKÖRPER DIENTE EINE
SAUERSTOFF-FLASCHE TÄTER: VERMUTLICH
PALÄSTINENSISCHE TERRORISTEN.



Anti-israelischer Bombenterror in West-Berlin

AM 7.9.1973 ZERSTÖRTE EINE ZEITZÜNDERBOMBE DEN STAND DER FIRMA ISREX AUF DER INTERNATIONALEN FUNKAUSSTELLUNG IN BERLIN. DIE TÄTER WAREN VERMUTLICH PALÄSTINENSISCHE TERRORISTEN.



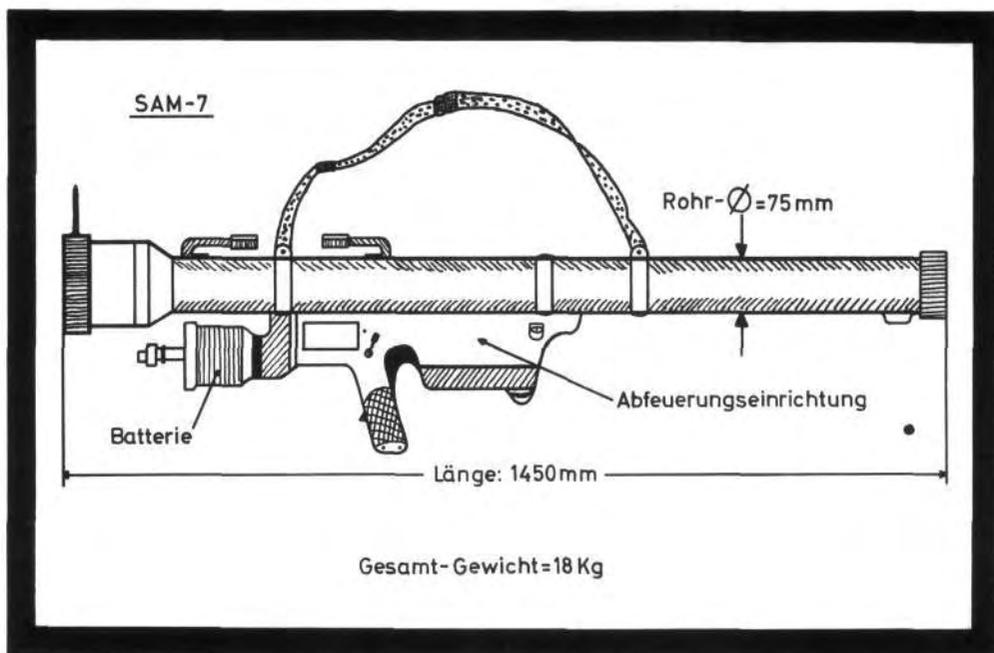
Sprengstoff im doppelten Boden eines Koffers



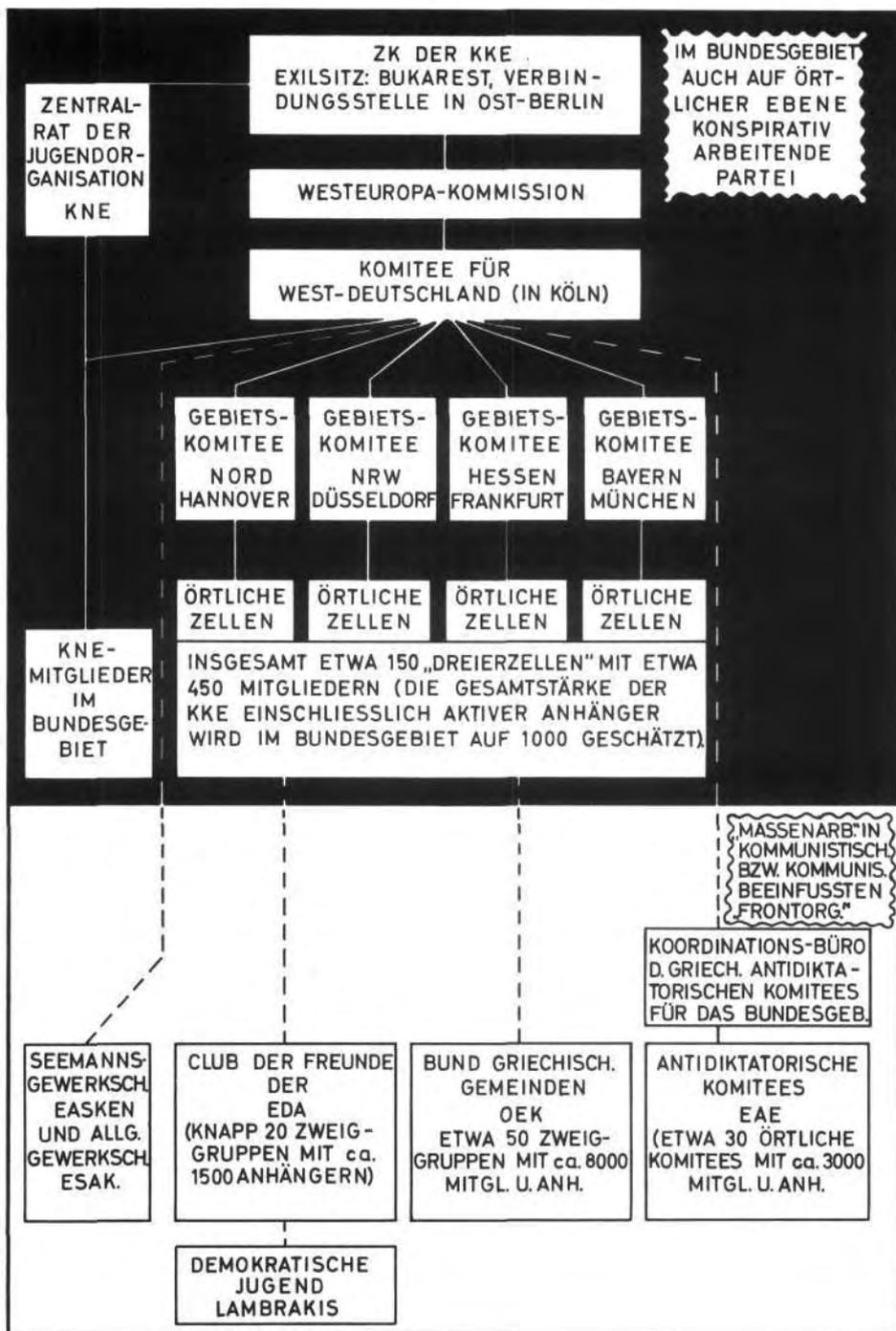
VIER PALÄSTINENSISCHE
TERRORISTEN, DIE AM
18.10.1973 NACH ILLEGALEM
GRENZÜBERTRITT IN WEST-
BERLIN FESTGENOMMEN
WURDEN, HIELTEN IM
DOPPELTEN BODEN EINES
KOFFERS 4,75 Kg. PLASTIK-
SPRENGSTOFF VERSTECKT.

Die von palästinensischen Terroristen für Aktionen gegen die Sicherheit des internationalen Luftverkehr in West-Europa vorgesehene Boden-Luft-Rakete SAM-7 (STRELA)

— sichergestellt am 5. 9. 1973 in Ostia —

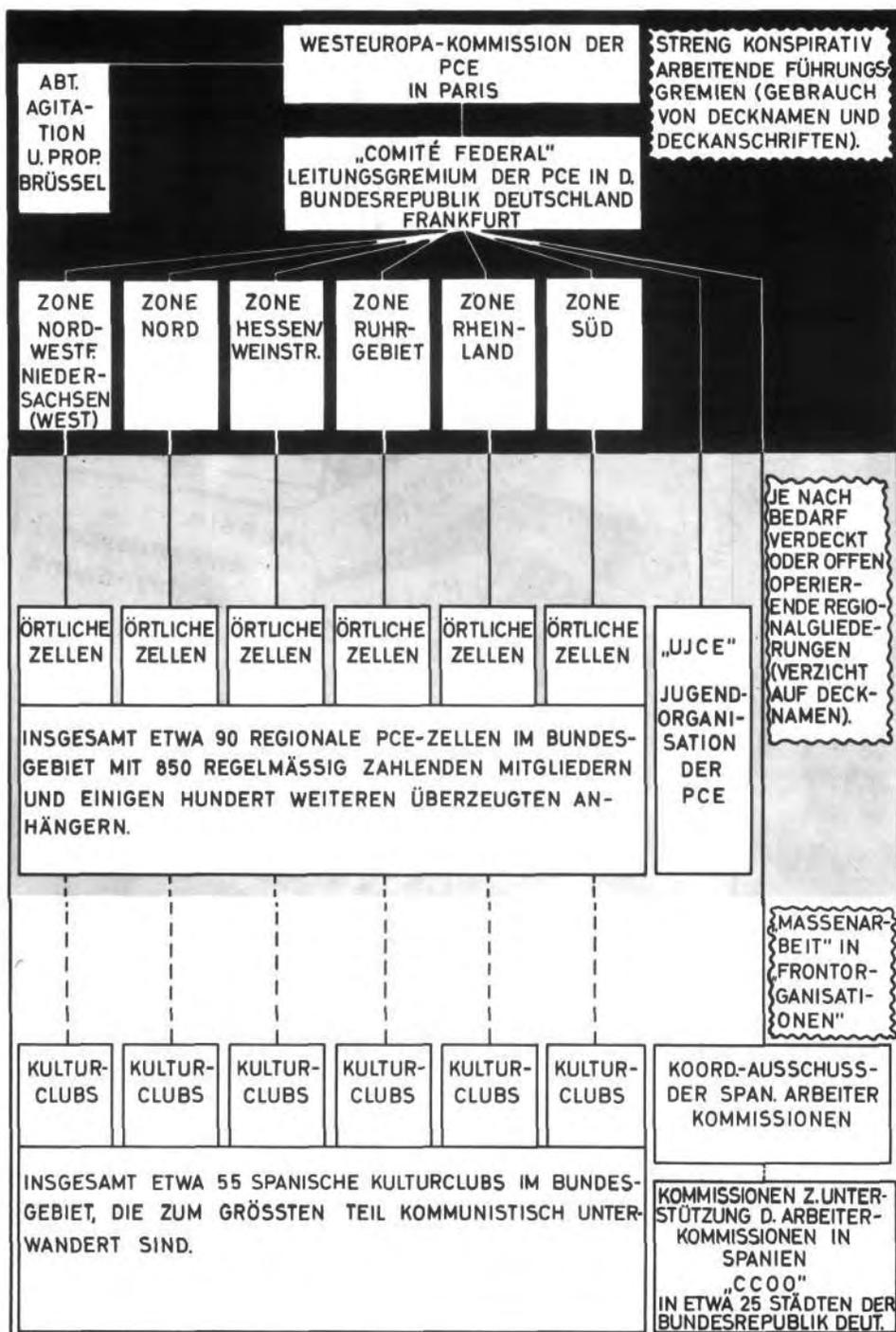


Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE-Moskauflügel)
 und die von ihr beeinflussten „Frontorganisationen“ im Bundesgebiet



Organisationsschema der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE)

Stand 31. 12. 1973



Im Bundesgebiet verbreitete linksradikale türkische Periodika

proletarisch-revolutionäre
AYDINLIK
Zentralorgan der Revolutionären Arbeiterpartei
Keine Kraft kann die zehrfache
Morgenröte unseres Volkes aufhalten!
Rede Politische Werkstatt



**PATRIOTISCHE EINHEITSFRONT
DER TÜRKIE!**
YURTSEVER BİRLİK CEPHE
JULI 1973



TARİHİ YARATAN BİRİK GÜC HALKTIR!
**HALKIN
SESİ**
YURTSEVER BİRLİK CEPHE YAYIN ORGANIDIR
YETİ Sayı 1000 YETİ'de Abonelik İhtisabına, E.C.P. 22500 LİSTELERİNE GÖRE
YETİ Sayı 10000 Sayı 100000 Sayı 1000000
KÖLN
FORD'TA GREV



Önbeş günlük
DURUM
TKP Yayın Bürosu



İŞÇİ BİRLİK OLUNCA
PATRON DEĞİŞİR
NE Kİ!
VW'deki TÜRKİYE'Lİ İŞÇİLERİN MÜCADELE GAZETESİ
Hannover, OCAK 1973, Sayı 2.10 Fenik.

ATÖF'ÜN
AYTIN
ORGANI
birlik
Sayı: 15 50 FENİK NİSAN 1973

YURTSEVER BİRLİK CEPHE
Patriotische Einheitsfront
Türkiye Devrimci Hareketinin Avrupa Organı



ÖĞRETMENİN SESİ
FEDERATION ALLEMANE DES ENSEIGNANTS DE TURQUIE (F.A.E.T.)
MAYIS 1973 Sayı 1

**aşasın
enternasyonal
dayanışma**



YURTSEVER
Türkiye Devrimci Hareketinin Avrupa Organı



YENİ ÇAĞ
1. İhtisabın amacı nedir, ne zaman çıkarılacak, ne zaman yayınlanacak?
2. İhtisabın içeriği nedir, ne zaman yayınlanacak?
3. İhtisabın yayınına ne kadar katkı yapılacaktır?
4. İhtisabın yayınına ne kadar katkı yapılacaktır?
5. İhtisabın yayınına ne kadar katkı yapılacaktır?
6. İhtisabın yayınına ne kadar katkı yapılacaktır?
7. İhtisabın yayınına ne kadar katkı yapılacaktır?
8. İhtisabın yayınına ne kadar katkı yapılacaktır?
9. İhtisabın yayınına ne kadar katkı yapılacaktır?
10. İhtisabın yayınına ne kadar katkı yapılacaktır?

**Avrupalık
Kutulusu**
İŞÇİLERİN
BİRLİKTESİNİZ!
AVRUPADA TÜRKİYE'Lİ İŞÇİLERİNİ GAZETESİ



proleter devrimci
yıldız
Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halkları, Birleşin!



ATTF
FÖDERATION TÜRKISCHER SOZIALISTEN IN EUROPA
INFORMATIONSBULLETTIN

**YURDUN
SESİ**
Kültür
POLİTİKA
EKONOMİ
KÜLTÜR

Faşizme Ve Emperyalizme
Karşı Mücadeleye
ÇAĞRI
FENİK YÜRÜŞÜ GÖRNEKİ DEĞİŞİTİP ÖZGÜR

İz arayan açlar bizim
Alınacak açlar bizim
Yakın ala geçler bizim-Bizim bizim hepimiz bizim
Uyanış



Polemik der CISNU gegen die iranische Regierung

1953-1973. 20 JAHRE DIKTATUR IM IRAN
**SO WIE ES IST
 ...BLEIBT ES NICHT**

فدراسیون دانشجویان ایران
 در آلمان فدرال و برلین غربی

Fédération Iranischer Studenten in BRD FRG

پیروز باد ملت - بر شاه تنگ و نخرت
DER KAMPF GEHT WEITER

فدراسیون دانشجویان ایران
 در آلمان فدرال و برلین غربی

Fédération Iranischer Studenten in BRD FRG

20 JAHRE SCHAH-DIKTATUR
 IM IRAN
MENSCHENRECHTE

حکومت ترور و اختناق

فدراسیون دانشجویان ایران
 در آلمان فدرال و برلین غربی

Fédération Iranischer Studenten in BRD FRG

20 JAHRE NACH DEM
 CIA - PUTSCH 1953-1973

IRAN

فدراسیون دانشجویان ایران
 در آلمان فدرال و برلین غربی

Fédération Iranischer Studenten in BRD FRG

AUSZUG AUS EINEM FLUGBLATT
 DER CISNU ZUM 1.MAI 1973:

**BEWAFFNETER KAMPF-DAS IST DIE
 ANTWORT DES VOLKES AUF DIE
 TERRORHERRSCHAFT**

ترور زنا میبست ساله رژیم کودتا

Der türkische Maoist Baha TARGÜN als Streikführer bei den Fordwerken in Köln



Erklärungen Targüns über die wahren Streikziele

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

4. Jg. / Nr. 40 3. 10. 1973 0,40 DM

WOCHENZEITUNG

A 2010 C

Aufgabe bei Ford war nicht, wie die bürgerliche Presse schreibt, einen Streik anzuführen, sondern als Revolutionär die Arbeiter im Werk zusammenzubringen und einen revolutionären Kern zu bilden. Be-

**ROTE FAHNE
INTERVIEW
mit Baha Targün**

ROTE FAHNE: Baha, Du bist der Führer der Arbeiter bei Ford. Wie hast Du den Streik angeleitet? Wie ist er entstanden?

Baha Targün: Der Streik ist ein Ergebnis der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter mit den Bedingungen der Arbeit, den Löhnen und den sozialen Leistungen. Die Arbeiter haben erkannt, dass sie nicht länger bereit sind, ihre Interessen zu opfern. Der Streik ist ein Ausdruck der revolutionären Bewusstseinsbildung der Arbeiterklasse.

ROTE FAHNE: Was sind die Ziele des Streiks?

Baha Targün: Die Ziele des Streiks sind die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Erhöhung der Löhne und die Sicherung der sozialen Rechte. Wir fordern die Abschaffung der Lohnknechtung und die Einführung der Achtstundentage.

c) Werkbesetzung ist notwendig, weil so ein großer Betrieb von draußen nicht zu kontrollieren ist. Im Werk müssen die wichtigsten Stellen wie Computer und wertvolle Maschinen besetzt und bewacht werden. Sie sind wichtige Druckmittel gegen die Polizei.

Abkürzungsverzeichnis

ABN	= Antibolschewistischer Block der Nationen
AKON	= Aktion Oder-Neiße
ANR	= Aktion Neue Rechte
APM	= Außerparlamentarische Mitarbeit
ASV	= Arabische Studentenvereinigungen
ATÖF	= Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V.
AVV	= Arbeitskreis Volkstreuer Verbände
CC.OO	= Kommissionen zur Unterstützung der Arbeiterkommissionen in Spanien
CEDADE	= Circulo Espanol des Amigos de Europa
CISNU	= Conföderation Iranischer Studenten-Nationalunion
CTIM	= Comitato Tricolore Italiano del Mondo
DV	= Demokratische Verteidigung
DA	= Deutscher Anzeiger
DB	= Deutscher Block
DESG	= Deutsch-Europäische Studiengesellschaft
DKP	= Deutsche Kommunistische Partei
DN	= Deutsche Nachrichten
DNZ	= Deutsche National-Zeitung
DVG	= Deutsch-Völkische Gemeinschaft
DVU	= Deutsche Volksunion
DWZ	= Deutsche Wochen-Zeitung
EAE	= Griechische Antidiktatorische Komitees
EF	= Europafront
EKKE	= Revolutionäre Kommunistische Bewegung Griechenlands
ENAS	= Nationale soziale Hilfsorganisation
ENP	= Einheitsfront der nationalen Publizistik
FAI	= Iberische Anarchistische Föderation
FAI	= Verband italienischer Anarchisten
FIJL	= Freiheitlich Iberische Jugendorganisation
FILE	= Verband ausgewanderter italienischer Arbeiter
FILEF	= Italienischer Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien
FIS	= Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin
FR	= Freiheitlicher Rat
FRAP	= Revolutionäre Antifaschistische Volksfront
GfP	= Gesellschaft für freie Publizistik
GIN	= Generalsekretariat der Intereuropäischen Nationale
GUPA	= Generalunion Palästinensischer Arbeiter
GUPS	= Generalunion Palästinensischer Studenten
H.K.V.Z.E.	= Kroatischer Kontinental-Rat für Europa
HOP-Hefer	= Kroatische Befreiungsbewegung
HRB	= Kroatische Revolutionäre Bruderschaft
IS	= Ideologie und Strategie
JBA	= Jugendbund Adler
JN	= Junge Nationaldemokraten
KKE-Inlandflügel	= Kommunistische Partei Griechenlands

KKE-	= Kommunistische Partei Griechenlands
Moskaufügel	= Kommunistische Partei Deutschlands
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
MHP	= Partei der Nationalistischen Bewegung
MSI	= soziale italienische Bewegung
MSP	= Nationale Heilspartei
NDBB	= Nationale Deutsche Befreiungs-Bewegung
NDP	= Nationaldemokratische Partei Österreichs
NE	= Nation Europa
NEC	= Nationaleuropäischer Jugend Congreß
NHB	= Nationaldemokratischer Hochschulbund
NPD	= Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRB	= Nationalrevolutionäre Basisgruppen
NSKG	= Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschlands
NZ	= Neue Zeit
OEK	= Bund Griechischer Gemeinden
OLP	= Organisation Lutte du Peuple
ON	= Ordre Nouveau
OUN	= Organisation Ukrainischer Nationalisten
PAK	= Panhellenische Befreiungsbewegung
PCE	= Kommunistische Partei Spaniens
PCE-ML	= Kommunistische Partei Spaniens-ML
PCI	= Kommunistische Partei Italiens
PC-ML-I	= Kommunistische Partei Italiens-ML
PDFLP	= Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas
PEF	= Patriotische Einheitsfront der Türkei
PFLOAG	= Volksfront für die Befreiung Omans und des arabischen Golfes
PFLP	= Volksfront für die Befreiung Palästinas
PLO	= Palästinensische Befreiungsorganisation
RABPdT	= Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei
THKO	= Volksbefreiungsarmee der Türkei
TTIA	= Irakische Revolutionäre Organisation in Deutschland
WJ	= Wiking-Jugend